

4.2010

Land *InForm*

Magazin für Ländliche Räume

Die Zukunft des Waldes

Kulturlandpläne

KinderAkademie

Bioenergieberatung

dvs *

Deutsche Vernetzungsstelle
Ländliche Räume



Bundesministerium für
Ernährung, Landwirtschaft
und Verbraucherschutz



Inhalt

Die Zukunft des Waldes

2011 ist das Internationale Jahr der Wälder – und die Forstwirtschaft ist mit steigenden Herausforderungen und zunehmenden gesellschaftlichen Ansprüchen konfrontiert. Wie soll die zukünftige Waldnutzung vor diesem Hintergrund aussehen? Diese Debatte möchten wir anstoßen: indem wir Herausforderungen beim Namen nennen, verschiedene Seiten zu Wort kommen lassen, Lösungsmöglichkeiten aufzeigen und Praxisprojekte präsentieren.



Weitere Themen



©BLE, Bonn/Foto: Thomas Stephan

Kulturlandpläne

Um Naturschutzmaßnahmen zu fördern, müssen die Landwirte besser beraten werden. Besonders eine betriebsspezifische und persönliche Beratung wird als erfolgreich angesehen. Mit Recht, wie das Projekt „Kulturlandpläne“ des Bundesprogramms Ökologischer Landbau zeigt. **Seite 32**



Bild: Angelika Janz

KinderAkademie

Kindern und Jugendlichen einen Zugang zu Kultur zu verschaffen – das ist das Ziel der KinderAkademie in Mecklenburg-Vorpommern. Dabei vermittelt sie den jungen Menschen ganz „nebenbei“ praktische Fähigkeiten und Werte wie Mitmenschlichkeit und Toleranz. **Seite 34**



Bild: ConnyP / Fotolia

Für das Netzwerk

Inside	05	Neues aus der DVS
Web	06	Die DVS im Internet
	06	Gemeinsame Agrarpolitik nach 2013
Veranstaltungen	07	Klima und Landwirtschaft
	07	Wasserrahmenrichtlinie
	08	Euregia
	08	Transferbesuch Umwelttechnologien
	08	Bundesweites Leader-Treffen
	09	Internationale Grüne Woche 2011

Im Fokus:

Die Zukunft des Waldes

Einführung	11	Herausforderungen für die Waldnutzung
	12	Der Wald und seine Leistungen aus ökonomischer Sicht
	14	Ohne Biodiversität keine Nachhaltigkeit
Schutz und Nutzung	16	Interview: „Ohne Moos nix los“
	17	Interview: „Naturnahe Wälder sind die beste Versicherung für die Zukunft“
Eigentumsformen	18	Interview: „Im Kleinprivatwald liegen die größten Herausforderungen“
	19	Interview: „Eigentumsvielfalt ist die Stärke der Forstwirtschaft“
	20	Waldbauernverband Brandenburg
Aktion	21	Internationales Jahr der Wälder
Klimawandel	22	Mit Vielfalt in den Klimawandel
	23	Ohne Zaunbau und Pflanzung zu stabilen Mischwäldern
Regionalentwicklung	24	Wald und Holz – Chancen für die Regionalentwicklung
	26	Die Basdorfer lassen die Sau raus!
Ausblick	28	Wie soll die Zukunft des Waldes aussehen?



Bild: Carola Schubel / Fotolia

Aus der Praxis

30	Auch Naturschutz kann sich für Landwirte rechnen
32	Kulturlandpläne helfen Landwirt und Landschaft
34	Nahsehen statt fernsehen!
36	Engagiert in den Ruhestand

Perspektiven

Forschung und Bildung	38	Mit Regenwürmern gegen Hochwasser
	39	Effizienter bewässern durch drahtlose Sensornetzwerke
Politik und Gesellschaft	40	Biomasse-Beratung nutzen!
	42	Europäischer Rechnungshof kritisiert Leader
Partner und Experten	43	Obsttourismus 2.0
	44	Fleisch verarbeitende Landwirte schließen sich zusammen
Service	46	... angelesen
	47	... angekündigt
	48	Termine

Bioenergieberatung

Immer mehr Landwirte denken darüber nach, in die Produktion von Biomasse einzusteigen. Für Produzenten und Nutzer von Bioenergie sowie alle anderen Interessierten bietet die kostenlose Bioenergieberatung der Bundesländer wertvolle Informationen.

Seite 40

Liebe Leserinnen und Leser,

der Global Forest Resources Assessment Report verkündete 2005 die frohe Botschaft: Mit zunehmendem Wohlstand wird Wald weniger genutzt. In den letzten 20 Jahren nahm der Waldanteil in 22 von 50 untersuchten Ländern zu – am stärksten in den USA und China. Anders betrachtet schrumpfen die Wälder in über der Hälfte der Länder jedoch weiter. Vor allem dort, wo es keine Institutionen gibt, die die Waldnutzung ausreichend steuern – zum Beispiel in Brasilien, Indonesien, Nigeria oder den Philippinen. Auch Primärwald fällt einem Aneignungskampf zum Opfer, in dem jeder versucht, der Erste zu sein. Die Gewinne sind hoch, die langfristigen Kosten interessieren nicht, betreffen später aber die ganze Gesellschaft. Wo kommt aber das Holz her, wenn diese Wälder verschwunden sind?

In Deutschland ist der Holzvorrat im Wald nach der aktuellen Bundeswaldinventur im Schnitt auf über 300 Kubikmeter pro Hektar gestiegen. Der Kleinprivatwald ist dabei stark am Zuwachs beteiligt, aber häufig schlecht erschlossen. Je höher der jährliche Zuwachs, desto mehr darf eingeschlagen werden. Das ein oder andere Land mit Ressourcen hunger schießt schon darauf. Dies und steigende Holzpreise setzen auch den deutschen Wald unter Druck.

Auf Seite 12-13 können Sie lesen, dass der ökonomische Nutzen des Waldes seine monetarisierten Gemeinwohlleistungen bei Weitem übersteigt. Solange Waldökosysteme intakt sind und nicht übernutzt werden, ist dieser Blickwinkel gestattet. Sonst würde man zwar Wald sagen, aber Holz meinen. Wo die Grenze liegt, darüber kann man sich streiten. Bisher hat die Sicht auf den Wald als Wirtschaftsgut zu größeren Forstrevieren und weniger Personal geführt. Differenzierte waldbauliche Konzepte sind da schwerlich umzusetzen. Naturnaher Waldbau bleibt zunehmend auf der Strecke, obwohl er auch im Kampf gegen die Waldschäden wichtig ist. Öffentlich kein Thema mehr, verharren die Schäden seit 15 Jahren auf hohem Niveau: Zwei Drittel der Bäume in Deutschland sind geschädigt, Buche und Eiche vorneweg. Bleibt zu überlegen, wie der Wald und seine Funktionen zukünftig bewertet werden sollen. Der Weihnachtsbaum – das Stück Wald in den eigenen vier Wänden – gibt vielleicht Anlass, darüber nachzudenken.

Unser Team wünscht Ihnen eine frohe und erholsame Weihnachtszeit!

Jan Swoboda Juliane Mante Jan Frieze
 Stefan Kämpfer Gja Rott Steffen Ottwein
 Michael Böhm Ulrike Kleeberg Monika Wohlfert
 Doran Hagen Britta Rott Jacques Rott
 Babette Pien Lucia F. Rott Gja Rott
 Grotz Kuchel
 Uwe Kuchel

Impressum

LandInForm – Magazin für Ländliche Räume

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Auflage: 10.500

ISSN: 1866-3176

Herausgeber und Redaktion:
 Bundesanstalt für Landwirtschaft
 und Ernährung, Bonn
 Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume,
 Dr. Juliane Mante, Dr. Jan Swoboda (Vi.S.d.P.)

Redaktionelle Mitarbeit:
 Silvia Richter, mediamondi, Berlin
 Telefon: 030-39 84 88 57,
 E-Mail: srichter@mediamondi.de

Gestaltung: graphodata AG,
 www.graphodata.de

Druck:
 MKL Druck GmbH & Co. KG, Ostbevern/
 Westfalen

Bezugsadresse und Redaktionsanschrift:
 Bundesanstalt für Landwirtschaft und
 Ernährung
 Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
 Deichmanns Aue 29
 53179 Bonn
 Telefon 0228 / 68 45 34 61
 Fax 0228 / 68 45 33 61
 E-Mail: dvs@ble.de
 www.netzwerk-laendlicher-raum.de

Bezug: kostenfrei, LandInForm als PDF-Datei
 unter www.land-inform.de

Anmerkungen der Redaktion:

- Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Abbildungen wird keine Haftung übernommen. Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber. Eine Genehmigung zur Zweitverwertung auch in Auszügen in Wort, Schrift und Bild erteilt die Redaktion gern gegen Nennung der Quelle und Belegexemplar.
- Als Zugeständnis an die Lesbarkeit der Texte haben wir uns darauf geeinigt, alle Personengruppen in männlicher Form anzugeben.

LandInForm wird durch den Bund und die Europäische Union im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) gefördert.

Neues aus der DVS

Wettbewerb „Engagement für die Region“ – Broschüre veröffentlicht!

Die öffentlichen Gelder werden immer knapper, und viele Projekte kämen ohne das freiwillige Engagement der Bürger gar nicht mehr zustande. Dabei reicht die Beteiligung bis in weite Bereiche unseres Gemeinwesens hinein: Die

Menschen engagieren sich nicht nur für das kulturelle und natürliche Erbe, sondern setzen auch Projekte beispielsweise im Bereich der Nahversorgung und der Kinder- oder Jugendarbeit um, teilweise sogar über die Grenzen der Region oder Deutschlands hinweg.

Die Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume und das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz haben dieses Engagement mit dem bundesweiten Wettbewerb „Engagement für die Region“ gewürdigt. Abstimmen durften neben den Vertretern der ILE- bzw. Leader-Verwaltungsbehörden die 388 Regionen und ihre Einwohner. Die teilnehmenden Projekte zeigen: Wenn

es ums Engagement für die eigene Region geht, sind der Fantasie keine Grenzen gesetzt! Die meisten Punkte erhielten die „Bürgernetzwerke im Ilzer Land“ aus Bayern (1. Platz), das „Leben im Dorf“ in Baden-Württemberg (2. Platz) und der „Bürgerverein für die Region“ in Sachsen-Anhalt (3. Platz). Da es uns aber nicht reicht, drei Projekte auszuzeichnen, haben wir alle Wettbewerbsbeiträge in einer Broschüre veröffentlicht.

Diese Broschüre können Sie kostenlos als PDF unter www.netzwerk-laendlicher-raum.de/service/publikationen herunterladen oder in Papierform – ebenfalls kostenlos – bei uns bestellen.



Ihre Meinung ist gefragt!

Wir möchten es wissen! Liegt Ihnen beim Lesen unserer Beiträge etwas auf der Zunge, das Sie unbedingt loswerden möchten? Oder haben Sie Vorschläge, wie wir unsere Zeitschrift inhaltlich und strukturell bereichern können? Dann schreiben Sie uns! Wir freuen uns über Ihr Feedback. E-Mail: dvs@ble.de

Ausgewählte Kooperationsgesuche aus der Kooperationsdatenbank des EN RD Contact Point: <http://enrd.ec.europa.eu/leader/> → cooperation offers

Kooperationsgesuch von der Webseite der DVS:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/kooperation

Italien: Inwertsetzung historischer Gärten (Going round parks and gardens)

Der Schutz historischer Gärten und damit verbunden die touristische Aufwertung der Region sind Ziele dieser Projektidee. Gemeinsam sollen Lösungsansätze für die Instandsetzung und den Schutz historischer Gärten erarbeitet werden. Auch sollen Kommunikationsmittel entwickelt werden, mit denen die touristische Attraktivität der Regionen erhöht werden kann.

Mehr Informationen:
LAG Oglio Po – Terre d'Acqua
Giuseppe Torchio
Telefon: + 39 / (0) 37 59 76 64
E-Mail: info@alagolipo.it

Polen: Touristische Routen von und für Jugendliche (Young invites Young)

Mit Hilfe von GPS soll eine Internetdatenbank für neue und interessante Reiserouten erstellt werden. Da gleichzeitig Spiele entwickelt werden, die sich rund um das Thema Dorf drehen, ist die Projektidee besonders für junge Menschen im ländlichen Raum reizvoll.

Mehr Informationen:
LAG Działania Krajna nad Notecią
Krzysztof Bogdanowicz
Telefon: + 48 / (0) 67 21 32 2 39
E-Mail: dyrektor@lgdkrajna.pl



Bild: Pixelproducer / Pixelio

Österreich: Europäische (Ur-)Waldroute Einladung zu europäischem Vernetzungsworkshop und Kooperationsangebot

Die LAG Donau-Böhmerwald möchte eine europäische (Ur-)Waldroute entwickeln, bei der das „Naturerlebnis Wald“ im Mittelpunkt steht. Konkret geht es um den Wissenstransfer zwischen Waldregionen, die Vernetzung relevanter Akteure aus den Bereichen Ökotourismus, Umweltbildung, Waldwirtschaft und -management, den Aufbau von Waldkompetenzzentren und anderen regionalen Einrichtungen sowie die Entwicklung von Bildungsmaterial und den Ausbau der Infrastruktur entlang der Route.

Mehr Informationen:
LAG Donau-Böhmerwald
Klaus Diendorfer
Telefon: +43 / (0) 72 83 81 0 70
E-Mail: diendorfer@donau-boehmerwald.info

Neues auf www.netzwerk-laendlicher-raum.de

Von Stefan Kämper

Um die Informationen zu den einzelnen Leader-Regionen übersichtlicher darzustellen, werden die Profile der »**Regionen**« zurzeit überarbeitet. Vier Registerkarten strukturieren die Informationen, unterteilt nach ‚Kontakt‘, ‚Gebiet‘, ‚Ziele und Aufbau‘ und ‚Kooperationen‘. Ein fünftes Register – mit den Projekten der Region – kommt in Kürze hinzu. www.netzwerk-laendlicher-raum.de/regionen

In »**Themen**« sind in der Rubrik »Zukunft des ELER nach 2013« neue Informationen hinzugekommen, beispielsweise zu den Vorschlägen der Kommission zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik (siehe nebenstehender Text).

Im »**Service**« unter www.land-inform.de steht die digitale Ausgabe von LandIn-Form; die Zeitschrift kann dort auch be-

stellt werden. Alle anderen Publikationen, auch die Dokumentation des Wettbewerbs „Engagement für die Region“ (s. S. 5), können unter www.netzwerk-laendlicher-raum.de/bestellung bestellt werden. Ebenfalls im »Service« unter »Veranstaltungen« sind die Programme und Anmeldungen geplanter Veranstaltungen der DVS unter www.netzwerk-laendlicher-raum.de/termine veröffentlicht. Im »DVS-Archiv«, auch unter »Service«, sind neue Materialien eingestellt, beispielsweise zu den Aktivitäten auf der Euregia und zum Transferbesuch „Wasser-rahmenrichtlinie und Landwirtschaft“ in der Rhön: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/archiv. Außerdem unter »Service«: der ständig aktualisierte News-Service.



News-Service und Kontakt

Nutzen Sie unseren News-Service und schicken Sie uns Ihre Meldungen, Kooperationsgesuche, Termine und mehr. Wir veröffentlichen sie gerne auf der Website und im Newsletter. Außerdem interessiert uns Ihre Meinung zu unserem Webauftritt! Rufen Sie uns an oder mailen Sie uns: Telefon: 02 28 / 68 45 – 37 22 E-Mail: dvs@ble.de

Gemeinsame Agrarpolitik nach 2013

Von Jan Freese und Juliane Mante

Am 18. November 2010 veröffentlichte die EU-Kommission ihr Konzept für eine Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) nach 2013. Erstmals sind darin die Ergebnisse einer breiteren Beteiligung der Öffentlichkeit eingeflossen. Als Herausforderungen für die GAP sieht die Kommission die Sicherstellung einer rentablen und hochwertigen Nahrungsmittelherstellung, einer nachhaltigen Bewirtschaftung (inklusive Klimaschutz) sowie der Vitalität der ländlichen Gebiete. Kernpunkt des Konzepts sind drei mögliche Optionen für eine künftige GAP. Diese unterscheiden sich im Umfang der vorgeschlagenen Änderungen und darin, wie stark der Schwerpunkt von der ersten auf die zweite Säule verlagert wird. Die Kommission spricht sich zwar nicht explizit für eine der

vorgeschlagenen Optionen aus; Kommissar Ciolos betont aber, die EU-Landwirtschaftspolitik müsse „umweltfreundlicher, gerechter, effizienter und wirkungsvoller“ werden. Das 2-Säulen-System der GAP soll grundsätzlich beibehalten werden. Die Kommission schlägt vor, Landwirte bei Einhaltung der Cross-Compliance-Auflagen durch eine regional einheitliche Grundsicherung zu unterstützen. Dabei sollen die Direktzahlungen gezielter aktiven Landwirten zugutekommen, Großbetriebe müssen aber mit einer Obergrenze rechnen. Bei ökologischen Leistungen, die über die Anforderungen der Cross-Compliance hinausgehen, könne es zusätzliche Zahlungen aus der 1. Säule geben. Als neues Element schlägt die Kommission ein Instrumentarium vor, mit dessen

Hilfe besser auf Risiken wie Marktschwankungen und Einkommensschwankungen reagiert werden kann.

In einem nächsten Schritt werden die Akteure, die Regierungen und das Europäische Parlament das Konzept prüfen und mit der Kommission über die GAP nach 2013 verhandeln. Mitte 2011 wird die Kommission dann förmliche Rechtsvorschlüsse unterbreiten.

Zum Weiterlesen

Das Konzept der EU-Kommission „Die GAP bis 2020: Nahrungsmittel, natürliche Ressourcen und ländliche Gebiete – die künftigen Herausforderungen“ kann unter www.ec.europa.eu/agriculture > Die GAP > GAP nach 2013 heruntergeladen werden.

Wie kann Landwirtschaft klimagerechter werden?

Von Bettina Rocha und Jan Freese

Die Minderung der Treibhausgasemissionen ist für alle Bereiche der Landwirtschaft zu einem zentralen Thema geworden. Auf der Tagung „Landwirtschaft und Klimawandel“ am 13. Oktober 2010 in Bonn wurden zu dieser Problematik zahlreiche praktische Beispiele diskutiert. So wurden Verfahren zur klimaschonenden Stoffverwertung vorgestellt – etwa die Möglichkeit, Reststoffe mittels Pyrolyse umzuwandeln oder Biokohle im so genannten HTC-Verfahren (HTC = hydrothermale Carbonisierung) herzustellen, um sie als Bodenverbesserer einzusetzen. Anhand von Beispielen aus der Schwäbischen Alb, dem Alpenvorland und den niedersächsischen Marschlandschaften wurden betriebliche und regionale Perspektiven der Grünlandverwertung von Milchzeugern aufgezeigt. Als Beispiel für eine langfristige regionale Strategie des klimagerechten Moormanagements diente das Donaumoos. Schließlich wurde demonstriert, wie verhältnismäßig einfache Technologien im Präzisionsackerbau (Precision

Farming) zur Stickstoffeinsparung und somit zur Vermeidung von Lachgasemissionen beitragen können und welche Möglichkeiten und Grenzen der Zertifikatshandel für die Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen in der Landwirtschaft bietet.

Die Vorträge finden Sie unter:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/landwirtschaftsklima

Mehr Informationen:

Dr. Jan Freese, Bettina Rocha
 Deutsche Vernetzungsstelle
 Ländliche Räume
 Telefon: 02 28 / 68 45 -34 77; -38 82
 E-Mail: jan.freese@ble.de,
bettina.rocha@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de



Dr. Detlef Ehlert vom Leibniz-Institut für Agrartechnik Potsdam-Bornim e.V. stellte den Pendelsensor "CROP-Meter" vor. Der

Sensor misst während der Feldfahrt die Dichte des Pflanzenbestandes und ermöglicht unmittelbar die bedarfsangepasste Do-

sierung und Ausbringung von Düngemitteln und Fungiziden. Durch die Mengeneinsparung werden Umwelt und Klima geschont.

Wasserrahmenrichtlinie: Exkursion in die Rhön

Von Bettina Rocha

Die Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) geht in die Umsetzungsphase: Lag bisher der Aktivitätsschwerpunkt bei Verwaltung, Planung und Forschung, müssen die in den vergangenen zehn Jahren entwickelten Maßnahmen zum Erreichen eines guten chemischen Wasserzustandes und eines guten ökologischen Potenzials jetzt realisiert werden. Deshalb hat die Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume unter Führung der BBV LandSiedlung GMBH – einer Tochter des Bayerischen Bauernverbandes – und des Naturschutzvereins Rhön Natur e.V. am 3. und 4. November 2010 eine Exkursion zu Pilotvorhaben an den Flüssen Ulster, Brend und Sinn im Biosphärenreservat Rhön durchgeführt. Dabei zeigte sich, dass es immer wieder wichtig ist, die konkrete Situation vor Ort sehr genau zu analysieren,

bevor Maßnahmen ins Auge gefasst werden. Im Gewässer selbst kommen zum Beispiel die Sohlenanhebung, die Beseitigung von Staustufen oder die Schaffung von Fischtreppen und Umgehungsfließen an Wehren in Frage. Diese Maßnahmen benötigen ein umfangreiches klassisches Wasserbau-Know-how, ergänzt um naturschutzfachliches und (fisch-)ökologisches Wissen. Greifen die Maßnahmen zum Beispiel beim Wiederanschluss der Auen, bei einer Gewässeraufweitung oder dem Zulassen von Gewässerdynamik auch in das Gewässerumfeld ein, sind die Anforderungen noch weitreichender; in diesem Fall müssen nämlich zusätzlich die Interessen der Landnutzer, Landbesitzer und Anlieger berücksichtigt werden. Bewährt haben sich hierzu Instrumente, die vom Flächentausch

bis zur Flurbereinigung reichen. Der Dialog von Landnutzern sowie Vertretern von Naturschutz, Wasserwirtschaft und Flurbereinigung mit der regionalen Bevölkerung ist somit Grundlage und Voraussetzung für die Umsetzung der WRRL.

Informationen zu den Exkursionspunkten finden Sie unter:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/wrrl

Mehr Informationen:

Bettina Rocha
 Deutsche Vernetzungsstelle
 Ländliche Räume
 Telefon: 02 28 / 68 45 38 82
 E-Mail: bettina.rocha@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de



Tea-Time-Gespräch am Stand der DVS Ländliche Räume auf der Euregia 2010 in Leipzig

Bild: DVS

Alle (zwei) Jahre wieder – die euregia in Leipzig

Von Isabell Friess

Vom 25. bis 27. Oktober 2010 fand in Leipzig die euregia (Fachmesse und Kongress für Standort- und Regionalentwicklung) statt. Vier Oberthemen bestimmten das Veranstaltungsprogramm: Förderung und Finanzierung, Soziale Gerechtigkeit in Regionen (neu) gestalten, Transnationale Zusammenarbeit und Klimawandel. Über 2.100 Besucher aus 17 Ländern, 200 Referenten und 73 Aussteller nutzten diese Gelegenheit. Die Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS) widmete ihren Auftritt am Stand und im Kongress dem Wettbewerb „Engagement für die Region“

(mehr Informationen S. 5). Hier konnten die Teilnehmer diskutieren, wie Bürger von Anfang an in die Entwicklung eingebunden werden können und welche Unterstützung Engagierte brauchen.

Als Highlight zur Eröffnung der Messe richtete die Messe Leipzig GmbH in Kooperation mit der DVS in der Moritzbastei in Leipzig ein Get Together aus. So hatten die Akteure der verschiedenen Ebenen und Ressorts die Möglichkeit, sich in informeller Atmosphäre auszutauschen – ganz nach der Leader-Philosophie „Von den Erfahrungen der anderen lernen“ und „über die Grenzen hinweg“.

Mehr Informationen:

Isabell Friess
Deutsche Vernetzungsstelle
Ländliche Räume
Telefon: 02 28 / 68 45 34 59
E-Mail: isabell.friess@ble.de

Vorschau

Wie war das nochmal mit dem „Voneinander Lernen“? – Bundesweiter Projekt- und Erfahrungsaustausch aller Leader-Regionen

Von Anke Wehmeyer

Für alle Regionen ist Leader in dieser Förderphase eine große Herausforderung. Das Mainstreaming hat viel verändert und die Prozesse erschwert. Trotzdem müssen Projekte vor Ort umgesetzt werden und innovative Ideen ihren Platz finden.

In Deutschland gibt es 244 Regionen, die Leader umsetzen. 244 Regionen, die Ziele definiert und Projekte entwickelt haben. Unter diesen 244 Regionen ist mindestens eine, die genau die gleichen Projektansätze verfolgt wie Sie. Wer macht was, wo und wie? Alles Gründe, die einen Austausch von Projekten und Erfahrungen für LAGn unerlässlich machen – auch außerhalb des eigenen Bundes-

landes und trotz überfüllter Terminkalender. Deshalb veranstalten wir am **26. bis 27. April 2011 in Bad Schandau (Sächsische Schweiz)** einen bundesweiten Projekt- und Erfahrungsaustausch zu Leader.

Am 26. April können sich alle LAGn an einem festlichen Abend austauschen und gemeinsam die Halbzeit feiern. Der zweite Tag ist dazu da, sich zu bestimmten Themen auf Projektebene intensiver zu vernetzen.

An das Leader-Treffen schließt die europäische Leader-Veranstaltung LINC an. Somit können Sie direkt noch nach Projektpartnern und -ideen für gemeinsame europäische Projekte suchen (www.info-linc.eu).

Ankündigung Exkursion „Umweltfreundliche Technologien in der Landwirtschaft“

Die Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume wird in Kooperation mit dem Verband der Landwirtschaftskammern (VLK) in der 3. Februarwoche 2011 eine 2-tägige Exkursion in die Region Vechta-Cloppenburg unternehmen, die sich mit der Verwendung von umweltfreundlichen Technologien in der Landwirtschaft befasst. Im Fokus stehen die Schweinemast und die Reduktion von Nährstoffverlusten bzw. Emissionen. Exkursionsziele sind landwirtschaftliche Betriebe, die Vorbildcharakter für folgende Themenbereiche haben: Senkung von Emissionen im Stall, nährstoffreduzierte Fütterung, Behälterabdeckung und Ausbringungstechniken. Ergänzend zu den Besuchen auf den Betrieben wird am Abend ein Vortragsblock zu oben genannten Themen das Programm abrunden.

Zielgruppe der Veranstaltung sind landwirtschaftliche Betriebsleiter, Berater sowie Genehmigungsbehörden.

Die Exkursion ist auf ca. 50 Teilnehmer ausgelegt. Sie können sich ab Anfang Januar 2011 unter www.netzwerk-laendlicher-raum.de/technologie anmelden.



Mehr Informationen:

Anke Wehmeyer
Deutsche Vernetzungsstelle
Ländliche Räume
Telefon: 02 28 / 68 45 38 41
E-Mail: anke.wehmeyer@ble.de

IGW 2011 – erfolgreich interkommunal kooperieren!

Von Sören Bronsert

Am 21. Januar 2011 öffnet die 76. Internationale Grüne Woche in Berlin ihre Tore. Die Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume, das Bundeslandwirtschaftsministerium und fünf Mitaussteller präsentieren sich wieder gemeinsam mit einem Messestand und auf der LandSchau-Bühne. Hier und in einer Begleitveranstaltung auf dem „Zukunftsforum Ländliche Entwicklung“ dreht sich alles um interkommunale Kooperationen.

Interkommunale Kooperationen sind eigentlich nichts Neues. Viele Kommunen arbeiten schon seit Jahren erfolgreich zusammen, beispielsweise in Zweckverbänden. Neu ist dagegen ihre Ausrichtung an neuen Herausforderungen wie dem demografischen Wandel. Gleichzeitig wird der finanzielle Spielraum der Kommunen immer enger. Um in Zukunft weiterhin in vielen ländlichen Regionen eine bürger-nahe Grundversorgung gewährleisten zu können, bieten interkommunale Kooperationen und ehrenamtliches Engagement von Bürgern die Möglichkeit, eigenverantwortlich Handlungsoptionen zurückzugewinnen. Dies will die Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS) mit erfolgreichen Projekten auf der Internationalen Grünen Woche (IGW) 2011 in Berlin demonstrieren.

Messestand & LandSchau-Bühne

Mit vielfältigen Aktionen und einem Quiz geben die Ausstellungspartner einen Einblick

in ihre Projekte: den eigenverantwortlichen Breitbandausbau in Thüringen (Landnetz e.V.), die vernetzte, gemeindeübergreifende Jugendarbeit in Schleswig-Holstein (LAGn Eider-Treene-Sorge und Südliches Nordfriesland), die Sicherung der Lebensqualität im Alter durch die Initiative von neun bayerischen Kommunen (Arbeitsgemeinschaft Obere Vils – Ehrenbach), die Entwicklung von Tagebaufolgelandschaften durch Stadt/Land-Kooperation für Natur- und Naherholungsgebiete (Grüner Ring Leipzig) und die „fahrende Musikschule“ aus dem baden-württembergischen Langenau (Verbands-Musikschule). Auch auf der LandSchau-Bühne wird die DVS mit ihren Partnern das Thema Zusammenarbeit abwechslungsreich in Szene setzen. Welche kreativen Ergebnisse kulturelle Kooperationen im ländlichen Raum hervorbringen können, präsentiert neben der Musikschule Langenau auch die Kulturinsel Einsiedel aus Sachsen. Gemeinsam mit den Mitausstellern laden die DVS und das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMELV) alle Messebesucher zum Kulturgenuß und zum Erfahrungsaustausch ein.

Veranstaltung zur interkommunalen Zusammenarbeit

Interkommunale Zusammenarbeit ist in der Praxis oft komplizierter als in der Theorie. Im Rahmen des „Zukunftsforums Ländliche Entwicklung 2011“ des BMELV auf der Internationalen Grünen Woche im ICC Berlin (siehe Ankündigung S. 47 und Kasten) veranstaltet die DVS deshalb gemeinsam mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund und dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung am **26. Januar 2011** eine Begleitveranstaltung mit dem Titel *„Interkommunale Zusammenarbeit – im Dialog Zukunft gestalten“*. Auf dieser Veranstaltung sollen Fragen nach den Bedingungen, der Struktur und den Aufgabenfeldern einer erfolgreichen interkommunalen Kooperation erläutert und diskutiert werden. Eingeladen sind neben allen Interessierten vor allem Vertreter von Landkreisen und Kommunen, Regionalmanagements, Vertreter von Verbänden und Vereinen sowie andere Multiplikatoren.



© 2010 Messe Berlin GmbH

Interkommunale Zusammenarbeit – im Dialog Zukunft gestalten

Begleitveranstaltung am 26. Januar 2011 auf dem „Zukunftsforum Ländliche Entwicklung 2011“. Ausführliche Informationen unter: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/likz
Anmeldung unter: www.zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de
Anmeldeschluss: 7. Januar 2011

Mehr Informationen:

Sören Bronsert
Deutsche Vernetzungsstelle
Ländliche Räume
Telefon: 02 28 / 68 45 34 62
E-Mail: soeren.bronsert@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/igw

Wo liegt ...



Bild: Rainer Sturm / Pixelio



Bild: Rainer Sturm / Pixelio



Bild: Thorben Wengert / Pixelio



Bild: Jörg Eising / Pixelio



Bild: Bergingfoto / Fotolia.com



Bild: Alois / Fotolia

Bild: Carsten Meyer / Fotolia

die Zukunft des Waldes?

Von Juliane Mante

Das Jahr 2011 wurde von den Vereinten Nationen zum Internationalen Jahr der Wälder erklärt. Mit welchen Herausforderungen aber wird die Waldnutzung konfrontiert, und wie können diese künftig miteinander in Einklang gebracht werden? Diese Debatte möchten wir anstoßen: indem wir verschiedene Seiten zu Wort kommen lassen, Lösungen aufzeigen und Praxisprojekte präsentieren.

Der Wald in Deutschland steht vor einer Vielzahl von Herausforderungen: Die Nachfrage nach dem Rohstoff Holz zur Verarbeitung und Energieerzeugung steigt weltweit (siehe S. 12–13), die Forstwirtschaft muss schwarze Zahlen schreiben, und der Klimawandel erfordert schon jetzt Änderungen in der Art der Bewirtschaftung und der Wahl der Baumarten (siehe S. 22, 23). Gleichzeitig steigen die gesellschaftlichen Anforderungen an den Wald, zum Beispiel in Bezug auf seine Erholungsfunktion für die Menschen und als Lebensraum für Tiere und Pflanzen (siehe S. 14–15).

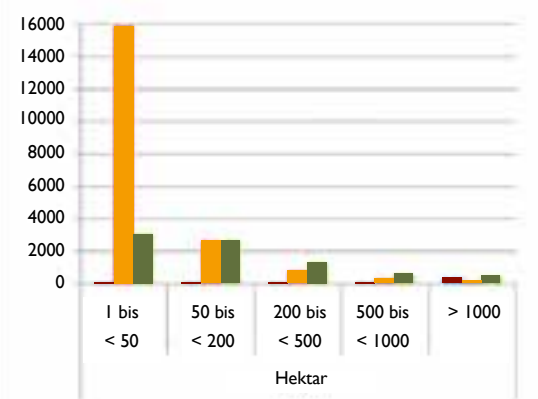
Deutschland ist zu etwa einem Drittel bewaldet. Dabei ist Wald nicht gleich Wald. So gibt es zum Beispiel ganz verschiedene Besitzverhältnisse und Flächenstrukturen. Kleine Privatforstbetriebe mit einem Flächenbesitz von unter 50 Hektar stellen noch den Großteil der Forstbetriebe in Deutschland (siehe Abb. oben). Den größten Flächenanteil hingegen nimmt der groß strukturierte öffentliche Wald ein (siehe Abb. unten). Dies hat Auswirkungen auf unterschiedlichster Ebene: Zum einen werden die Möglichkeiten, den oben genannten Herausforderungen zu begegnen, entscheidend von Besitzart und Flächenstruktur beeinflusst (siehe S. 18, 19). Zum anderen bestehen teilweise direkte Abhängigkeiten zwischen dem öffentlichen und dem privaten Bereich des Forstsektors. Die staatlichen Forstverwaltungen in Deutschland werden seit Jahren reformiert, um deren teils prekäre Ertragslage zu verbessern. Rechtsformen werden geändert, Dienstleistungen zurückgefahren, Flächen privatisiert, Bewirtschaftungseinheiten vergrößert und gleichzeitig Personal abgebaut.

Die häufig beklagten Folgen: Überlastetes Forstpersonal, das Schwierigkeiten hat, die gute fachliche Praxis bei der Waldbewirtschaftung noch zu gewährleisten. Ganz konkret trifft der Wegfall von Dienstleistungen zum Beispiel die Kleinprivatwaldbesitzer. Diese wurden in der Regel von den Landesforstverwaltungen der Bundesländer mithilfe von Bundesmitteln beraten und betreut – eine Aufgabe, die mehr und mehr zurückgefahren wird. Gerade im Kleinprivatwald gibt es jedoch große ungenutzte Potenziale, sei es in Bezug auf eine betriebswirtschaftlich rentable Nutzung, die Anpassung an den Klimawandel oder die Regionalentwicklung. Indem sich Kleinprivatwaldbesitzer zusammenschließen, können sie viele dieser Herausforderungen besser meistern, wie das Beispiel auf Seite 20 zeigt.

Aber auch der Standort hat einen entscheidenden Einfluss auf die Waldnutzung: Während sich in Ballungsräumen die Konflikte zwischen verschiedenen Interessensbereichen – wie Erholung, wirtschaftliche Nutzung, Naturschutz – verschärfen, haben periphere Regionen dieses Problem eher selten. Dafür werden in diesen Regionen die Möglichkeiten des Waldes für die Regionalentwicklung häufig noch viel zu wenig genutzt (siehe S. 24–25). Das Projekt auf den Seiten 26–27 zeigt, wie man auch alte Waldnutzungsformen wieder neu in Wert setzen kann.

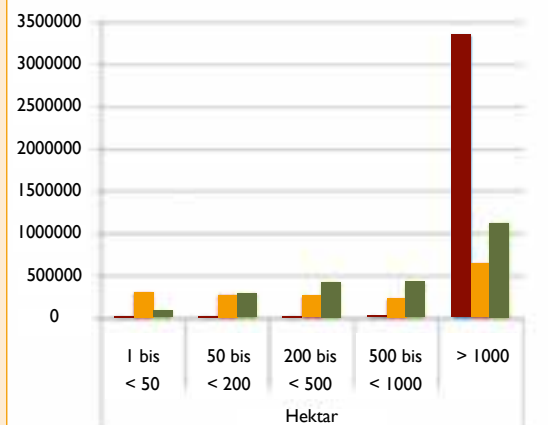
Es ist vielleicht nicht leicht, aber keinesfalls unmöglich, die zunehmenden, teils gegensätzlichen Anforderungen an die Waldnutzung unter einen Hut zu bekommen. Die Autoren auf den Seiten 28–29 zeigen, worauf es hierbei konkret ankommt.

Anzahl Forstbetriebe in Deutschland 2007



■ Staatsforsten ■ Privatforsten ■ Körperschaftsforsten

Hektar Waldfläche in Deutschland 2007



■ Staatsforsten ■ Privatforsten ■ Körperschaftsforsten

Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2010

Abb.: Anzahl Forstbetriebe (oben) und Hektar Waldfläche (unten) in Deutschland 2007 nach Besitzarten und Größenklassen.

Staatswald: Waldflächen im Eigentum des Bundes und/oder Bundeslandes

Körperschaftswald: Wald im Eigentum von Gemeinden, Gemeindeverbänden, Zweckverbänden sowie sonstiger Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts



Der Wald und seine Leistungen aus ökonomischer Sicht

Von Matthias Dieter

In einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Wirtschaft und Gesellschaft wird Holz als nachwachsender Rohstoff immer bedeutsamer. Aber auch andere Nutzungsansprüche wie Naturschutz, Klimaschutz und Erholung werden an den Wald gestellt. Bei ihrer Abwägung sollte man aber immer ihre Wirtschaftlichkeit im Blick haben.

Deutschland ist fast zu einem Drittel bewaldet. Auf dieser Waldfläche wachsen 3,4 Milliarden Vorratsfestmeter Rohholz – damit hat Deutschland den höchsten Holzvorrat in Europa. Das Nutzungspotenzial in den Wäldern in Deutschland ist hoch. Im Durchschnitt der letzten Jahre wurden aber nur etwa 60 Millionen m³ jährlich eingeschlagen und genutzt. Damit liegt die Nutzung aber immer noch unter dem nachhaltig möglichen Potenzial. Dieses wird auf 80-100 Millionen m³ jährlich geschätzt.



Bild: Shutterstock

Eigentumsverhältnisse im deutschen Wald

Der Wald gehört in Deutschland einer Vielzahl ganz unterschiedlicher Eigentümer. Etwas weniger als die Hälfte der Waldfläche befindet sich im Privatbesitz. Bei dieser Eigentumsklasse ist die Spannweite in der Größenklassenstruktur besonders hoch: Auf der einen Seite gibt es Privatwaldbetriebe mit teils deutlich mehr als 1.000 Hektar Waldfläche; sie umfassen zusammen gut 0,5 Millionen Hektar. Auf der anderen Seite gibt es eine Vielzahl an Waldbesitzern, die jeweils nur höchstens 20 Hektar besitzen. Sie vereinen 2,7 Millionen Hektar, das ist etwa ein Viertel der Waldfläche Deutschlands. Der Rest, das heißt gut die Hälfte der Waldfläche Deutschlands, ist im Eigentum der öffentlichen Hand, angeführt von den Ländern mit zusammen 29 Prozent.

Zukunftsbranche Forst und Holz

Unmittelbare wirtschaftliche Bedeutung besitzt der Wald insbesondere über die Produktion von Rohholz. Es ist die Grundlage für die Wertschöpfung im Cluster Forst und Holz. In dieser Branche waren im Jahr 2007 knapp 1,2 Millionen Beschäftigte in 130.000 Unternehmen tätig. Zusammen erwirtschafteten sie einen Umsatz von 174 Milliarden Euro und eine Wertschöpfung von grob 60 Millionen Euro. Die Unternehmen der deutschen Holz- und Papierwirtschaft zählen zu den Hauptspielern auf den internationalen Märkten: Im Jahr 2005 waren sie Exportweltmeister, 2008 lagen sie knapp hinter den Unternehmen aus China noch an zweiter Stelle (siehe Abbildung). Die Sicherung der Rohstoffversorgung der Werke in Deutschland dient damit dem Erhalt von Arbeitsplätzen und Einkommen in einer äußerst wettbewerbs- und zukunftsfähigen Branche.

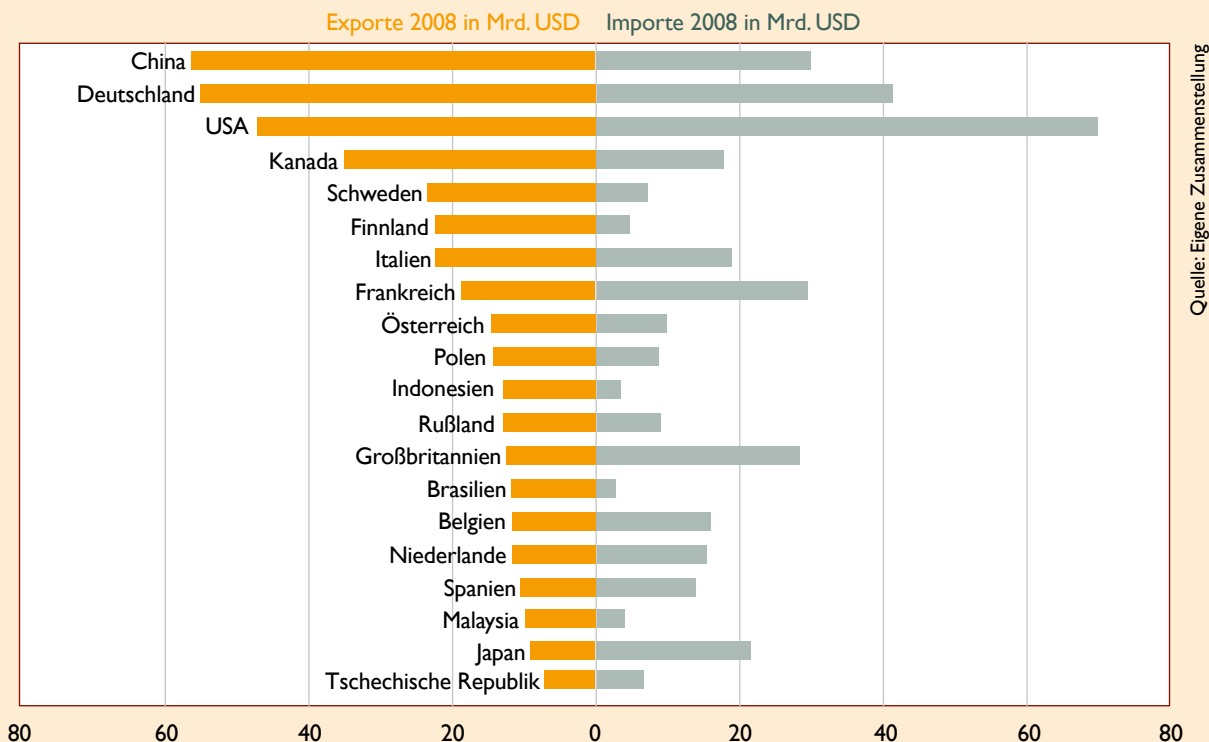
Nadelholz nachgefragt, Potenziale bei Laubholz

Dass sich die Ertragslage der deutschen Forstbetriebe in den vergangenen Jahren positiv entwickelt hat, ist zum großen Teil auf den Anstieg der Nachfrage nach Nadelholz zurückzuführen. Sein Anteil an der stofflich genutzten Holzmenge (Stamm- und Industrieholz) liegt bei über 90 Prozent. Das nachhaltig nutzbare Potenzial ist beim Nadelholz auch weitgehend ausgeschöpft. Nennenswerte ungenutzte Holzpotenziale finden sich nur noch beim Laubholz. Dessen Nachfrage zur stofflichen Verwendung ist in den vergangenen 20 Jahren nicht angestiegen. Will man auch zukünftig eine wettbewerbsfähige Holz- und Papierwirtschaft in Deutschland erhalten, bedeutet dies, dass 1.) der Anbau von Nadelholz erweitert oder zumindest beibehalten werden muss und 2.) neue Verwendungsarten von Holz überwiegend auf Laubholz ausgerichtet werden sollten. Dies ist auch deshalb nötig, weil der bevorstehende Klimawandel es schon jetzt erfordert, das Baumartenspektrum zu erweitern, um die Bestände weniger schadensanfällig zu machen (siehe Beiträge S. 22 und 23). Die Diversität der Eigentumsverhältnisse (siehe Kasten) mit ihren unterschiedlichen Standortbedingungen, Klimaerwartungen und betrieblichen Zielsetzungen bietet gute Voraussetzungen dafür, dass sich in der Forstwirtschaft Vielfalt und damit die wünschenswerte Risikostreuung einstellt.

Stoffliche oder energetische Nutzung?

Die Hauptverwendung von Rohholz in Deutschland ist nach wie vor die stoffliche Nutzung und damit die Verarbeitung zu Holz- und Papierprodukten. Darüber hinaus wird mittlerweile ein Drittel des Holzeinschlages direkt für die Erzeugung von Wärme und Strom eingesetzt; die energiepolitischen Ziele der EU und der Bundesregierung sehen allerdings einen noch

Die wichtigsten Exporteure von Holz und Holzprodukten und deren Importe



höheren Beitrag von Holz zur nachhaltigen Energieversorgung in Deutschland vor. Den Löwenanteil an der energetischen Holznutzung hält bisher der Brennholzverbrauch in privaten Haushalten. Die starke Nachfrage nach Brennholz in den vergangenen Jahren hat dazu geführt, dass die Forstbetriebe mit Brennholz einen höheren Umsatz erzielen als mit der Produktion von Laubstamm- und Laubindustrieholz. Dies stellt traditionelle Waldbaukonzepte zur Diskussion, mit denen das Ziel verfolgt wird, Wertholz statt Holzmasse zu produzieren.

Was sind Erholung, Artenvielfalt und Klimaschutz wert?

Die ökonomische Bedeutung des Waldes liegt aber nicht nur in der Holzproduktion. Seine Leistungen für Erholung, Wasserhaushalt, Kohlenstoffspeicherung, Naturschutz etc. schaffen ebenfalls Werte. Diese lassen sich aber nicht unmittelbar aus Marktdaten wie Mengen und Preisen ableiten; sie müssen vielmehr auf indirektem Weg, zum Beispiel über die Erfassung von Reiskosten, die Berechnung von Alternativkosten oder über Befragungen zu Zahlungsbereitschaften hergeleitet werden. Auch hierzu gibt es Untersuchungen für Deutschland. Aufgrund der angewendeten unterschiedlichen Bewertungskonzepte ist ein direkter Vergleich der Ergebnisse allerdings nicht immer möglich. Dem Erholungswert von Wäldern haben sich bisher die meisten Studien gewidmet. Er ist in erster Linie abhängig von der Nähe der Wälder zu den Erholungssuchenden, also zu größeren Städten. Über den Einfluss

der Baumartenzusammensetzung – insbesondere deren Naturnähe – liegen keine ökonomischen Erkenntnisse vor. Hochgerechnet auf ganz Deutschland kann für den Wald ein Erholungswert in der Größenordnung von 2-3 Milliarden Euro pro Jahr veranschlagt werden.

In einer ebenfalls auf die gesamte Bundesrepublik Deutschland bezogenen Untersuchung wurden Maßnahmen zum Schutz der biologischen Vielfalt im Wald bewertet. Den Befragten wurde ein Maßnahmenpaket mit den fünf Maßnahmen Waldumbau, Totholzanreicherung, Reduktion der Wilddichte, Einrichtungen von Schutzgebieten und Vernetzung fragmentierter Bestände vorgestellt und zur Bewertung gegeben. Hochgerechnet auf die gesamte Bundesrepublik ergibt sich eine Zahlungsbereitschaft für die Maßnahmen zum Schutz der biologischen Vielfalt in Höhe von knapp 1,5 Milliarden Euro pro Jahr.

Deutlich niedriger liegen mit 0,1-0,4 Milliarden Euro pro Jahr Berechnungen zum Wert der Kohlenstoffspeicherung im deutschen Wald. Sie sind auf der Grundlage von Schadenskosten durch die alternative CO₂-Anreicherung in der Atmosphäre berechnet. Diesen Schadenskosten haften allerdings erhebliche Unsicherheiten an, die sich aus den zahlreichen Annahmen in den verwendeten Modellen ergeben.

Nutzen der Holzproduktion überwiegt

Auch wenn die hier vorgestellten Ergebnisse nicht direkt miteinander vergleichbar sind, zeigt die Größenordnung der Werte

doch, dass aus ökonomischer Sicht die Bedeutung des Waldes als Holzproduzent mit einer Wertschöpfung von ca. 60 Milliarden Euro seine Bedeutung für die anderen Waldleistungen (Nutzenwerte zwischen ca. 3,6-4,9 Milliarden Euro) übersteigt. Dies ist bei allen Forderungen nach Nutzungsverzichten im Wald zu berücksichtigen. Gleichwohl ist auch den Werten der Gemeinwohlleistungen des Waldes stets Beachtung zu schenken. Insbesondere wenn umfangreichere Änderungen in der Waldbewirtschaftung angestrebt werden, müssen die hier vorgestellten monetarisierten Werte der Waldleistungen überprüft und gegebenenfalls neu ermittelt werden.

Zum Weiterlesen:

Dieter M., Elsasser P., Thoroer C., 2010: Der ökonomische Wert gesellschaftlicher Leistungen der Wälder. In: Depenheuer O., Möhring B. (Hrsg.): Waldeigentum. Zustand und Perspektiven. Berlin & Heidelberg: Springer. Bibliothek des Eigentums Bd.8, Seite 117-138.

Mehr Informationen:

Dir. und Prof. Dr. Matthias Dieter
Johann Heinrich von Thünen-Institut
Institut für Ökonomie der Forst- und
Holzwirtschaft
Telefon: 0 40 / 73 96 23 00
E-Mail: matthias.dieter@vti.bund.de
www.vti.bund.de

Ohne Biodiversität keine Nachhaltigkeit

Von Anke Höltermann und Manfred Klein

Nach dem Internationalen Jahr der Biodiversität 2010 folgt mit 2011 das Internationale Jahr der Wälder. Damit rückt ein Ökosystem in den Mittelpunkt, dessen Bewirtschaftung oft als das Vorbild für die Vereinbarkeit ökologischer, ökonomischer und soziokultureller Ansprüche der Gesellschaft genannt wird. Aber inwiefern stimmt diese Einschätzung, und wird sie auch für die Zukunft gelten?

2007 wurde von der Bundesregierung die Nationale Strategie zur Biologischen Vielfalt (NBS) beschlossen. Damit setzte Deutschland das 1992 in Rio de Janeiro von den Vereinten Nationen beschlossene Übereinkommen über die Biologische Vielfalt um. Laut NBS sollen bis 2020 die Bedingungen für die typischen Lebensgemeinschaften in Wäldern weiter verbessert werden: Naturnahe Waldbewirtschaftungsformen sollen die ökologischen Funktionen stärken; Alt- und Totholz soll in ausreichender Menge und Qualität vorhanden sein, und der Flächenanteil der Wälder mit natürlicher Waldentwicklung

soll auf fünf Prozent steigen. Doch wird die deutsche Forstwirtschaft mit ihrer aktuellen Politik diesen Zielen gerecht?

Bundeswaldinventur offenbart Schwächen

Gesetzliche Vorgaben zu qualitativen, naturschutzfachlichen Mindeststandards bei der Waldbewirtschaftung sucht man – von Ausnahmen abgesehen – in den Bundes- und Landeswaldgesetzen vergebens. Zwar sind die jahrzehntelangen Aufbau- und Pflegeleistungen von Wäldern nach dem Krieg sowie die Bemühungen der Landes-

forstverwaltungen, im Rahmen naturnaher Bewirtschaftungskonzepte verstärkt in die Laubholzmehrung und den Waldbau zu investieren, zweifelsohne zu würdigen. Sie müssen aber auch zukünftig konsequent fortgesetzt werden, denn nach der jüngsten Bundeswaldinventur können lediglich ein Drittel der Wälder als naturnah bis sehr naturnah bewertet werden. Nur rund neun Prozent des Waldes sind mehrschichtig bzw. plenterartig aufgebaut (In Plenterwäldern wird laufend so viel Holz genutzt wie nachwächst, kleinflächig und ohne dass Kahlflecken entstehen). Noch immer wird mehr als die Hälfte der Waldfläche von Nadelbäumen dominiert, und der Anteil fremdländischer Baumarten, insbesondere der Douglasie, nimmt beständig zu. Alters- und Zerfallsphasen sind in deutschen Wäldern deutlich unterrepräsentiert und die Totholz mengen liegen weit unter den Mengen, die unter natürlichen Bedingungen in ungenutzten Wäldern vorkommen. Gleichzeitig sind gerade solche Tier-, Pflanzen- und Pilzarten überproportional stark gefährdet, die auf typische Strukturen naturnaher Wälder spezialisiert sind. So benötigen rund ein Fünftel aller Waldtiere sowie über 2.500 Pilzarten ganz oder teilweise Totholz zum Überleben.

Buchen muss man suchen

Auch ein Blick auf die für Deutschland kulturhistorisch prägenden Buchenwälder offenbart aus Sicht des Naturschutzes erhebliche Mängel. Obgleich Deutschland im Zentrum des potenziell natürlichen Verbreitungsgebietes

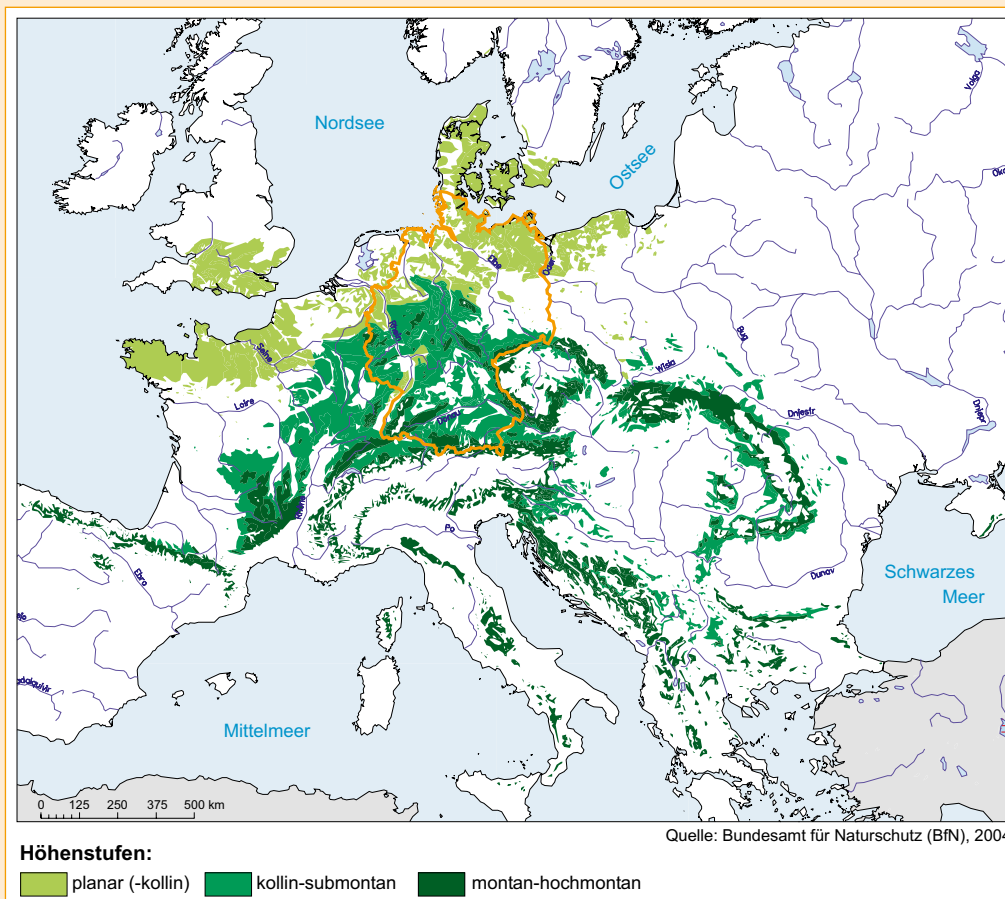


Abb. 1: Deutschland liegt im Zentrum des potenziell natürlichen Verbreitungsgebietes der Buchenwälder in Europa. planar = Flachlandstufe; kollin = Hügellandstufe; submontan = Mittelgebirgsstufe; montan = Gebirgsstufe (Alpen: 800-1400m; Mittelgeb.: 450-800m); hochmontan = Gebirgsstufe (Alpen: 1300-1850m; Mittelgeb.: 800-1500m)

tes der Buchenwälder in Europa liegt (siehe Abb. 1) und zwei Drittel der Landfläche natürlicherweise mit Buchenwäldern bedeckt wären, machen sie heute gerade einmal 4,4 Prozent der Gesamtfläche aus (siehe Abb. 2). Insbesondere die aus Naturschutzsicht wertvollen, älteren Buchenwälder kommen aufgrund des „frühen“ Erntealters der Buche von 120 bis 140 Jahren nur selten vor. Über 160-jährige Buchen, die gerade einmal die Hälfte ihrer natürlichen Lebenserwartung erreicht haben, sind kaum noch vorhanden.

Holzboom gefährdet Naturschutz

Trotz dieser offensichtlichen Defizite stößt gerade das in der NBS formulierte Ziel, bis 2020 fünf Prozent der Waldfläche einer natürlichen Waldentwicklung zu überlassen, auf erhebliche Widerstände innerhalb der produktionsorientierten Forst- und Holzwirtschaft. Mehr noch: Selbst bisher anerkannte politische Ziele zum integrativen Waldnaturschutz wie der Schutz des Bodens, die Erhaltung von Alt- und Totholz oder der Umbau von Nadelholzreinbeständen hin zu standortheimischen Mischbeständen werden in Zeiten einer weltweit steigenden Nachfrage nach Holz als nachwachsendem Rohstoff und erneuerbarem Energieträger wieder infrage gestellt. Vielerorts zeichnet sich bereits heute eine Intensivierung der Waldnutzung durch Vorratsabbau, Anbau ertragreicher fremdländischer Baumarten sowie die Nutzung von Waldrestholz und Nicht-Derbholz (Reisig- und Wurzelholz) ab. Dabei geraten die gemeinwohlorientierten Leistungen der Schutz- und Erholungsfunktionen zunehmend unter Druck, da ihre Erbringung nicht oder nur unzureichend über Märkte gesichert werden kann.

Umsteuern!

Der globale Anstieg der Temperatur und die Zunahme von Extremwetterereignissen werden sich erheblich auf die Stabilität und Vitalität von Wäldern auswirken, mit gravierenden Folgen für deren Fähigkeit, ökosystemare Dienstleistungen zu erbringen – wie zum Beispiel die Funktion als Lebensraum für Tiere und Pflanzen, Erholungsraum für Menschen, Klimaregulator, Trinkwasser- und Luftfilter, Kohlenstoffspeicher und vieles mehr. Zwar ist unser Wissen über die komplexen Zusammenhänge zwischen Umweltveränderungen und Ökosystemen noch immer begrenzt. Unbestritten ist jedoch, dass unsere heutigen Handlungen entscheidend die Lebens- und Überlebensfähigkeit der Menschheit von morgen beeinflussen. Bereits 1993 definierte die europäische Forstministerkonferenz in Helsinki daher „Nachhaltige Bewirtschaftung“ als „Betreuung und Nutzung von Wäldern auf eine Weise und in einem Ausmaß, dass deren biologische Viel-

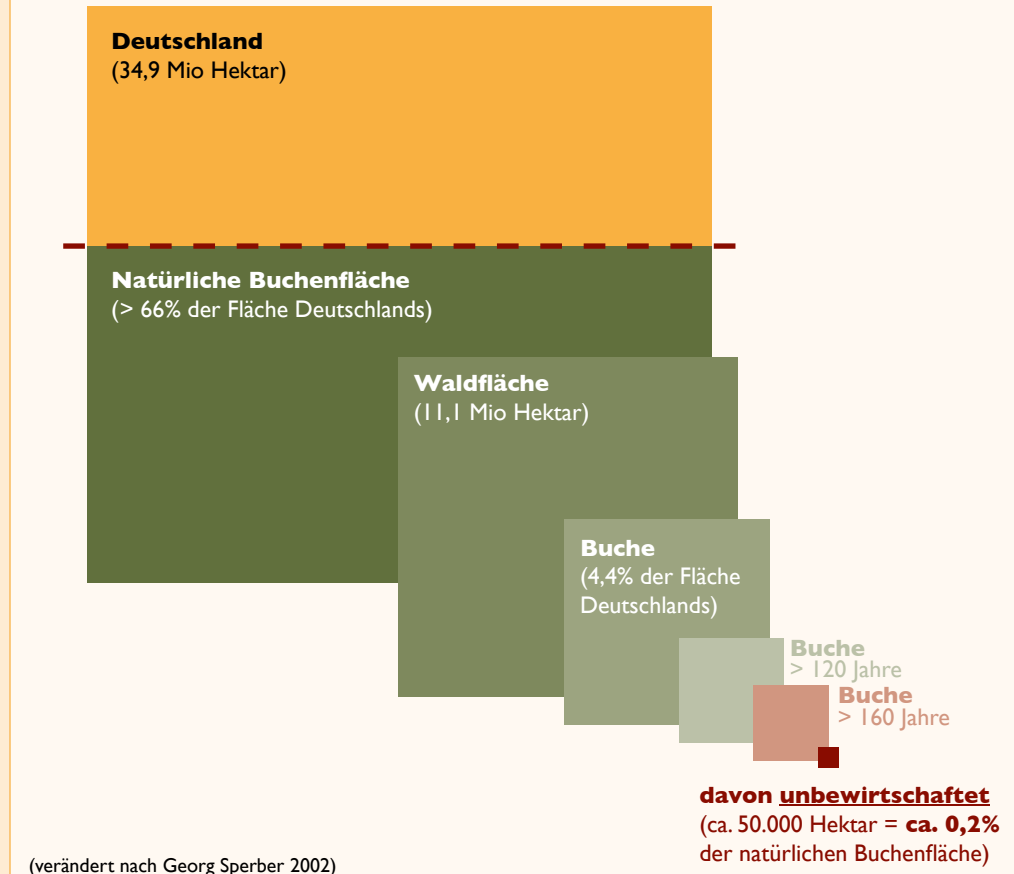


Abb. 2: Natürlicherweise wären etwa zwei Drittel der Landfläche Deutschlands mit Buchenwäldern bedeckt, tatsächlich machen diese heute aber gerade einmal 4,4 Prozent der Gesamtfläche aus.

falt, Produktivität, Verjüngungsfähigkeit und Vitalität sowie deren Potenzial, jetzt und in Zukunft die entsprechenden ökologischen, ökonomischen und sozialen Funktionen auf lokaler, nationaler und globaler Ebene zu erfüllen, erhalten bleibt, ohne anderen Ökosystemen Schaden zuzufügen.“

Langfristige Vorsorgestrategien entwickeln

Diese Ziele den kurzfristigen Interessen einer global agierenden Holzindustrie unterzuordnen, schränkt die Handlungsspielräume künftiger Generationen zur Nutzung des Waldes möglicherweise irreversibel ein. Die Schwächung der Forstverwaltungen durch effizienzorientierte Strukturreformen (Personalabbau und Zusammenlegung von Forstrevieren) verschärft die negativen Folgen der produktionsorientierten Waldwirtschaft noch mehr.

Im Sinne einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung und als Voraussetzung zum Erhalt der Naturproduktivität von Wäldern müssen aus Sicht des Bundesamtes für Naturschutz langfristige Vorsorgestrategien entwickelt werden, welche die den intakten Waldökosystemen eigene Widerstands- und Anpassungsfähigkeit fördern. Die natürliche Biodiversität zu erhalten, ist hierfür eine zentrale Voraussetzung. Dafür sollten auf der Gesamtfläche des deutschen Waldes naturschutzintegrierende Waldentwick-

lungskonzepte mit abgestuften Nutzungsintensitäten eingeführt sowie dauerhaft nutzungsfreie und vernetzte Waldgebiete geschaffen werden. Hierfür sind zusätzliche, innovative Politik- und Finanzierungsinstrumente nötig, die zum einen die indirekten Leistungen nachhaltig bewirtschafteter oder geschützter Wälder in Wert setzen und zum anderen deren Anpassungsfähigkeit an die regionalspezifischen Auswirkungen des Klimawandels fördern.

Waldentwicklungskonzepte, die sowohl die ökologischen als auch die ökonomischen Zwänge berücksichtigen, können jedoch nur gemeinsam von Naturschutz und Forstwirtschaft entwickelt werden. Das Internationale Jahr der Wälder 2011 sollte Anlass sein, Beispiele für eine solche Kooperation, die heute auf lokaler Ebene bereits vielfach erfolgreich funktioniert, zu dokumentieren und den gesellschaftlichen Dialog über den Wald der Zukunft zu stärken.

Mehr Informationen:

Dr. Anke Höltermann
Dr. Manfred Klein
Bundesamt für Naturschutz
Agrar- und Waldbereich
Telefon: 02 28 / 84 91 18 24
E-Mail: HoeltermannA@bfn.de; KleinM@bfn.de
www.bfn.de



Bild: Forstfachverlag

„Ohne Moos nix los“

Dieter Biernath ist ehemaliger Forstunternehmer, Geschäftsführer des Forstfachverlages (www.forstfachverlag.de) sowie Chefredakteur und Herausgeber der Fachzeitschriften „Forstmaschinen-Profi“ und „energie pflanzen“. Die Theorie untermau-

ert der Forstfachverlag ganz bewusst mit der Praxis: Derzeit baut er ohne finanzielle Förderung ein neues, 400 Quadratmeter großes Bürogebäude mit Holzpelletheizung – aus regionalem Weißtannen-Holz und mit regionalen Handwerkern.

Herr Biernath, welches sind Ihrer Meinung nach die größten Konflikte zwischen wirtschaftlicher Nutzung des Waldes und dem Umwelt- und Naturschutz?

Nennen wir doch erst einmal die „wirtschaftliche Nutzung des Waldes“ bei ihrem richtigen Namen: Forstwirtschaft. Die deutsche Forstwirtschaft wirtschaftet seit Jahrhunderten nachhaltig, sie ist die Erfinderin der Nachhaltigkeit. Was heute Umwelt- und Naturschützer schützen wollen, ist das Produkt nachhaltiger Forstwirtschaft.

Es wäre müßig, jetzt die „Konflikte“ zwischen Forstwirtschaft und Naturschutz aufzuzählen. Die Forstwirtschaft sollte dem Naturschutz gegenüber etwas selbstbewusster auftreten und immer wieder deutlich auf ihre Leistungen für eine intakte Umwelt hinweisen. Man darf sich vom Naturschutz nicht immer auf der Nase herum-

tanz lassen, denn sehr vielen Naturschützern geht es doch erkennbar darum, „etwas zu sagen zu haben“. Ich würde mich sehr freuen, wenn „der Naturschutz“ endlich erkennen würde, dass nicht der Schutz, sondern die Bewirtschaftung den herrlichen Lebensraum Wald erhält.

Welche rechtlichen Regelungen im Umwelt- und Naturschutzbereich greifen aus Ihrer Sicht besonders stark in die wirtschaftliche Nutzung ein?

Wenn Naturschutzbehörden in den Landkreisen plötzlich damit beginnen, zum Beispiel FFH-Gebiete in Naturschutzgebiete umzuwandeln, und das über die Köpfe der betroffenen Waldbesitzer hinweg. Wenn dann Buchenwälder, die 200 Jahre lang vorbildlich forstlich bewirtschaftet wurden, plötzlich unter Totalschutz gestellt werden sollen, weil sie „von der Forstwirtschaft gefährdet sind“, wie momentan im Landkreis Göttingen geplant. Die-

se Vorgehensweise greift nicht nur in die wirtschaftliche Nutzung ein, sondern auch in das Eigentumsrecht. Wir haben in der Zeitschrift Forstmaschinen-Profi ausführlich über diesen Fall berichtet. Dort segelt behördlicher Irrsinn unter der Flagge des Naturschutzes. Wir hören immer wieder Klagen über behördliche Naturschützer in den Landkreisen, die von ökologischen und ökonomischen Zusammenhängen zwar wenig Ahnung haben, sich aber aufführen,

als ob die Kassen in diesem Lande immer noch randvoll gefüllt seien. Das Bundeswaldgesetz und das Bundesnaturschutzgesetz ergänzen sich übrigens nicht, sondern sind gegenläufig. Und dann die Forderungen nach zehnprozentiger bzw. fünfzehnprozentiger Flächenstilllegung der Wälder ... Diese Forderung kann nur von Leuten kommen, die niemals selber Geld verdienen bzw. erwirtschaften mussten, sondern meistens vom Staat alimentiert werden.

Wie könnte man ökologische Interessen so in die forstwirtschaftliche Nutzung integrieren, dass beide Interessen bestmöglich miteinander in Einklang gebracht werden?

Ökologische Interessen sind in der Forstwirtschaft mehr als reichlich vorhanden. Wir brauchen also keine ökologische Fremdbestimmung und Bevormundung. Alle Waldbesitzer wissen aber, und das aus oftmals bitterer Erfahrung, dass Ökologie ohne Ökonomie nicht geht. Irgendeiner

muss das ja schließlich alles bezahlen. Ohne Moos nix los, wenn ich das mal so salopp sagen darf. Ein ökologisch wertvoller Wald verspricht ja auch eine bessere Rendite. Die Forsttechnik bietet mittlerweile sensible Erntesysteme an, die die Waldbesitzer auch zunehmend nutzen. Trotz der ver-

gleichsweise hohen Löhne ist die deutsche Forstwirtschaft global immer noch wettbewerbsfähig. Das ist eine Leistung, auf die sie stolz sein kann. Im Ausland hat die deutsche Forstwirtschaft ein hohes Ansehen, nur der deutsche Naturschutz ist ständig am herummäkeln.

Das Gespräch führte Juliane Mante



„Naturnahe Wälder sind die beste Versicherung für die Zukunft“

Johannes Enssle ist Waldreferent im Bundesverband des Naturschutzbundes Deutschland e.V. (NABU). Er vertritt den NABU in wald- und forstpolitischen Fragen.



Bild: NABU

Herr Enssle, welches sind Ihrer Meinung nach die größten Konflikte zwischen dem Umwelt- und Naturschutz und der wirtschaftlichen Nutzung des Waldes?

Die Nachfrage nach dem wertvollen Rohstoff Holz wird in Zukunft weiter steigen, denn Holz gewinnt nicht nur als Baustoff an Bedeutung, sondern zunehmend auch als Brennstoff zum Heizen. Dies ist einerseits positiv, denn wir können mit Holz fossile Energieträger und klimaschädliche Baustoffe wie Beton und Stahl zum Teil ersetzen. Andererseits verstärkt sich dadurch auch der Nutzungsdruck in den Wäldern. Hinzu kommt der Klimawandel, der vielen Tier-

und Pflanzenarten im Wald zu schaffen machen wird. Für diese Arten sind dringend Rückzugsräume nötig, damit sie sich ungestört entwickeln können; deshalb brauchen wir mehr Wald in Nationalparks und anderen Schutzgebieten, in denen die Holznutzung ruht. Die Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt sieht vor, dass bis 2020 fünf Prozent der Waldfläche aus der forstlichen Nutzung genommen werden. Aktuell liegen wir gerade mal bei einem Prozent –

umgekehrt heißt das also, dass 99 Prozent der Wälder wirtschaftlich genutzt werden. Trotzdem laufen die Forst- und die Holzwirtschaft gegen diese moderate Forderung Sturm. Der NABU geht dieses Problem unter anderem an, indem er über seine Stiftung Wald kauft, bisher bereits über 3.000 Hektar. Auf diesen Flächen wachsen nun die „Urwälder von morgen“ heran. Dass dies möglich ist, haben wir vor allem unseren vielen Förderern zu verdanken.

Welche rechtlichen Regelungen im forstlichen Bereich laufen denn aus Ihrer Sicht Naturschutzinteressen besonders zuwider?

Da wäre vor allem das Bundeswaldgesetz zu nennen. Aus Naturschutzsicht ist es veraltet und bedarf dringend einer Erneuerung. Beispielsweise fordert der Naturschutz schon seit vielen Jahren, dass im Waldgesetz klare Angaben dazu gemacht werden, wie unsere Wälder naturverträglich bewirtschaftet werden können. Doch

leider konnten sich die bisherigen Regierungskoalitionen bis jetzt noch nicht auf zufriedenstellende Formulierungen einigen. Was im Waldnaturschutz derzeit aber am problematischsten ist, ist die mangelnde Umsetzung der FFH- und Vogelschutzrichtlinie – kurz: Natura 2000. Für die meisten Natura-2000-Gebiete liegen noch keine

Managementpläne vor; zudem sind die Definitionen für den günstigen Erhaltungszustand teilweise so lasch formuliert, dass in vielen Gebieten weiterhin genauso geholt werden kann wie bisher und de facto keine zusätzlichen Naturschutzleistungen erbracht werden. Dieser Konflikt wird sich in den kommenden Jahren weiter zuspitzen.

Wie könnte man ökologische und ökonomische Interessen so in die forstwirtschaftliche Nutzung integrieren, dass beide bestmöglich miteinander im Einklang stehen?

Zurzeit wird ja, wie ich bereits erwähnte, weniger als ein Prozent der Wälder nicht wirtschaftlich genutzt. Wir halten aber zehn Prozent für das absolute Minimum, um die biologische Vielfalt langfristig zu sichern. Auf dem Rest der Fläche brauchen wir eine naturverträgliche Forstwirtschaft: Monotone Kiefern- und Fichtenforste müssen in stabilere, naturnahe Wälder überführt werden, denn diese sind die

beste Versicherung für die Zukunft. Für uns Naturschützer ist die größte Herausforderung, dafür Sorge zu tragen, dass trotz erhöhter Nachfrage wichtige ökologische Standards bei der Waldbewirtschaftung eingehalten werden. Die Zertifizierung nach den anspruchsvollen Regeln des FSC – des Forest Stewardship Council – ist da eine sinnvolle Lösung. Ebenso wichtig ist aber, dass Waldbesitzer für die Bedeutung der biologischen

Vielfalt sensibilisiert werden. Und zuletzt ist auch die Politik gefragt, nicht immer nur zu fordern und zu verbieten, sondern in entsprechenden Förderprogrammen auch genügend Mittel für den Naturschutz im Privatwald bereitzustellen. Angesichts der Entwicklung der öffentlichen Haushalte brauchen wir in Zukunft neue Finanzierungsinstrumente, um den Naturschutz in die Waldbewirtschaftung zu integrieren.

Das Gespräch führte Juliane Mante



Bild: LBWH

„Im Kleinprivatwald liegen die größten Herausforderungen“

Stephan Schütte leitet das Fachgebiet „Landeseigener Forstbetrieb“ des Regionalforstamtes Rhein-Sieg-Erft. Das Forstamt gehört zum Landesbetrieb Wald und Holz NRW (LBWH). Organisiert als Einheitsforstverwaltung erledigt der LBWH alle im Wald in NRW anfallenden Aufgaben: Als Dienstleister berät und betreut er

private Waldbesitzer; als Forstverwaltung überwacht er die Einhaltung der forstgesetzlichen Vorgaben und sichert die Waldfunktionen bei allen Planungen (Bauleitplanung, Verkehrsplanung etc.); als Vertreter des Grundstückseigentümers Land NRW bewirtschaftet er die ca. 115 000 Hektar Staatswald.

Herr Schütte, was sind die größten Herausforderungen für eine zukünftige wirtschaftliche Waldnutzung, die zugleich die „gute fachliche Praxis“ berücksichtigt?

Ich sehe vor allem drei Herausforderungen: Zum einen muss die multifunktionale Waldwirtschaft mit der Integration von Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion gesichert werden. Eine Trennung in reinen Nutzwald und reinen Naturschutzwald wird diesem

Ziel nicht gerecht. Zum anderen geht es darum, klimastabile Mischwälder zu schaffen. Der Klimawandel wird zu drastischen Umweltveränderungen führen und da die Bäume nicht „weglaufen“ können, ist in den nächsten Jahrzehnten ein Waldumbau hin in Richtung

wärmetoleranter Baumarten erforderlich. Die dritte Herausforderung ist die Entwicklung neuer Technologien für die Verwendung von Laubholz. Hier müssen neue Absatzwege insbesondere für Buchenholz gefunden werden. Dafür gibt es erste gute Ansätze.

Haben denn die Besitzverhältnisse Ihrer Erfahrung nach Einfluss auf die Bewirtschaftungsziele?

Auf jeden Fall. Im Landesforstgesetz ist zum Beispiel für den Staatswald eine „naturnahe“ und „gemeinwohlorientierte“ Bewirtschaftung vorgesehen. Für die Privatwaldbesitzer ist eine naturnahe Waldbewirtschaftung nicht gesetzlich vorgeschrieben, sondern wird im Zuge der Beratung empfohlen und vielerorts sehr erfolgreich umgesetzt. Leider folgen nicht alle Waldbesitzer der forstfachlichen Beratung, wie man in den vergange-

nen Jahren im Zuge der Wiederaufforstung von Kyrill-Schadensflächen erkennen musste. Aus kurzfristigen ökonomischen Überlegungen wurden die Förderprogramme des Landes zwecks Schaffung klimastabiler Mischwälder nur unzureichend angenommen und wieder überwiegend mit Fichten aufgeforstet.

Bei Privatwald muss man außerdem zwischen Groß- und Kleinprivatwald unter-

scheiden. Der Großprivatwaldbesitzer hat meist eigenes Forstpersonal und muss – wie jeder private Betrieb – im Ergebnis erfolgreich wirtschaften, um seine Existenz zu sichern. Im Kleinprivatwald fehlt häufig auch der Bezug zum Wald und das nötige Know-how. Hier gilt es unbedingt ansetzen, um die Bewirtschaftung in den klein strukturierten Privatwaldbereichen effizienter zu machen.

Welche Potenziale sehen Sie mit Blick auf weitere Nutzungsansprüche wie Tourismus oder Regionalentwicklung?

Hier muss man je nach Ausgangslage unterscheiden. In Ballungsräumen gibt es oft Konflikte zwischen dem Bedürfnis der Erholung suchenden Städter und der Notwendigkeit, den Wald zu pflegen und

wirtschaftlich zu nutzen. Hier ist sehr viel Aufklärungsarbeit erforderlich. In ländlichen Räumen spielt der Tourismus eine wichtige Rolle. Besonders schwierig wird es, wenn z.B. bei der Planung von Fernwan-

derwegen die Nutzung mit einer Vielzahl von Waldbesitzern abgestimmt werden muss. Hier haben wir gute Erfahrungen gemacht, wenn der Landesbetrieb Wald und Holz als Vermittler agiert.

Wie stellen Sie sich die ideale Waldnutzung der Zukunft vor?

Ideal wäre eine multifunktionale, naturnahe Waldwirtschaft, bei der sowohl Gemeinwohlbelange als auch die Wirtschaftlichkeit auf der gesamten Fläche sichergestellt sind. Dafür brauchen wir aber genügend Fach-

personal in der Fläche und das heißt, eine ausreichende finanzielle Grundlage. NRW gibt derzeit etwa 45 Millionen Euro im Jahr für die Sicherung des Waldes, dem grünen Drittel der Landesfläche, aus. Das ist nicht

viel: Bei einer Einwohnerzahl von knapp 18 Millionen bedeutet es, dass jeder im Jahr gerade einmal so viel wie für ein Kölsch bezahlt – 2,50 Euro!

„Eigentumsvielfalt ist die Stärke der Forstwirtschaft“



Philipp Freiherr von und zu Guttenberg ist Präsident der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände (AGDW) und selbst Waldbesitzer mit Flächen in Deutschland und Österreich. Der studierte Forstwirt und Ökologe ist zudem Vizepräsident des europäischen Waldbesitzerverbandes (CEPF).



Bild:AGDW

Herr Freiherr zu Guttenberg, was sind die größten Herausforderungen für eine zukünftige wirtschaftliche Waldnutzung, die zugleich die „gute fachliche Praxis“ berücksichtigt?

Wir sind bis heute mit der multifunktionalen, nachhaltigen Forstwirtschaft sehr gut gefahren. Die sogenannte gute fachliche Praxis bedarf keiner neuen Definition auf Bundesebene. Sie ist standortbezogen und durch die Ländergesetzgebung wie die freiwilligen Zertifizierungssysteme auf über 70 Prozent der Fläche erfolgreich umgesetzt. Die drei gleichberechtigten Säulen der Nachhaltigkeit haben sich in jüngster

Zeit jedoch immer stärker zugunsten von Naturschutzforderungen verschoben. Diese schränken die Wirtschaftlichkeit zunehmend ein und führen zur Verunsicherung der Waldbesitzer. Naturschutzziele können aber nur durch eine gesunde Wirtschaftlichkeit erreicht werden!

Wir Waldbesitzer brauchen eine klare politische Zielsetzung, die vorgibt, welche Leistungen von unserem Wald zukünftig

insbesondere im Hinblick auf den Klimawandel, die Energiefrage, Erholung und Biodiversität erwartet werden. Sollte eine dieser Leistungen stärker als bisher zu Lasten der Wirtschaftlichkeit gehen, muss die Öffentlichkeit die ökonomischen Einbußen tragen. Rechtsverbindliche Vereinbarungen mit den Waldbesitzern sowie eine langfristige budgetäre Vorsorge sind dabei eine Selbstverständlichkeit.

Haben denn die Besitzverhältnisse Ihrer Erfahrung nach Einfluss auf die Bewirtschaftungsziele?

Der Charme und das Erscheinungsbild unseres Waldes sind geprägt durch die vielfältigen Bewirtschaftungsziele der Eigentümer. Diese Diversität auf der Fläche garantiert zum einen die ökologische Stabilität durch die Schaffung verschiedenster Lebensräume und zum anderen die Anpassungsfähigkeit an volkswirtschaftliche Notwendigkeiten. Der so genannte

Großprivatwald ist durch seine betriebliche Struktur oft dazu angehalten, Fixkosten abzudecken und damit auch den Erhalt von Arbeitsplätzen zu sichern. Im Kleinprivatwald sind die Betriebsziele viel individueller.

Durch die zunehmende Vereinigung von Kleinprivatwaldbesitzern zu forstlichen Zusammenschlüssen lassen sich in der

Vermarktung in der Regel mittlerweile keine großen Unterschiede mehr feststellen. Mit der Bündelung der Mengen sind sie nicht nur gleichwertige Marktpartner geworden; auch in der Flexibilität, Auslastung und Professionalität stehen die forstlichen Zusammenschlüsse größeren Betrieben kaum noch nach.

Welche Möglichkeiten haben speziell Großprivatwaldbesitzer und Sie persönlich in Bezug auf weitere Nutzungsinteressen wie Tourismus und Regionalentwicklung?

Durch die Größe ergeben sich natürlich mehr Gelegenheiten, auf weitere Nutzungsinteressen einzugehen, diese effektiver zu

lenken und zu verwirklichen. Persönlich haben wir seit jeher ein hervorragendes Verhältnis zu den Gemeinden und versu-

chen – wo möglich – auf ihre Interessen einzugehen bzw. für beide Seiten verträgliche Lösungen zu finden.

Wie stellen Sie sich die ideale Waldnutzung der Zukunft vor?

In erster Linie gilt es, im Hinblick auf die sich verändernden Klimaverhältnisse stabile, ertragreiche, klima- und standortangepasste Bestände zu schaffen. Da dies auch von öffentlichem Interesse ist und unsere Wälder letztlich durch anthropogene Ursachen geschädigt werden, müssen zukünftig auch Instrumente zur Verfügung

stehen, die volks- und betriebswirtschaftliche Einbußen abfedern können. Ein solches Instrument wäre zum Beispiel der Wald-Klima-Fonds, der aus dem Handel mit Emissionszertifikaten gespeist wird. Die nachhaltige Waldnutzung muss zusätzlich darauf ausgerichtet werden, die bereits 2020 entstehende Versorgungslücke

von rund 30 Millionen Festmetern Holz zu decken. Nur nachhaltig bewirtschaftete Wälder können die Nutzungsziele Holzproduktion, Klimaschutz, Erhalt der Biodiversität und Erholung vereinen. Das darf sich auch in Zukunft nicht ändern!

Das Gespräch führte Juliane Mante



Klein, aber gemeinsam stark

Von Sören Bronsert

Bild: Waldbauernverband Brandenburg e.V.

Der Kleinprivatwald in Brandenburg birgt nach wie vor viel ungenutztes Potenzial. Damit das nicht so bleibt, haben sich die Kleinwaldbesitzer zusammengeschlossen. Mit ihrem Verband und einer Waldbauernschule wollen sie ihre strukturellen Nachteile gegenüber Großwaldbesitzern überwinden und ihren Mitgliedern Know-how in allen Fragen der Forstwirtschaft vermitteln.

Der Brandenburger Wald ist durch einen tief greifenden Strukturwandel gekennzeichnet. Während von 1995 bis 2002 Betriebsgrößen über 200 Hektar um ein Fünftel zugenommen haben, ist der Anteil der als Kleinprivatwald bezeichneten Besitzverhältnisse – zwischen 0,15 Hektar und 200 Hektar – weiter rückläufig (Landesforstanstalt Eberswalde, 2002). Trotz dieser Entwicklung befindet sich zurzeit noch über die Hälfte der Waldfläche in Kleineigentum. Die Waldbauernfamilien verfügen über ein starkes wirtschaftliches Potenzial, das jedoch nur zum Teil oder gar nicht genutzt wird. Das liegt unter anderem daran, dass viele Kleinwaldbesitzer ihr Einkommen längst in anderen Branchen erwerben. Auch scheitert eine betriebs- und forstwirtschaftlich sinnvolle Bewirtschaftung der Waldflächen oft an fehlendem Wissen über die komplexe forstliche Materie und an den kleinstrukturierten Parzellen. Wer aber keinen Nutzen aus seinem Waldstück zieht, veräußert es auch schneller.

Waldbauernverband als Netzwerk

Mit der Gründung des Waldbauernverbandes Brandenburg e.V. in Paaren/Glien schlossen sich im Juni 2004 über 1.000 Waldbesitzer zusammen. Unter dem Motto „Zukunft statt Ausverkauf“ hat sich die Mitgliederzahl mittlerweile auf 1.500 erhöht. Der Verband vertritt die Interessen der Kleinprivatwaldbesitzer und ihrer forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse. „Es zahlt sich aus, wenn sich Besitzer von

Kleinwaldflächen mit anderen Gleichgestellten zusammenschließen“, so der Vorsitzende des Waldbauernverbandes Enno Rosenthal. Das Leitbild des Verbandes heißt „biologische Automation“: Die natürlichen Potenziale des Waldes sollen so gefördert werden, dass die biologischen Prozesse (natürliche Verjüngung, Artenvielfalt) zur Erreichung waldbaulicher Ziele genutzt werden – zum Beispiel für den klimawandelgerechten Waldbau. Denn das spart auch Arbeitszeit und Energie.

Ohne Bildung kein Erfolg

Um das Know-how der Kleinprivatwaldbesitzer als wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche und nachhaltige Forstwirtschaft zu stärken, musste ein gutes Bildungsprogramm her. Hierfür gründete der Waldbauernverband im Mai 2008 den gemeinnützigen Verein Waldbauernschule Brandenburg. Die Schulungskosten der Jahre 2009 und 2010 in Höhe von 68.400 Euro wurden zu 85 Prozent aus dem ELER-Programm gefördert (davon sind 75 Prozent EU-Mittel und 25 Prozent Landesmittel); die restlichen Projektkosten wurden durch Teilnahmegebühren gedeckt. Die nicht förderfähigen Kosten des Vereins werden durch Mitgliedsbeiträge und Spenden aufgebracht. Ein mobiles Expertenteam qualifiziert die Kleinwaldbesitzer des Waldbauernverbandes flächendeckend durch Schulungen, Informationsveranstaltungen und individuelle Beratung. Neben betriebswirtschaftlichen Grundlagen für die Führung eines Forstbetriebes werden dabei auch die Entwicklungsperspektiven

für den Waldbesitz und die Möglichkeiten zusätzlicher Wertschöpfung und Beschäftigung erörtert. Dabei arbeitet die Waldbauernschule Brandenburg eng mit dem Fachpersonal der Landesforstverwaltung zusammen.

Langfristiges Ziel des Waldbauernverbandes ist es, zusammen mit anderen Landnutzern, ländlichem Gewerbe, Handwerk, Gastronomie, Tourismus, Bildungsträgern und Verbänden ein breit angelegtes Netzwerk für nachhaltige ländliche Entwicklung in Brandenburg zu schaffen.



Bild: Waldbauernverband Brandenburg e.V.

Mehr Informationen:

Waldbauernverband Brandenburg e.V.
Enno Rosenthal
Telefon: 03 39 20 / 506 01
E-Mail: waldbauern@t-online.de
www.waldbauern-info.de

Internationales Jahr der Wälder – machen Sie mit!

Von Dagmar Barkmann und Christoph Wegener

Die Vereinten Nationen haben das Jahr 2011 zum Internationalen Jahr der Wälder erklärt. Durch zahlreiche Aktivitäten werden Länder, Kommunen, Wirtschaft und Verbände dieses Jahr mit Leben füllen. Wer sich an der deutschen Initiative beteiligen möchte, ist herzlich eingeladen.

Ein Drittel unseres Landes ist mit Wald bedeckt. Der Wald ist ein faszinierender Naturraum und ein lebendiger Wirtschaftszweig: Unsere Wälder liefern unverzichtbare Rohstoffe und beschäftigen mehr als 1,2 Millionen Menschen. Sie tragen zum Klimaschutz bei und bergen einen reichen Schatz an Pflanzen und Tieren. Gleichzeitig bieten sie kulturelle Identität und „Erholung pur“. Mit ihrem Engagement im Internationalen Jahr der Wälder möchten die beteiligten Partner die besondere Verantwortung für die Wälder ins Blickfeld der Menschen rücken (siehe Statements der Partner).

Jeder kann mitmachen

Wir freuen uns, wenn möglichst viele Akteure und Institutionen die Initiative zum Internationalen Jahr der Wälder 2011 in Deutschland mitgestalten, die unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Christian Wulff steht. Dafür können Sie die Nutzung des internationalen Logos ganz einfach beim Kampagnenbüro der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung beantragen. Zusätzlich erhalten Sie dort zahlreiche Druckvorlagen (z.B. für Poster oder Postkarten) für gezielte Maßnahmen zur Bewerbung eigener Aktionen.

Über das zentrale Internetangebot www.wald2011.de können Sie Ihre Beiträge zum Internationalen Jahr der Wälder jederzeit in einen Veranstaltungskalender online einstellen. Auf dieser Website finden Sie außerdem viele Neuigkeiten und nützliche Informationen, die Lust machen, den Wald neu zu entdecken. Für alle Fragen steht Ihnen das Kampagnenbüro bei der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung gerne zur Verfügung!

Entdecken Sie unser
Waldkulturerbe!
wald2011.de



Waldkulturerbe erleben!

Das Herzstück des deutschen Beitrags zum Internationalen Jahr der Wälder ist das bundesweite Programm zum Waldkulturerbe, in dem die vielfältigen Veranstaltungen der Akteure gebündelt werden. Machen Sie mit und bereichern Sie das Waldkulturerbe mit Ihrem

Beitrag: Ob Frischlingsfest, Waldexkursion, Märchenlesung, Schultheater oder klassisches Konzert auf der Waldbühne – Ihren Ideen sind keine Grenzen gesetzt! Die schönsten Veranstaltungen werden in einem bundesweit erscheinenden Programmheft beworben.

Senden Sie dafür Ihre besten Beiträge bis 31. Januar 2011 per E-Mail an kampagnenbuero@wald2011.de Einzige Bedingung: Ihr Beitrag zum Waldkulturerbe sollte zwischen April und Dezember 2011 stattfinden.



Bild: DHWR

„Wir – der **Deutsche Holzwirtschaftsrat e.V. (DHWR)** – sind der Dachverband der deutschen Holzwirtschaft. Nachhaltige Holznutzung ist ein aktiver Beitrag zum Klimaschutz. Das möchten wir den Menschen zum Jahr der Wälder 2011 näherbringen.“ – www.dhwr.de

Ullrich Huth, Präsident des DHWR



Bild: Treffpunkt Wald

„Die Landesforstverwaltungen und -betriebe unterstützen über ihre Veranstaltungsinitiative **Treffpunkt Wald** gern das Internationale Jahr der Wälder. Endlich kommt dem Wald das öffentliche Interesse zu, das er verdient!“ – www.treffpunktwald.de

Ralf Laux, Vorsitzender von Treffpunkt Wald



Bild: SDW

„2011 soll ein Fest des Waldes werden – ein Jahr, in dem jeder Bürger mindestens einmal im Wald war und erlebt hat, was der Wald uns alles zu bieten hat. Wir als **Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW)** – einer Gemeinschaft von 25.000 Waldfreunden – werden 2011 richtig Gas geben und hoffen, dass viele andere mit dabei sind!“ – www.sdw.de

Christoph Rullmann, Geschäftsführer der SDW



Bild: AGDW

„Wir – die **Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände e.V. (AGDW)** – engagieren uns im Internationalen Jahr der Wälder, weil die nachhaltige Waldbewirtschaftung eine Schlüsselrolle für eine zukunftssträchtige und verantwortungsvolle Entwicklung unserer Gesellschaft einnehmen muss“ – www.waldbesitzerverbaende.de

Philipp Freiherr von und zu Guttenberg, Präsident der AGDW

Mit Vielfalt in den Klimawandel

Von Christopher Reyer

Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen für die zukünftige forstliche Waldnutzung. Steigende Temperaturen und die Zunahme von Extremwetterereignissen machen zweierlei notwendig: den Umbau zu vielfältigeren, weniger störanfälligen Wäldern sowie institutionelle Anpassungen.

Klimaschutz zielt hauptsächlich darauf ab, die Kohlenstoffdioxidkonzentration in der Atmosphäre global zu verringern. Wie hingegen der Klimawandel und entsprechende Anpassungsmaßnahmen im Wald wirken, ist regional verschieden, denn Waldstandorte sind äußerst heterogen. Die Unsicherheiten über das genaue Ausmaß regionaler Klimaveränderungen erschweren lokale Vorhersagen und praxisnahe Managementvorgaben. Damit stehen die Förster vor der großen Herausforderung, unter Unsicherheit und Berücksichtigung verschiedener Zukunftsszenarien kleinstandörtlich zu handeln, ohne dabei die Landschaft, die durch die bewirtschafteten Wälder mitgestaltet wird, aus den Augen zu verlieren.

Natürliches Potenzial der Wälder nutzen und verbessern

Auf einem Großteil der forstlich genutzten Flächen kann diese Anpassung nur durch Risikostreuung gelingen. Das Ausnutzen bereits vorhandener Anpassungspotenziale der Wälder (wie zum Beispiel der genetischen Vielfalt) sowie deren Verbesserung spielen dabei eine zentrale Rolle. Allerdings tut sich die Wissenschaft schwer mit konkreten Empfehlungen, zum Beispiel zu klimaangepassten Baumarten – zu Recht, denn hier besteht noch großer Forschungsbedarf. Anbauversuche zur Baumarten- und Herkunftseignung haben jedoch in vielen europäischen Ländern Tradition und können zusammen mit modell- und experimentgestützten Studien international ausgewertet werden. Die Datengrundlage wird sich für Entscheidungsträger und Manager in Zukunft also verbessern, wird aber nie perfekt sein.

Eines kann jedoch schon mit Sicherheit gesagt werden: Weniger störanfällige Baumarten (zum Beispiel gegen Käferbefall, Sturm und Trockenheit) können helfen, den Erhalt der Waldfunktionen zu sichern. Der schon seit Längerem angestrebte und teilweise bereits mit großem Aufwand betriebene Waldumbau von standortfernen Nadelholzreinbeständen zu gemischten Beständen ist daher eine wichtige Anpassungsmaßnahme

und kann noch verfeinert werden. In einem Brandenburger Revier werden zum Beispiel neben den Buchen, die in den Bestand eingebracht werden, zu einem geringen Anteil auch alternative Baumarten wie die Linde beigemischt. Diese Bäume unterliegen keinem konkreten Nutzungsziel, sondern tragen vielmehr zu einem Mischwaldcharakter bei. Sie sind als potenzielle Mutterbäume für eine zukünftige natürliche Verjüngung verfügbar und verbessern durch ihre Streu den Oberboden.

Auch institutionelle Anpassungen sind nötig

Ein Großteil der Anpassungsmaßnahmen im Wald ist mit entsprechenden administrativen, gesellschaftlichen, politischen, finanziellen, betrieblichen und juristischen Veränderungen verknüpft. So bedarf ein klimagerechter Waldumbau zum Beispiel angepassten Saatgutes, veränderter Durchforstungsstärken, einer Verringerung der Wildbestände, Fördermaßnahmen zur Absicherung gegen großflächige Störungen (Waldbrandmonitoring etc.) und neuer Vermarktungsmöglichkeiten für Holzprodukte.

Zudem werden aufwändige Umbaumaßnahmen und Erhaltungseingriffe immer nur für Bestände mit hoher Wertschöpfung finanzierbar sein. Die Anpassung der Forstwirtschaft an den Klimawandel auf der gesamten Fläche erfordert daher ganzheitliche und vor allem flexible Strategien, die in einen größeren Landnutzungsplan eingebunden werden.

Mehr Informationen:

Christopher Reyer
Potsdam-Institut für
Klimafolgenforschung
Fachbereich Klimawirkungen und
Vulnerabilität
Telefon: 03 31 / 28 82 07 25
E-Mail: reyer@pik-potsdam.de
www.pik-potsdam.de

Ohne Zaunbau und Pflanzung zu stabilen Mischwäldern!

Von Robert Wiechmann

Stabile Mischwälder aufzubauen erscheint oft nur möglich, wenn aufwändige Maßnahmen zum Schutz vor Wildverbiss getroffen werden. Die staatliche Forstberatung im bayerischen Landkreis Miesbach hat zusammen mit privaten Waldbesitzern das Problem an der Wurzel gepackt: mit der Senkung der Schalenwildbestände und konsequenter Waldpflege.

Bis Mitte der 1980er Jahre waren die waldbaulichen Erfolge im Landkreis Miesbach beim Umbau der Fichtenreinbestände noch gering: Durch den hohen Wildverbiss hatten die Mischbaumarten keine Chance, natürlich aufzuwachsen. Selbst die robuste Fichte war teilweise nur mit aufwändigen Schutzmaßnahmen aufzubringen. Die Beratungsförster des damaligen Forstamtes Schliersee wollten jedoch nicht auf die kostenintensive Kombination aus Pflanzung und Zaunbau setzen. Ihr Ziel war es, die natürliche Verjüngung der Wälder zu fördern.

Staatliche Beratung ebnet den Weg

Heute staunen selbst Fachleute, wie gut sich Tanne, Buche und Edellaubholz in den Miesbacher Wäldern natürlich verjüngen. Als ganz wesentlich für diesen Erfolg hat sich ein Beratungsangebot der Forstverwaltung erwiesen: Seit nunmehr 25 Jahren werden für die Gemeinschaftsjagdreviere auf Antrag jährlich so genannte „Revierweise Aussagen über den Zustand der Waldverjüngung“ erstellt. Das Verfahren ist sehr einfach: Auf subjektiv ausgewählten Probestellen wird ausschließlich die Entwicklung des Leittrieb-Verbisses dokumentiert. Das Ganze mündet in einer klaren, baumartenbezogenen forstfachlichen Aussage für das Einzelrevier, zum Beispiel: „Im Revier XY kann sich die Baumart Fichte gegen den Sommerverbiss durchsetzen, die wichtige Mischbaumart Tanne dagegen fällt bei gleichbleibender Verbissbelastung auch weiterhin vollständig aus.“

Seitdem wird in den Jagdgenossenschaften anhand konkreter, revierbezogener Zahlen über das Thema Wildverbiss gesprochen – und gehandelt. Dass das Zahlenmaterial aufgrund der Einfachheit des Verfahrens nicht statistisch abgesichert werden kann, hat sich in der Praxis als unerheblich erwiesen. Die Zahlen und die forstfachlichen Aussagen sind nachvollziehbare Grundlage für Revierbegänge und Diskussionen zwischen allen Beteiligten. Auch die Jägerschaft steht mittlerweile zu sehr großen Teilen hinter dem Verfahren, denn es do-

kumentiert revierbezogen natürlich auch ihre Erfolge.

Naturnaher Waldbau

Nicht zuletzt die großen Sturmschäden 1990 machten den privaten Waldbesitzern überdeutlich: ein überzogenes „Sparkassendenken“ birgt enorme Risiken. Spätestens seit dieser Zeit konzentrierte sich die forstliche Beratung im Landkreis Miesbach auf die Pflege und wuchsorientierte Nutzung der Waldbestände. Dem naturnahen Waldbau war man dabei schon aus Tradition verpflichtet. Zielgerichtete Durchforstungen bringen Licht auf den Waldboden, sie fördern die flächige Naturverjüngung und tragen damit auch zu einer Entzerrung und Verringerung der Verbissbelastung bei. Im Zusammenwirken mit den jagdlichen Anstrengungen gilt in Miesbach daher der Grundsatz: „Waldumbau durch Waldpflege und Holznutzung.“

Die Miesbacher Erfahrungen zeigen: Wenn die Rahmenbedingungen stimmen, genügen auch in überwiegend fichtengeprägten Altbeständen verblüffend wenige Individuen der Mischbaumarten, damit sich auf großer Fläche eine ausreichende, artenreiche Verjüngung einstellt. Die dafür notwendigen Bedingungen in einem Zusammenwirken selbstbewusster Waldbesitzer, einer aktiven Waldbesitzervereinigung (www.wbv-holzkirchen.de), engagierten staatlichen Beratungsförstern und den Jägern zu schaffen, war ein langer und sehr beschwerlicher Weg. Aus heutiger Sicht hat es sich aber gelohnt, sich an die Ursachen der Probleme heranzuwagen.

Mehr Informationen:

FAR Robert Wiechmann
Revierleiter des Amtes für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten Miesbach
Forstlicher Berater
der Waldbesitzervereinigung Holzkirchen
Telefon: 080 24 / 99 12 12
E-Mail: Robert.Wiechmann@aelf-mb.bayern.de
www.aelf-mb.bayern.de



Bild: Margot Kessler / Pixelio

Wald und Holz –

Chancen für die Regionalentwicklung

Holzarchitektur: Haus Walserstolz, Biosphärenparkausstellung und Sennerei, Zentrum des Biosphärenparks Großes Walsertal, eröffnet 2009.

Von Ulf Hahne

Bild: Ulf Hahne

Wald ist ein Multitalent. In Wertschöpfungsketten der Region eingebunden, bietet eine nachhaltige Waldwirtschaft vielfältige Chancen für eine eigenständige Regionalentwicklung. Die Potenziale vor Ort werden jedoch häufig noch nicht ausgeschöpft.

Untersucht man das Potenzial der Waldnutzung für die regionale Wirtschaft, so zeigt sich schnell eine ganze Bandbreite an Verwertungs- und Einkommensmöglichkeiten:

- Das Schonklima des Waldes ist Basis für luftklimatische Kurorte und kann somit den Tourismus fördern. Ein ökologisches Steuersystem, das auf Klimafunktionen basiert, könnte waldreichen Regionen neue Erträge bringen.
- Waldlandschaften eignen sich für Freizeit- und Sportaktivitäten – ob für ruhigere Arten wie Wandern und Reiten, für rasantere Nutzungen wie das Mountainbiking oder für umfangreichere Herausforderungen wie Hochseilgärten und Abenteuerfreizeiten.
- Wald erbringt – neben dem Holz – zahlreiche stoffliche Erträge: Waldfrüchte, Fleisch, Pilze und Honig werden genutzt, zum Teil dient der Wald als Weideland-schaft (siehe S. 26-27).
- Auch als Naturwald – etwa bei der Einbindung in Biosphärenreservate und Nationalparks – oder als Friedwald – also für die Durchführung naturnaher Bestattungen – kann der Wald die regionale Wirtschaft positiv beeinflussen.

Holzverwertung in der Region – von A bis Z

Die größten regionalwirtschaftlichen Potenziale birgt aber die Holznutzung, insbesondere wenn das Holz nicht nur der Forstwirtschaft nachhaltige Erträge liefert, sondern auch in der Region weiterverarbeitet wird. Holz kann Ausgangsstoff für vielfältige Verwendungen sein, vom Bauholz über die energetische Nutzung bis zur Zellulosegewinnung; es kann zum dauer-

haften Nutzgegenstand mutieren oder der einmaligen Verbrennung dienen. Auch kann Rohholz ebenso Verwendung finden wie Restholz. Holzreichtum war wegen der Energiedichte des Rohstoffs schon immer ein wichtiger Anlass für Unternehmensgründungen (zum Beispiel Glasindustrie). Summa summarum kann Holz viele Wertschöpfungsstufen durchlaufen, ehe es zu seiner Endbestimmung gelangt; für die Regionalentwicklung kommt es darauf an, wo diese Verarbeitungsstufen angesiedelt und wie sie miteinander vernetzt sind.

Wo verbleibt das Holz?

Viele holzreiche Regionen verkaufen ihre Holzernte in andere Regionen; Verarbeitung und weitere Wertschöpfung finden damit andernorts statt. Verbleibanalysen machen deutlich, wie stark diese Abflüsse sind, indem sie das Holzaufkommen und den Holzverbleib in der Region beim Erstverkauf miteinander vergleichen. So zeigt eine aktuelle Analyse für Baden-Württemberg, dass der Erstverkauf des Holzes in manchen Regionen zu über 65 Prozent innerregional erfolgt, in anderen dagegen nicht mal zu einem Fünftel. Zwar liefern diese Daten keinen Hinweis zum weiteren Verlauf der Absatzkette; gleichwohl zeigen sie bereits, dass je nach Abnahmestrukturen die regionale Wertschöpfung hoch oder niedrig ausfallen kann.

Der Optimalfall: Wertschöpfung mal sechzehn

Was passiert, wenn alle Wertschöpfungsstufen bei einer hochwertigen Produktion – zum Beispiel beim Holzmöbelbau – innerhalb einer Region verknüpft werden können? Wenn also alle Glieder der

Holzkette, von der Baumernte und den damit verbundenen Forstdienstleistungen über den Schnitt im Sägewerk und die weitere Verarbeitung bis hin zum Design und der handwerklichen Ausführung, in einer Region vorhanden sind? Dann kann die Wertschöpfung in der Region im Vergleich zum bloßen Rohholzverkauf um das 16-fache gesteigert werden – mit entsprechendem Beschäftigungseffekt. Und dies gilt nicht nur für Best-Practice-Fälle aus dem Holzmöbelbau, sondern kann in anderen Größenordnungen auch im Holzhausbau und im Bereich Holzenergie erzielt werden.

Je stärker in einer Region innerhalb einer Branche oder innerhalb eines Wertschöpfungszusammenhangs zusammengearbeitet wird, desto eher bleiben die Erträge in der Region. Durch gegenseitigen Austausch und die möglichen Verbesserungen aufgrund kurzer Kommunikationswege ergeben sich zugleich Spezialisierungsvorteile und ein regionaler Wissensgewinn. Derartige Effekte machen sich heute zahlreiche regionale Cluster im Bereich der Forst-Holz-Kette zunutze.

Forst-Holz-Kette: Handwerk muss eingebunden werden

Für das Funktionieren der regionalen Forst-Holz-Kette sind zahlreiche Voraussetzungen nötig: Zum einen ist die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Waldbesitzern, Forstdienstleistern und Sägewerken unumgänglich; zum anderen müssen geeignete industrielle und handwerkliche Weiterverarbeiter vorhanden sein – und natürlich die Bereitschaft, miteinander zu kooperieren. Gerade die Bedeutung des Handwerks darf für eine



Bild: Ulf Hahne

Holzketten diskutiert. Schnappschuss von der Interforst, Internationale Messe für Forstwirtschaft und Forsttechnik (München 2006).

umfassende Forst-Holz-Kette in ländlichen Räumen nicht unterschätzt werden. So war etwa die Renaissance des Holzhausbaus, verknüpft mit moderner Architektur (bekanntestes Beispiel: Vorarlberg), nur durch das Vorhandensein engagierter und versierter Handwerker möglich. Hier kann das Regionalmanagement ansetzen: Mit gezielter Schulung und Weiterbildung der Handwerker, die dann das geeignete Holz in der Region nachfragen und so eine Bedarfs-Kaskade in der Holzketten in Gang setzen können.

Warum wird das Potenzial nicht ausgeschöpft?

Vielfach lassen sich die Potenziale vor Ort jedoch nicht nutzen. Das größ-

te Hindernis ist derzeit die seit 2005 gestiegene Holz Nachfrage nicht nur in Deutschland, die zu hohen Preisen und längerfristigeren Absatzverträgen geführt hat. Hier sichern sich große Holzverarbeiter vor allem aus Sägeindustrie, Holzhandel und Papierindustrie, zunehmend aber auch aus dem Bereich der Holzenergie ihre Liefermengen in einem großen Einzugsgebiet. Ein weiteres Hemmnis liegt in der Komplexität der Forst-Holz-Kette: Viele Ansätze zur Entwicklung von Holzketten sind bislang gescheitert, weil die Entwicklung neuer, vertrauensvoller Lieferbeziehungen Zeit benötigt und der Sinn eines kettenweiten Managements viel Überzeugungsarbeit und handfeste Nachweise zu den Transaktionskosten vorteilen braucht.



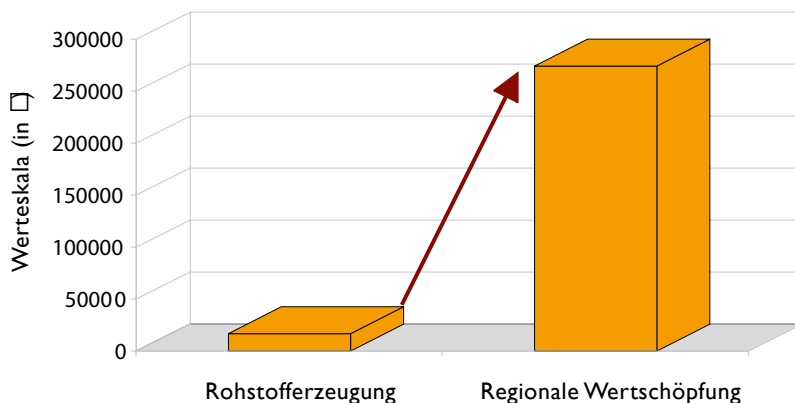
Bild: Ulf Hahne

Holzarchitektur: Gemeindezentrum St. Gerold (Großes Walsertal, Vorarlberg), ausgezeichnet mit dem Österreichischen Staatspreis für Architektur und Nachhaltigkeit 2010.

Eine Aufgabe für das Regionalmanagement

Ob es um den Aufbau von Forst-Holz-Ketten oder die Weiterentwicklung touristischer Angebote im Einklang mit dem Waldmanagement geht: Innovationen in der Waldnutzung brauchen Unterstützung, denn es gilt, die vielen unterschiedlichen Akteure und Interessen für gemeinsame Ziele zusammenzubringen. Cluster bedeutet „Kräfte bündeln“. Ein übergreifendes Regionalmanagement kann hier hilfreich wirken: Es organisiert den Wissenstransfer und bündelt die Experten, es zeigt die Kostenvorteile auf und schafft den Beteiligten Zeit- und Kooperationsgewinne durch gezielte Kommunikationsangebote. Damit kann es dazu beitragen, regionale Traditionen mit Innovationen weiterzuentwickeln.

Holz Möbel – Wertsteigerungspotenzial bei regionaler Zusammenarbeit



Potenziell 16-fache Erhöhung der Wertschöpfung in der Region

(Quelle: Gothe/Hahne, 2005)

Zum Weiterlesen

Birke M. et al. (Hrsg.), 2010: Innovationen in der Forst-Holz-Kette. Entwicklungstrends und Handlungsoptionen. München: oekom.
 Gnaiger R., 2010: Wie kommt die Baukultur auf das Land? Vortrag auf der Tagung „Raumbilder für das Land. Planerische Impulse für Bauten, Orte und Regionen im Ländlichen Raum“. Eberbach, 7.10.2010.
 Gothe D., Hahne U., 2005: Regionale Wertschöpfung durch Holzcluster. Gezeigt an Best-Practice-Beispielen regionaler Holz-Cluster aus den Bereichen Holzenergie, Holzhaus- und Holzmöbelbau. Wald-Arbeitspapier Nr. 14, Freiburg: Institut für Forstbenutzung und forstliche Arbeitswissenschaft.
 Lückge F.-J., 2010: Regional enges Cluster aus Erzeugern und Abnehmern. In: Holz-Zentralblatt, Nr. 34, S. 849-850.

Mehr Informationen:

Prof. Dr. Ulf Hahne
 Ökonomie der Stadt- und Regionalentwicklung
 Universität Kassel
 Telefon: 05 61 / 804 30 76
 E-Mail: hahne@uni-kassel.de

Die Basdorfer lassen die Sau raus!

Von Nicole Rüther, Dagmar Nitsch und Juliane Mante

Was bis vor wenigen Jahrzehnten in Europa noch gang und gäbe war, ist inzwischen vielerorts in Vergessenheit geraten: die Waldweide. Am hessischen Edersee haben Land- und Forstwirte die Tradition wieder aufleben lassen. Mit ihren „Waldschweinen“ fördern sie den Tourismus und die regionale Vermarktung.

Die historische Landnutzungsform der Waldweide, auch „Waldhude“ genannt, hat in Mitteleuropa eine lange Tradition. Schweine, Schafe und andere Masttiere wurden über Jahrhunderte in die Wälder getrieben, wo ihnen vor allem Eicheln und Bucheckern reichlich Futter boten. Zu diesem Zweck wurden eigens so genannte „Hutewälder“ mit einem weitständigen und großkronigen Baumbestand aus Eichen und Buchen, geringem Unterwuchs und einer charakteristischen Artenzusammensetzung geschaffen. Durch die Intensivierung der Landwirtschaft lohnte sich die Waldweide gegen Ende des 19. Jahrhunderts jedoch immer weniger und wurde schließlich ganz aufgegeben. Damit ging oftmals nicht nur das zugehörige land- und forstwirtschaftliche Wissen verloren, sondern auch ein Teil der regionalen Kultur.

Vor diesem Hintergrund hatten Eberhard Leicht, Leiter des Forstamtes Vöhl (Landesbetrieb Hessen-Forst), und Landwirt

Friedrich Schäfer aus dem hessischen Basdorf nördlich des Edersees die Idee, einen Hutebetrieb mit robusten Schweinen wieder aufleben zu lassen. Dabei ging es beiden neben der Weitergabe historischen Wissens vor allem auch um Chancen für die Regionalentwicklung. Denn während der Nationalpark Kellerwald-Edersee südlich des Edersees jährlich zahlreiche Besucher anlockt, suchte man am Nordufer lange Zeit vergeblich nach Alleinstellungsmerkmalen für den Tourismus.

Naturschutz- und Veterinärrecht involviert

In einem ersten Schritt gründeten die Initiatoren im Jahr 2005 den Verein „Basdorfer Hutewald“ (siehe Kasten). Dieser pachtete in der Nähe von Basdorf sieben Hektar Eichenbestand vom Landesbetrieb Hessen-Forst. Bevor die Behörden die Genehmigung zur Nutzung erteilten, gingen jedoch eineinhalb Jahre ins Land. Zum einen waren

veterinärrechtliche Vorgaben zu prüfen: So muss zum Beispiel nach der Schweinehaltungshygieneverordnung eine Fläche, auf der freilaufende Schweine gehalten werden, mit einem doppelten Zaun eingefriedet werden, um den Kontakt der Tiere zu anderen Haus- und Wildschweinen zu vermeiden und damit der Verbreitung der Schweinepest entgegenzuwirken. Zum anderen kam das Naturschutzrecht ins Spiel, denn die Fläche liegt im Naturpark Kellerwald-Edersee und im Landschaftsschutzgebiet Edersee. So brauchte man eine Ausnahmegenehmigung von den Verboten der Landschaftsschutzverordnung. Da das Projekt keine landschaftspflegerischen Ziele verfolgt und zudem neben dem Zaun weitere kleinere Baumaßnahmen erforderlich waren (Hygieneschleuse, Besucherplattform, Schutzhütten für die Tiere etc.), war auch eine Eingriffsgenehmigung nach §§ 6 ff. des hessischen Naturschutzgesetzes erforderlich. Zur Kompensation des Eingriffs wurden ein Bergahorn-Eschen-Schluchtwald und ein Hainsimsen-Buchenvwald durch Auszug der Fichten und Kiefern renaturiert.

Forstwirtschaft oder Landwirtschaft?

Eines der Hauptprobleme war aber die Frage der Zuordnung: Fällt eine Nutzung als Hutewald noch unter die „ordnungsgemäße Forstwirtschaft“ oder ist hierfür die Umwidmung in eine landwirtschaftliche Fläche nötig? Diese Umwidmung wollten die Initiatoren unbedingt vermeiden, da dies



weitere rechtliche Probleme hervorgerufen hätte. Unter Bezugnahme auf die nach hessischem Landesforstgesetz angestrebte Erholungseignung des Waldes und die dort dargelegten waldpädagogischen Aufgaben des Landesbetriebes Hessen-Forst konnte die Waldweide-Nutzung schließlich noch als „forstwirtschaftlich“ definiert werden. Dabei halfen auch die Festlegungen in der Richtlinie für die Bewirtschaftung des hessischen Staatswaldes (RiBeS 2002), nach denen „Waldverbundenheit und Brauchtum im Rahmen der besonderen Gemeinwohlverpflichtungen zu den betrieblichen Aufgaben des Landesbetriebes Hessen-Forst gehören“.

Alte Hausschweinerassen im Fokus

Schließlich stand der Umsetzung des Projektes nichts mehr entgegen. Um Kronenwuchs und Blüte sowie die natürliche Verjüngung von Eichen und Buchen zu fördern, entfernten Waldarbeiter Nadelbäume aus dem Bestand und solche, die in Kronenkonkurrenz zu den Eichen und Buchen standen. Arbeitskräfte der Beschäftigungsagentur des Landkreises Waldeck-Frankenberg bauten den doppelten Zaun rings um das Hutegelände. Botaniker erfassten ehrenamtlich den Artenbestand der Fläche, um dessen zukünftige Entwicklung dokumentieren zu können. Der Zaunbau, der Bau einer Aussichtsplattform sowie Infotafeln, Flyer und die Einrichtung der Website www.hutewald-basdorf.de konnten teilweise über LEADER+-Mittel finanziert werden.

Heute weiden 25 Schweine der vom Aussterben bedrohten Hausschweinerassen „Buntes Bentheimer“, „Düppeler Weideschwein“ und „Schwäbisch-Hällisches Landschwein“ auf dem sieben Hektar großen Areal. Mehr Tiere erlauben die Naturschutzauflagen nicht, damit die Pflanzen vor allzu starker Schädigung und die Böden und Gewässer vor zu hohem Nährstoffeintrag geschützt werden. Die ersten Monate des Jahres verbringen die Schweine im Stall eines ortsansässigen Landwirts; ab Mitte/Ende August werden sie in den Wald getrieben und bleiben dort bis kurz vor Weihnachten. Durch die „Eichelmast“ wird das Fleisch besonders würzig und schmackhaft. Das Gelände bleibt aber das ganze Jahr über für das Wild abgesperrt.

Eigenverbrauch und Regionalvermarktung

Jedes Jahr im Dezember werden 20 bis 22 Schweine geschlachtet, sie sind dann etwa 1,5 bis zwei Jahre alt. Zu diesem Anlass veranstaltet der Hutewald-Verein stets ein Fest, bei dem auch Gäste herzlich willkommen sind. Einige Zuchtsauen sorgen für den Fortbestand der Herde, es wird jedoch keine Herdbuchzucht betrieben. Regelmäßig werden Tiere zugekauft. Bei deren Auswahl ist zum einen die Weidegängigkeit ein wichtiges Kriterium, zum anderen ein möglichst geringer Muskelfettanteil, da Verbraucher fettärmeres Fleisch bevorzugen. Jedem Vereinsmitglied steht satzungsgemäß ein Schwein pro Jahr zu, die Mitglieder nutzen jedoch tatsächlich nur etwa die Hälfte der geschlachteten Schweine. Der Rest geht an landwirtschaftliche Direktvermarkter und Gastronomiebetriebe der Region. Als nächster Schritt ist die Entwicklung einer eigenen Regionalmarke angedacht.

Ein Magnet für Schulklassen und Touristen

Darüber hinaus bietet der Verein angemeldeten Besuchern Gelegenheit, die historische Nutzungsform der Waldweide vor Ort zu erleben, die Tiere zu beobachten und etwas über die vom Aussterben bedrohten Schweinerassen zu erfahren. Dieses Angebot wird von Schulklassen und anderen Besuchergruppen gut angenommen. Insgesamt sind die Besucherzahlen in der Region seit Projektbeginn merklich gestiegen. Viele Touristen kombinieren den Hutewald-Besuch mit anderen Angeboten, zum Beispiel dem Basdorfer Maislabyrinth oder dem „Europahain“, in dem alle 27 EU-Mitgliedstaaten mit jeweils drei landestypischen Baumarten vertreten sind. Die verschiedenen Wanderwege der Region leiten die Besucher durch Hinweisschilder zum Hutewald.

Seit dem Auslaufen der LEADER+-Förderung 2006 trägt sich das Projekt allein. Der innovative Ansatz – die Kooperation von Land- und Forstwirtschaft zur Förderung von Tourismus und regionaler Wirtschaft – ist ein gutes Vorbild für andere ländliche Regionen mit ähnlichen Zielen.



Bild: Basdorfer Hutewald e.V.



Bild: Basdorfer Hutewald e.V.

25 Schweine der alten bedrohten Hausschweinerassen Schwäbisch-Hällisches Landschwein (oben), Düppeler Weideschwein (unten) und Bunte Bentheimer weiden von August bis Dezember im Basdorfer Hutewald.



Der Basdorfer Hutewald e.V.

Der 2005 gegründete gemeinnützige Verein Basdorfer Hutewald e.V. ist bis heute Träger des Projektes „Basdorfer Hutewald“. Er hat derzeit knapp über 20 Mitglieder, vor allem örtliche Landwirte und interessierte Privatpersonen. Durch ihre Mitgliedsbeiträge finanzierten die Vereinsmitglieder von Beginn an einen großen Teil der für das Projekt benötigten Aufwendungen.

Mehr Informationen:

Basdorfer Hutewald e.V.
Friedrich Schäfer
Telefon: 056 35 / 596
Eberhard Leicht
Telefon 056 35 / 88 88 | |
E-Mail: info@hutewald-basdorf.de
www.hutewald-basdorf.de



Bild: Shutterstock

Wie soll die Zukunft des Waldes in Deutschland aussehen?

Von Ulrich Schraml und Andreas Werntze

Wir brauchen eine stärkere gesellschaftspolitische Debatte darüber, wie den steigenden Herausforderungen der zukünftigen Waldnutzung in Deutschland begegnet werden soll. Der folgende Beitrag zeigt Ansatzpunkte auf, die auf Ergebnissen des BMBF-Großforschungsprogrammes „Nachhaltige Waldwirtschaft“ basieren.

Der Forst-Holz-Papier-Sektor ist eine wichtige Stütze der deutschen Wirtschaft. Wald ist unverzichtbar für den Schutz von Wasser und Biodiversität, hat aber auch in kultureller und sozialer Hinsicht viel zu bieten. Dass die Waldbesitzer bislang im Großen und Ganzen die Balance dieser vielfach gegensätzlichen Ansprüche erfolgreich gemeistert haben, gilt anderen Branchen und Sektoren als Vorbild für ihre eigenen Nachhaltigkeitskonzepte. Die Experten sind sich jedoch einig: Es wird immer schwieriger, die Balance zu halten, denn die zukünftigen Herausforderungen an die Waldnutzung steigen, wie auch die vorhergehenden Beiträge dieser Ausgabe zeigen. Deshalb brauchen wir eine stärkere gesellschaftspolitische Debatte darüber, wie diesen Herausforderungen begegnet werden soll.

Langfristige Ziele im Blick haben

Der Fokus der Waldpolitik muss schon jetzt deutlich über die Tagespolitik hinaus gerichtet sein und eine Perspektive über mehrere Jahrzehnte hinweg einnehmen. Über heute erkennbare Trends und Pro-

gnosen hinaus müssen mehrere mögliche Entwicklungslinien der Waldnutzung ins Auge gefasst werden, wie es das Projekt „Waldzukünfte 2100“ innerhalb des Forschungsverbundes „Nachhaltige Waldwirtschaft“ (siehe Kasten) getan hat. Es muss demnach dringend über die gewünschten Ziele und Wege diskutiert werden, denn den einen richtigen Weg der Waldpolitik gibt es nicht.

Herausforderungen lösen:

Alle Interessengruppen einbeziehen

Neben den traditionellen Interessen der Forst- und Holzwirtschaft sowie des Naturschutzes treten zunehmend neue Ansprüche an den Wald und seine Eigentümer heran, etwa im Bereich der erneuerbaren Energien. Neue Produkte sowie eine völlig veränderte Branchenstruktur bei den Holz verarbeitenden Unternehmen bzw. der Energiewirtschaft verändern die Akteurslandschaft in der Waldpolitik. Bundes- und Landespolitiker sind daher gefordert, den Kreis der berücksichtigten Interessengruppen und Gesprächspartner zu erweitern und auch bislang konkurrie-

rende Branchen und Akteure einzubeziehen.

Rechtliche Regelungen anpassen

Der Trend zur Verflechtung verschiedener Sektoren bringt aber auch neue Regulierungsanforderungen mit sich. So müssen der Rahmen gesetzt und Politikinstrumente für die Übergangsbereiche zwischen verschiedenen Waldnutzungsoptionen geschaffen werden (siehe Beitrag S. 26-27). Es war schon seit Jahren dringend notwendig, die Definitionen von Wald, Waldeigentumsformen und Agroforstsystemen an die veränderten Landnutzungsformen bzw. Eigentumsstrukturen anzupassen. Mit der letzten Novelle des Bundeswaldgesetzes ist diesbezüglich ein wichtiger Schritt erfolgt. Weitere werden in Zukunft nötig sein.

Holzvorrat und Holzbedarf erfassen

Um die Holzverwendung im Inland und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Holzindustrie zu fördern, ist es unerlässlich, den Holzbedarf der verschiedenen Wertschöpfungsketten sowie den nachhaltig nutzbaren Holzvorrat kon-



tinuierlich zu erfassen und zu vergleichen. Zudem müssen sich die Verantwortlichen in Parlamenten, Behörden und Betrieben positionieren: In welchem Umfang und mit welchen Techniken soll der zukünftige Holzbedarf im Inland gedeckt werden?

Konzepte für Klimaschutz und Biodiversität

Ein umfassendes Klimaschutzkonzept muss definieren, welche Rolle den Wäldern in Deutschland künftig im Verhältnis und Zusammenwirken mit anderen Landnutzungsformen und naturschutzpolitischen Zielen zukommen soll. Politiker müssen sich hierzu äußern: Wie können die Beiträge der Waldeigentümer zur Förderung von Biodiversität und zum Schutz des Klimas bewertet und honoriert werden, um Anreize zum Erreichen dieser Ziele zu schaffen?

Waldbesitzverhältnisse berücksichtigen

Schon heute sind Weichenstellungen notwendig, die auf die Sicherung der verschiedenen Güter und Leistungen von Wäldern abzielen und dabei mögliche Änderungen in der Waldbesitzstruktur berücksichtigen. Dies führt zur Frage, ob und wie gesetzliche Mindeststandards der Waldbewirtschaftung festgelegt werden, wenn etwa öffentlicher Wald in neuen Rechtsformen bewirtschaftet wird. Für den Kleinprivatwald sollten bestehende Modelle für gemeinschaftliche Waldwirtschaft weiterentwickelt und gestärkt werden.

Wertschöpfungsketten fördern

Die Begrenztheit der Waldflächen und ihrer Produktivität erfordert es, jeden Festmeter Holz so zu nutzen, dass er Grundlage einer möglichst langen Wertschöpfungskette wird (siehe Beitrag S. 24-25). Diese ist nur dann funktionsfähig, wenn der Informationsfluss entlang der Kette ungestört ist. Die Ergebnisse des Forschungsverbundes machen eines deutlich: Die technischen und logistischen Probleme sind beherrschbar; die vielleicht anspruchsvollste Herausforderung bleibt hingegen, bei allen Akteu-

ren das Denken in Wertschöpfungsketten zu entwickeln.

Ressortübergreifend zusammenarbeiten

Konzepte für Waldpolitik müssen als politische Querschnittsaufgabe entwickelt werden, so dass die verschiedenen Ressorts miteinander vernetzt werden. Dies gilt zunächst für die nationale Waldpolitik. Deutschland hat in der Vergangenheit versucht, mit besonders hohen Standards für nachhaltige Waldwirtschaft oder wachsenden Flächenanteilen von Schutzgebieten eine Vorreiterrolle zu übernehmen. Ein Beispiel für eine vorbildliche Rolle (Best Practice) wäre es aber auch, dauerhafte Honorierungssysteme für ökologische Leistungen, die von Waldbesitzern erbracht werden, einzurichten.

Eine gesamtgesellschaftliche Frage

Deutschland braucht einen offenen Dialog über die Zukunft der Waldnutzung, der die ganze Breite der walddpolitischen Interessen abdeckt. Mit der Gesamtwaldstrategie 2020 wird derzeit versucht, diese Interessen auf Bundesebene zu erheben und abzuwägen. Als dauerhaftes Forum für das Monitoring und die Weiterentwicklung der eher statischen Politikprogramme bietet sich aber weiterhin auch das Nationale Waldprogramm an. Durch eine Neubeschreibung seiner Ziele und eine größere Verbindlichkeit seiner Ergebnisse könnte der ins Stocken geratene Prozess revitalisiert werden. Dies ist mit der Herausforderung verbunden, die Diskussionen über Risiken und Potenziale der aktuellen und künftigen Nutzung des Waldes auch in die Mitte der Gesellschaft zu tragen. Wald ist das ideale Thema, um das Konzept einer „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ umzusetzen.



Bild: Ulrich Schraml



Bild: Ulrich Schraml

Förderschwerpunkt

„Nachhaltige Waldwirtschaft“

Neuen Schwung in die Debatte zur zukünftigen Waldpolitik brachte der Förderschwerpunkt „Nachhaltige Waldwirtschaft“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (www.nachhaltige-waldwirtschaft.de). Von 2004 bis 2009 haben 25 Verbünde zu verschiedenen Fachthemen und Querschnittsaufgaben der Forst- und Holzwirtschaft praxisnah geforscht. Die Projekte leiteten zum Beispiel eindeutige Kriterien ab, mit denen sich verschiedene wirtschaftliche Landnutzungsoptionen für den Rohstoff Holz im konkreten Kontext abwägen und bewerten lassen.

Zum Weiterlesen

Grundlage für diesen Artikel bildet neben den Ergebnissen des Forschungsvorhabens „Waldzukünfte 2100“ die Publikation „Nachhaltige Waldwirtschaft. Ein Förderschwerpunkt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung in der Bilanz“. Dafür möchten wir uns bei den Redakteuren Dr. Kenneth Anders und Dr. Martin Jenssen herzlich bedanken.

Diese und weitere Publikationen stehen unter www.waldzukuenfte.de zum kostenlosen Download bereit.

Mehr Informationen:

Prof. Dr. Ulrich Schraml
Universität Freiburg
Institut für Forst- und Umweltpolitik
Telefon: 07 61 / 203 37 21
E-Mail: Ulrich.Schraml@ifp.uni-freiburg.de
www.ifp.uni-freiburg.de

Andreas Werntze
Helmholtz-Zentrum für
Umweltforschung GmbH – UFZ
Department Landschaftsökologie
Telefon 03 41 / 23 5 18 16
E-Mail: andreas.werntze@ufz.de
www.ufz.de



Bild: Ulrich Schraml

Auch Naturschutz kann sich für Landwirte rechnen

Von Jan Freese

Richard Kiene beweidet mit seinen rund 300 Highland-Rindern im schleswig-holsteinischen Behrendorf insgesamt 400 Hektar Grünland – und zwar fast ausschließlich Naturschutzflächen. Das Betriebskonzept geht auf, denn das Fleisch der robusten Wiederkäuer ist bei seinen Kunden äußerst beliebt.

Da für, dass er 300 Highland-Rinder auf 55 verschiedenen Flächen im Blick behalten muss, wirkt Richard Kiene ausgesprochen gelassen. Umso erstaunlicher, als der Schleswig-Holsteiner von Beruf eigentlich nicht Landwirt, sondern Kaufmann im Lebensmittelgroß- und -einzelhandel ist. Doch schon immer hatte Kiene die Vision, landwirtschaftliche Erzeugnisse ohne Chemie produzieren zu können. Als schließlich ein aufgelöster Resthof aus der Familie seiner Ehefrau Uschi mit einem alten Schlepper und einigen alten Gerätschaften zur Verfügung stand, griffen die Kienes zu. Heute sind der Betriebsleiter und seine Frau mit ihrem 1985 gegründeten und 2003 auf Ökolandbau umgestellten Betrieb, der idyllisch in der Hügel- und Küstenlandschaft der Ostsee liegt, Pioniere in der Nutzung von Naturschutzgrünland.

Um auch die Inseln im Sehlendorfer Binnensee naturschutzgerecht zu beweiden, müssen die Tiere gezielt auf die größeren Inseln geführt werden.

Anspruchsvolle Naturschutzauflagen

Die insgesamt 400 Hektar umfassenden Grünlandflächen sind überwiegend gepachtete Naturschutz- und Flora-Fauna-Habitat-Gebiete (FFH), etwa Uferbereiche des Sehlendorfer Binnensees in der Howachter Bucht oder die Dünenlandschaft Weißenhäuser Brök. Die besondere Stärke des Hofes liegt darin, ganzjährig mit festen Weidetiergruppen auch anspruchsvollere Naturschutzauflagen zu erfüllen. Dabei stimmt sich Kiene eng mit den jeweiligen Partnern ab, zum Beispiel mit der schleswig-holsteinischen Stiftung Naturschutz und den Naturschutzverbänden und -behörden.

Durch die Beweidung hält der Highlanderhof die Flächen offen und trägt dazu bei, dass die Tier- und Pflanzenwelt der Dünen, Salzwiesen, Binnenseen, Moore, Lagunen und Schilflandschaften erhalten bleibt. Die Rinder drängen dominante Pflanzen zurück und schaffen damit Lichtinseln im Bewuchs, Nistmöglichkeiten für Bodenbrüter und Lebensraum für Kleinlebewesen. So wird kostengünstig ein Mix aus Hochstaudenfluren und Gehölzgruppen auf kurzrasigen

Flächen erhalten, ohne dass aufwendige maschinelle Pflege nötig ist.

Als Ausgleich zu den geringeren Besatzen und der insgesamt sehr extensiven Nutzung sind die Pachtpreise etwas geringer als üblich. Für einige wenige Flächen in Privatbesitz zahlen Kienes auch mal höhere Preise, wenn sie wegen ihrer Lage oder Qualität für den Hof von unwiderstehlichem Reiz sind. Die höheren Preise relativieren sich jedoch durch die Prämie für den Ökolandbau, die Bestandteil des Finanzierungskonzepts ist.

... dank anspruchsloser Tiere erfüllt

Die genügsamen und gutmütigen Highland-Rinder sind wie geschaffen für ihre Aufgabe. Diese Robustrinderrasse aus der schottischen Hochlandregion ist an das halbwilde



Bild: Marc Richter

Bild: Marc Richter



Bild: Highlanderhof Kiene

Die anspruchslosen, robusten Highland-Rinder eignen sich besonders gut für die Beweidung von Naturschutzflächen, denn sie kommen auch mit Futter minderer bzw. wechselnder Qualität gut zurecht.

Leben in karger Umgebung angepasst. Die Rinder sind in der Futterwahl wenig wählerisch und kommen auch mit Futter minderer bzw. wechselnder Qualität gut zurecht. So verschmähen sie in den Wintermonaten auch Hochstauden, Sauergräser oder Binsen nicht, die sich sonst häufig auf Naturschutzgrünland ausbreiten. Das üppige Fell schützt die Tiere im Winter vor Kälte, und durch ihre breiten Klauen richten sie bei der Beweidung kaum Bodenschäden an. Zudem ist die Haltung in gewachsenen Herdengemeinschaften sehr tiergerecht: Die Kälber werden lange von der Mutter geführt und so in die Herdenstruktur integriert. Dies fördert ihre Gutmütigkeit und ihre Fähigkeit, ganzjährig auf der Weide zurechtzukommen.

Ausgeblügeltes Herden- und Weidemanagement

Männliche Kälber werden im Alter von neun Monaten zu Junggesellengruppen zusammengestellt und wachsen bis zur Schlachtreife im Alter von etwa drei Jahren ebenfalls auf der Weide auf, ohne dass Kraftfutter zugefüttert wird. Überwiegend wird mit eingetragenen Herdbuchtieren gearbeitet. Die Elterntiere werden mit Bedacht ausgewählt und der Bestand regelmäßig mit zugekauften Tieren aus Großbritannien ergänzt, um Inzucht zu vermeiden.

Die zurzeit 55 Weideflächen liegen verteilt in einem Umkreis von etwa 50 Kilometern. Eine große Herausforderung für Kiene und seine Mitarbeiter, denn sie müssen den Aufwuchs der Flächen, den Zustand und die Bedürfnisse der Tiere sowie die Herdenstruktur aller Flächen stets im Kopf haben, um die Rinder jederzeit ausreichend mit Futter und Wasser zu versorgen. Zugefüttert wird im Normalfall nur, wenn der Frühlingsaufwuchs auf sich warten lässt, und auch dann nur mit eigenem Bio-Heu. Besonders arbeitsaufwendig wird es im Winter, wenn die Trinkwasserquellen bei starkem Frost zufrieren und den Tieren mehrmals täglich frisches Wasser auf die Weiden gefahren werden muss.

Direktvermarktung sichert angemessene Preise

Bei allem Natur- und Tierschutzgedanken darf man natürlich die Einkommenssituation nicht aus dem Auge verlieren. Damit der Betrieb überleben kann, muss das Fleisch zu höheren Preisen verkauft werden als zu den in der konventionellen Rindermast üblichen. Dies ist nur durch die Direktvermarktung über den Hofladen beziehungsweise Postversand und die Partner in der gehobenen Gastronomie möglich. Auch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit – zum Beispiel über Presseberichte und Hoffeste – trägt hierzu bei. Die Strategie hat Erfolg: Der Umsatz des Hofladens steigt kontinuierlich, zurzeit um rund 20 Prozent jährlich. Schlachten lassen die Kienes in ortsnahe kleinen Dorf-Fleischereien mit eigener Wurstherstellung und Räucherei – etwa 50 Tiere pro Jahr, mit steigender Tendenz. Die Rezepturen werden gemeinsam ausprobiert und ständig bearbeitet. So gelangten nach und nach beispielsweise eine gut abgestimmte Bio-Gewürzmischung, ein spezielles Edel-Salz und Rapsöl statt Schweinespeck in die Produkte. Die Kunden schätzen diese Art der Verarbeitung und die besonderen Eigenschaften des Fleisches, zum Beispiel den Verzicht auf Allergie auslösende Zusatzstoffe. Im Trend liegen zurzeit Fertigprodukte wie Gulasch und Frikadellen.

Strenge Auflagen bereiten Sorge

2010 hat der Highlanderhof mit einem Hoffest 25 Jahre erfolgreiche Entwicklung gefeiert. Dennoch blickt Richard Kiene nicht nur optimistisch in die Zukunft: „Für unseren Erfolg haben wir hart gearbeitet und müssen dies auch weiterhin tun. Manchmal mache ich mir aber Sorgen, dass uns von Seiten der Verwaltung noch mehr Regelungen auferlegt werden, die vielleicht für einen intensiv wirtschaftenden Betrieb mit Stallhaltung passen, für uns aber nur Mühen und viel Mehraufwand bedeuten. So können wir die strengen Tierkennzeich-

nungsvorschriften bei der ganzjährigen großflächigen Weidehaltung nur mit enormen Anstrengungen einhalten. Ein Kälbchen in einem Stall können Sie sofort mit der EU-Ohrmarke versorgen. Bei einem Kalb, das in einer halboffenen Naturlandschaft und im natürlichen Herdenverband geboren wurde, sieht das ganz anders aus. Hier wünsche ich mir eine größere zeitliche Toleranz von Seiten der Behörden.“



Betriebsspiegel Highlanderhof

Gegründet 1985, Vollerwerb seit 2001, bio-zertifiziert seit 2003

Fläche:

400 Hektar Grünland (Weiden), davon 397 Hektar Pachtflächen

Tierhaltung:

Rinder: ca. 300 Highlandrinder, 8 Whitebred Shorthorn, 8 Auerochsen
Fütterung: Aufwuchs der eigenen Flächen, Zugabe von Mineralien, kein Kraftfutter
Verarbeitung: Schlachtung der Jungbullen i.d.R. mit 3 Jahren bei einem Schlachtgewicht von 300 kg
Geflügel: Hühner, Enten, Puten, Küken
Schweine: Mangalitzta Wollschwein und Roter Husumer (bedrohte Tierrassen), jeweils Sauen und Ferkel
Schafe: 12 Mutterschafe (Coburger Fuchsschaf, Norsk Spaelsau)

Arbeitskräfte:

2,3 AK

Vermarktung und weitere Betriebszweige:

Direktvermarktung über Hofladen, Auftragsmast, Hoffeste und offener Hof, Ferienwohnungen sowie Kooperation mit dem Tourismus und der Feinschmeckergastronomie

Mehr Informationen:

Richard Kiene
 Telefon: 043 81 / 18 91; 0170 / 386 63 04
 E-Mail: kiene-highlander@t-online.de
 www.happy-highlander.de

Kulturlandpläne

helfen Landwirt und Landschaft

Von Katharina Schertler

Experten sind sich einig: Um Naturschutzmaßnahmen zu fördern, müssen die Landwirte besser beraten werden. Besonders einer betriebspezifischen und persönlichen Beratung wird großer Erfolg bescheinigt. Mit Recht, wie ein Projekt des Bundesprogramms Ökologischer Landbau zeigt.

Frauenmantel vor der Tür, mit Wein berankte Fassaden und eine Streuobstwiese am Haus: Wer auf den Bioland-Betrieb von Heinrich Roser im baden-württembergischen Berghülen kommt, spürt „Natur pur“. Der 150 Hektar große Ackerbau- und Mutterkuhbetrieb liegt im Landschaftsschutzgebiet und grenzt an das Biosphärenreservat Schwäbische Alb. In einem völlig anderen Umfeld wirtschaften Markus Euskirchen und seine Mitstreiter 500 Kilometer weiter nordöstlich: Auf den fruchtbaren Böden zwischen Hildesheimer und Magdeburger Börde ist die Bioland-Hofgemeinschaft Lindenhof in Kneitlingen-Eilum bei Wolfenbüttel mit ihrer Naturschutzarbeit allein auf weiter Flur.

Individueller Naturschutz ...

Eines haben beide Betriebe gemeinsam: Sie beteiligen sich am Projekt „Kulturlandpläne – Umsetzung von mehr Naturschutzmaßnahmen auf Biohöfen“ (siehe Kasten). Dabei handelt es sich um ein gesamtbetriebliches Konzept, das Bio-Betriebe dabei unterstützen soll, die Lebensräume für Tiere und Pflanzen aktiv zu schützen. Für die Landwirte bedeutet es, dass sie gemeinsam mit einem Kulturlandfachberater ein Paket an leicht umsetzbaren Naturschutzmaßnahmen erarbeiten. Das Besondere daran: Im Gegensatz zu Landschaftspflegeplänen berücksichtigt ein Kulturlandplan die betrieblichen, landwirtschaftlichen und persönlichen Interessen der Betriebsinhaber. Die Grundidee stammt aus der Bioland-Beratung und der Naturschutzberatung am Kompetenzzentrum Ökolandbau Niedersachsen, wo seit 2002 Naturschutzberatung angeboten wird. Aber erst als 2008 die Förderung durch das Bundesprogramm Ökologischer Landbau (BÖL) möglich wurde, kam das Projekt in Fahrt. Bis Ende 2010 gilt es nun, praxistaugliche Konzepte zur Erstellung von Naturschutzplänen zu entwickeln. Inzwischen haben zwei Kulturlandberater 20 Kulturlandpläne für interessierte Biobetriebe verschiedener Verbände erstellt.

... je nach Interesse und Betriebsspezifika

Dabei waren die Interessen der Teilnehmer ganz verschieden: So wollte Heinrich Roser vor allem wissen, wie ökologisch Biobetriebe tatsächlich sind. „Schließlich wollen wir uns von der konventionellen Landwirtschaft abheben.“ Markus Euskirchen hoffte auf neue Impulse: „Wir haben schon viel gemacht, aber uns gingen so langsam die Ideen aus.“ Und Andreas Bahnsen von der Hofgemeinschaft Löstrup in Sörup, Schleswig-Holstein, reizte es, „einmal von außen eine Einschätzung zu bekommen, wo wir im Naturschutz stehen“.

Diese persönliche Motivation der beteiligten Landwirte ist der Schlüssel zum Erfolg und wird daher vom Kulturlandplanberater schon im ersten Telefongespräch abgefragt. Außerdem recherchiert der Berater die Eckdaten des Betriebes und – mit Hilfe von Karten und Daten von Fachbehörden – des betrieblichen Umfelds. Denn es macht natürlich einen

Landwirt Heinrich Roser, Teilnehmer des Projektes „Kulturlandpläne“, beim Aufschichten eines Lesesteinhaufens. Steinhaufen werden, ähnlich wie Trockenmauern, von wärme- und trockenheitsliebenden Pflanzen besiedelt. Die Sonnenwärme, die sie tagsüber speichern, strahlen sie nachts wieder ab. Dadurch sind sie auch beliebter Ruhe- und Jagdplatz vieler Insekten und Kriechtiere.

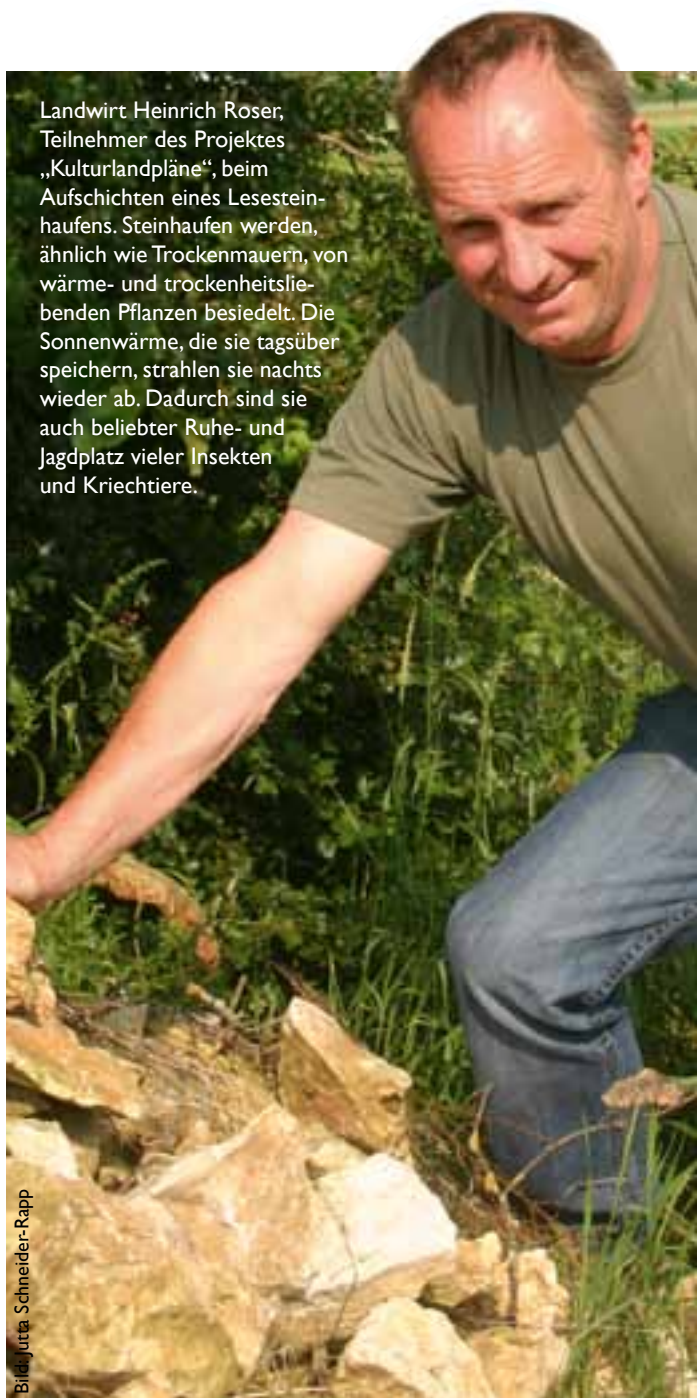


Bild: Jutta Schneider-Rapp

Die Naturschutzberatung im Projekt "Kulturlandpläne – Umsetzung von mehr Naturschutzmaßnahmen auf Biohöfen" richtet sich ganz individuell nach den Bedürfnissen des Betriebsleiters und den Anforderungen des Betriebes.

Unterschied, ob man einen Betrieb in der Rhön oder in der Wesermarsch berät.

Der Hof unter der Lupe

Nach gründlicher Vorbereitung erfolgt der eintägige Betriebsbesuch. Bei einem Rundgang über Hofstelle und Wirtschaftsflächen erfasst der Naturschutzberater die Bewirtschaftung. Danach nimmt er jeden einzelnen Schlag unter die Lupe. Beispielsweise sucht er im Grünland nach bestimmten Kennarten wie Wiesensalbei und Margeriten, die eine extensive Nutzung anzeigen. Außerdem ermittelt er die Zahl der Landschaftselemente, den Anteil extensiver Flächen, den Maschineneinsatz, die Besonderheiten bei der Naturvielfalt sowie die Natur auf der Hofstelle. Alle diese Bereiche werden mit Punkten be-

wertet, die sich addieren. Als Zielgröße für den anzustrebenden Naturschutzwert sollte ein Betrieb 100 Punkte erreichen. Heinrich Roser aus Baden-Württemberg etwa hat auf Anhieb 98 Punkte erhalten. Dies ist zum Großteil auf seine vielen extensiv bewirtschafteten und artenreichen Flächen zurückzuführen, die fast 50 Prozent der Gesamtfläche ausmachen.

Was ist realistisch?

Anschließend erstellen die Kulturlandplanberater eine Liste mit Maßnahmen und diskutieren diese mit dem Landwirt. Dabei finden nicht alle Vorschläge Anklang: „Neben dem Roggenfeld kann ich keinen breiten, selten gemähten Saum anlegen, da über das Gras Mutterkorn ins Getreide kommt“, meint etwa Landwirt Roser. Aber es gibt auch positive Überraschungen: „Spannend war, dass unser Grünland artenreicher als gedacht war. Wir haben damals einfach eine Standardmischung eingesät. Zusätzlich haben wir Tipps bekommen, um die Vielfalt noch zu steigern“, erzählt sein Berufskollege Euskirchen.

Erst nach diesem Realitätscheck verfassen die Berater den zweiteiligen Plan. Im ersten Teil finden sich der Ist-Zustand von Natur und Landschaft sowie daraus entwickelte Verbesserungsvorschläge mit praktischen Tipps zur Umsetzung. Teil 2 liefert die nötigen Hintergrundinformationen: Wo kann ich passende Saatgutmischungen oder Heckenpflanzen in der Nähe beziehen? Wer kann mir vor Ort mit Geld oder Arbeitskraft helfen?

Nicht nur die Natur profitiert

Während die Berater rund 70 Stunden Arbeitszeit investieren, sind die Betriebsleiter vor allem bei den zwei Betriebsbesuchen gefordert. Die eigentlichen Arbeiten können sie dann nach und nach umsetzen. Markus Euskirchen hat mit Nistkästen angefangen: „Fledermaus und Falke sind schon eingezogen. Nur die Eule fehlt noch.“ Andreas Bahnsen will eine neue Allee zwischen Hof und Streuobstwiese anlegen, nicht zuletzt um die vielen Besucher seines Hofes in die richtigen Bahnen zu lenken. Heinrich Roser hat schon neue Bäume in der Streuobstwiese gepflanzt.

Insgesamt ist ein Kulturlandplan auf fünf bis zehn Jahre angelegt. Für den Landwirt trägt er aber viel schneller Früchte: Er bekommt Fachinformationen, die ihm fehlen. Mit den Plänen kann der Biobetrieb zur Behörde gehen und möglicherweise neue Fördertöpfe erschließen. Und Direktvermarkter können ihre Pläne der Öffentlichkeit vorstellen, was gut für Marketing und Kundenbindung ist. Zudem steigt die Arbeitszufriedenheit:



Bild: Eva Meyerhoff

Heinrich Roser genießt die Schönheit seiner Heimat in den frühen Morgenstunden jetzt noch mehr. Und Markus Euskirchen liebt es, abends noch in seinem Kulturlandplan zu schmökern und auf einen Schlag alle Informationen zu bekommen, die er sonst aus vielen verschiedenen Quellen heraussuchen müsste.

Zukunft ungewiss

Fragt sich nur, wie es ab 2011 ohne BÖL-Förderung weitergeht. Die Heinz-Siellmann-Stiftung fördert momentan die Erstellung weiterer Pläne. Die Verarbeiter Ökoland und Neumarkter Lammsbräu engagieren sich für die Finanzierung von Kulturlandplänen für ihre Zulieferer. Natürlich wäre es zu begrüßen, wenn sich weitere Verarbeiter engagierten. Mittelfristig sollten die Kulturlandpläne jedoch über staatliche Agrarumweltförderungen bezahlt werden. Schließlich profitiert der Naturschutz massiv von den Plänen. Außerdem ließe sich das Projekt auf diese Weise leicht ausdehnen – sei es auf besondere Betriebsformen wie Weinbau, sei es in Richtung konventionelle Landwirtschaft. Bedarf ist auf jeden Fall da.

Das Projekt „Kulturlandpläne – Umsetzung von mehr Naturschutzmaßnahmen auf Biohöfen“

Laufzeit: 2008 bis Ende 2010

Förderung: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz im Rahmen des Bundesprogramms Ökologischer Landbau

Projektteam der Bioland-Beratung: Arne Bilau, Eva Meyerhoff, Katharina Schertler

Wissenschaftliche Begleitung: Dr. Rainer Oppermann, Institut für Agrarbiologie und Biodiversität (ifab), Mannheim; Dr. Thomas van Elsen, Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL), Kassel-Witzenhausen

Mehr Informationen:

Katharina Schertler

Bioland-Beratung

Telefon: 08 21 / 34 68 01 21

E-Mail: katharina.schertler@bioland.de

www.kulturlandplan.de





Bild: Angelika Janz

Nahsehen statt fernsehen!

Von Angelika Janz

Kindern und Jugendlichen einen Zugang zu Kultur zu verschaffen – das ist das Ziel der vor fünf Jahren in Mecklenburg-Vorpommern gegründeten KinderAkademie. Dabei vermittelt sie den jungen Menschen ganz „nebenbei“ praktische Fähigkeiten und Werte wie Mitmenschlichkeit und Toleranz.

Kulturelle Basisbildung im ländlichen Raum: Sie ist nicht fünftes Rad am Wagen der Wissensgesellschaft, sondern „Luft in allen Reifen“. Sie ist ein wichtiger Weg, um die Wahrnehmung für die Fülle der Wirklichkeit zu schärfen – also „nahsehen“ zu lernen – sowie Herzensbildung und kommunikative Kompetenz zu fördern. Mit dieser Überzeugung habe ich als Museumspädagogin und – vom Neigungsberuf her – Autorin/Bildende Künstlerin 2005 in Mecklenburg-Vorpommern (M-V) die KinderAkademie im ländlichen Raum Uecker-Randow gegründet (siehe Kasten).

Infrastruktur als Herausforderung

Zu Beginn stand die KinderAkademie vor der großen Herausforderung, im weitläufigen ländlichen Raum einen dauerhaften, für die Kinder und Jugendlichen leicht zugänglichen Ort zu finden. Viele Höfe liegen sehr abgelegen, die Busse orientieren sich an den Schulzeiten und fahren in den Ferien selten oder gar nicht.

Schließlich bot nur das Kulturforum „Historisches U“ in der Kreisstadt Pasewalk alle Voraussetzungen, die für eine dauerhaf-

te, erfolgreiche Arbeit der KinderAkademie unerlässlich sind. Seine zentrale Lage ermöglichte es, das Angebot für viele Kitas an einem Ort zu bündeln.

Synthese aus Kunst, Musik, Sprache und Bewegung

An den Start ging die KinderAkademie mit zwei Projekten für Kitas: In der „Kunstwerkstatt“ werden alte Meisterwerke in einer Diaschau sehr genau betrachtet und mit den Biografien der Künstler vernetzt. Anschließend wird selbst gemalt. In der

„Vivaldi-für-Kinder“-Werkstatt hören die Kinder nicht nur klassische Musik, sondern dirigieren, tanzen, malen und lernen etwas über die Musik, die Instrumente und das Leben der Komponisten.

Mittlerweile gibt es auch für ältere Kinder und Jugendliche Angebote. Hier konzentriere ich mich vorwiegend auf den Besuch von Grund-, Haupt-, Real- und Förderschulen. Besonders beliebt ist zum Beispiel die Projektreihe „Kinder als Lehrer“: Die Kinder vermitteln ihren „Kumpels“ Wissen über ihr Hobby, zum Beispiel über die Dinosaurier.

Viele Angebote sind bewusst nachhaltig und langfristig angelegt, etwa das „Ichbuch“: In diesem „Erinnerungsdepot“ können die Kinder und Jugendlichen themenbezogen über eine lange Zeit hinweg all das dokumentieren, was sie bewegt und was ihnen etwas bedeutet.

Praktische Fertigkeiten vermitteln

Zur kulturellen Basisbildung gehören auch Themen zur Lebenshaltung/-führung. Da viele Kinder aus Hartz-IV-Familien stammen, spielt zum Beispiel gesunde Ernährung, die nicht teuer sein muss, eine große Rolle. Im Projekt „Eat-Art – Ess-Kunst: gesundes Essen von uns für uns“ lernen die Kinder deshalb künstlerisch das Zubereiten eines gesunden Salates – und dabei auch etwas über die Herkunft der Nahrungsmittel, ihre Verwendung und ihren Wert. Parallel dazu entstehen Collagen, Stillleben, modellierte Früchte. In Rollenspielen können die Kinder das Gelernte neu interpretieren. Einen Förderbeitrag dazu leistet das Deutsche Kinderhilfswerk.

Soziale Fähigkeiten fördern

Projekte, in denen Medien- und Reflexionsarbeit miteinander verknüpft werden, stärken das Selbstbewusstsein und den Zusammenhalt in der Klasse. So eignen sich die Jugendlichen etwa in dem Projekt „Wir Power Pointies: Ich stelle mich in einer Power-Point-Präsentation dar – allein oder mit Freunden“ fast spielerisch PC-Kenntnisse an. In „Die Gegensätze“, einem Theater-, Kunst- und Philosophieprojekt, konzipieren sie eine Fotoserie, die mit den

Gegensätzen „Mann/Frau“, „Arm/Reich“ und „Alt/Jung“ spielt. Das Projekt wird vom Landesamt für Gesundheit und Soziales M-V und aus Mitteln der EU gefördert. Sehr beliebt ist auch das Kopf-Hand-Fuß-Präventionsprojekt. Hier können sich die Kinder die Vernetzung der drei Körperteile in Rollenspielen, Gesprächen, Bildern, Koordinationsübungen und beim Qigong, in Collagen und kleinen Plastiken erarbeiten. Das Projekt wurde zuletzt zusammen mit der örtlichen Arbeiterwohlfahrt (AWO) realisiert und durch das Landesamt für Gesundheit und Soziales finanziert.

In der „Zukunftswerkstatt“ werden über Rollenspiele, Fotoserien, Gesprächskreise und Exkursionen Hilfen und Kenntnisse für „ein Leben nach der Schule“ vermittelt.

Erfolge machen Mut, ...

Dass die KinderAkademie 2008 den Deutschen Lokalen Nachhaltigkeits-Preis in Leipzig erhielt, hat mich in meiner Arbeit bestätigt und ermutigt. Insgesamt gibt es viel positive Resonanz in der Bevölkerung. Und auch bei den Kindern und Jugendlichen zeigen sich durch die langfristige Teilnahme an der KinderAkademie positive Veränderungen: Im Projekt „Wir sind Helden“ in der Ferdinandshofer Förderschule etwa entwickelten die Schüler die Fotoserie „Das Alphabet der Armut“ und dachten anlässlich des Freitodes von Torhüter Robert Enke über das Thema Erfolg und Depression nach. Als Folge haben sich viele Schüler von rechten Gruppierungen distanziert und aufgehört, in der Freizeit Alkohol zu konsumieren.

... doch Finanzierung bleibt schwierig

Die Projekte werden von mir selbst bearbeitet, verwaltet, dokumentiert und beworben. In der Regel stelle ich für jedes Projekt einen Förderantrag. Nicht selten ist bei Mikro-Projekten wie der *Zukunftswerkstatt* auch das Landratsamt Uecker-Randow (über das Förderprogramm „Stärken vor Ort“) behilflich. Die Finanzierung setzt sich unter anderem aus Beiträgen des Bundesfamilienministeriums und des Europäischen Sozialfonds zusammen. Rückenstärkend wirkt besonders die LAG Sozio-

kultur Mecklenburg-Vorpommern e.V., als deren Mitglied ich in guter Zusammenarbeit so manches Projekt realisieren konnte. Dennoch bleibt die Finanzierung schwierig. Dank des engagierten Kulturamtsleiters der Stadt Pasewalk gibt es heute von der Stadt eine Finanzierung für 120 Werkstattstunden im Jahr. Angesichts der großen Nachfrage der sieben Kitas/Horte der Stadt und im Landkreis insgesamt ist das allerdings zu wenig, so dass im letzten Jahresdrittel stets ehrenamtlich – oder bei Glück mit Spendengeldern – gearbeitet wird. So konnten im vergangenen Jahr über eine Spende der Sparkasse die Kosten für einen Bus gedeckt werden, der zwei Vorschulgruppen vom Stadtrand abholte und zur KinderAkademie fuhr. Damit können wir im kommenden Jahr allerdings nicht mehr rechnen, da es keine verlässliche institutionelle Förderung für meine Arbeit gibt. Der Landkreis vermittelt Förderinfos und Referenzen, konnte aber bisher nur sehr kleine Projekte finanzieren. Und so beginnt alljährlich zur Herbstzeit die große Zitterpartie: (Wie) Geht es weiter? Wir – die Kinder, ErzieherInnen, Eltern und ich – schauen aber nach vorn und wünschen uns in Zukunft mehr Planungssicherheit und Partnerschaften für einzelne Projekte. Und für 2011 das Traumprojekt „Außerschulisches Unterrichtsfach Glück“!

Die KinderAkademie

Die KinderAkademie im ländlichen Raum Uecker-Randow hat ihren Sitz in Pasewalk in Mecklenburg Vorpommern, arbeitet aber auch mobil im Kreis Uecker-Randow. Sie will Kindern und Jugendlichen zwischen 4 und 20 Jahren in einer Region mit hoher Arbeitslosigkeit, Abwanderung, Alkoholproblemen und rechten Orientierungen kulturelle Bildung vermitteln. Gleichzeitig möchte sie etwas schaffen, wozu Kitas und Schulen meistens die Zeit und nicht selten auch der ideelle und materielle Stoff zur Umsetzung fehlt: die sozialen Kompetenzen und die Identität der Kinder und Jugendlichen kreativ und präventiv stärken.

Unter www.kulturportal-mv.de > *Bildende Kunst* > *Schulen* finden Sie nähere Informationen zur KinderAkademie und ihren aktuellen Angeboten.

Mehr Informationen:

Angelika Janz
KinderAkademie im ländlichen Raum
Telefon: 03 97 78 / 203 05
E-Mail: kinder-akademie@web.de



Bild: Angelika Janz

Engagiert in den Ruhestand

Von Uschi Rustler

Das Seniorenbüro „Die Brücke“ im rheinland-pfälzischen Rhein-Lahn-Kreis hat seit 1995 das Ziel, Frauen und Männern den Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand zu erleichtern. Seine heute über 200 ehrenamtlichen Mitarbeiter schlagen tatsächlich Brücken: Zwischen Alt und Jung, zwischen Verwaltung und Bürgern, zwischen Vereinen, Verbänden und Einrichtungen.

Die Erfolgsgeschichte des Seniorenbüros „Die Brücke“ begann im Jahr 1993: Damals erhielt die rheinland-pfälzische Kreisstadt Bad Ems den Zuschlag für die Durchführung eines Modellprogramms zur Gründung von Seniorenbüros, das die Bundesregierung ein Jahr zuvor ausgeschrieben hatte. Zwei Jahre später wurde das Seniorenbüro „Die Brücke“ in der Kreisverwaltung des Rhein-Lahn-Kreises aus der Taufe gehoben. Sein Ziel ist es, Aktivitäten und ehrenamtliches Engagement zu fördern. Frauen und Männer im Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand, nach aktiver Familienphase oder in der nachberuflichen Phase sollen die Möglichkeit erhalten, sich ganz nach ihren Fähigkeiten und Neigungen sinnvoll zu betätigen.

Heute engagieren sich über 200 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den verschiedensten Bereichen: Bildung und Kultur, Gesundheit, Sport und Bewegung, Hilfen im Alltag und Förderung des Generationendialogs, aber auch in der öffentlichen Sicherheit und im Umweltschutz. Unter ihnen sind auch jüngere Frauen und Männer, die in Teilzeit beschäftigt oder auf der Suche nach Arbeit sind.

Beratung für alle Lebensbereiche

Unter der Vielzahl an Projekten sollen nur einige genannt werden. So suchen angesichts des demografischen und sozialen Wandels zum Beispiel immer mehr ältere Menschen

nach neuen Formen des Wohnens. Um dieser gesellschaftlichen Veränderung gerecht zu werden, haben sich Freiwillige zu „Wohnberaterinnen und Wohnberatern“ ausbilden lassen. Sie sind Bürgern bei der Auswahl geeigneter Wohnformen und beim Einstieg in gemeinschaftliche Projekte behilflich.

Das Projekt „Wunschgroßeltern – Enkelwunsch“ bietet einen Rahmen, in dem Alt und Jung miteinander in Kontakt treten können. Die verschiedenen Generationen gestalten ihre Freizeit miteinander, sind im abgesprochenen Rahmen füreinander da und lernen voneinander.

Bereits seit zwölf Jahren unterstützen die „Berufswahlpaten“ Jugendliche im gesamten Kreis beim Berufswahl- und Bewerbungsprozess.

Die „Netten Nachbarn“, kurz „NeNas“, bestehen aus fast 100 aktiven älteren und jüngeren Menschen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, hilfebedürftige ältere Menschen und deren Angehörige durch einen Seniorenhilfsdienst zu unterstützen und zu entlasten.

Die 13 ausgebildeten *Seniortrainerinnen und -trainer* bringen ihre Kompetenzen in mittlerweile 20 Projekten generationenübergreifend in einem selbst gewählten Bereich ein. Sie haben in den vergangenen beiden Jahren die im Rhein-Lahn-Kreis bestehenden Projekte vernetzt, neue Projekte angestoßen, Kontakte geknüpft und weitere Engagierte für ihre Vorhaben hinzugewonnen. Durch das Wirken als Multiplikatoren und Impulsgeber unterstützen und regen sie freiwilliges Engagement an und fördern somit eine positive Sichtweise des Alters. Sie sehen es als Chance an, den demografischen Wandel vor Ort mitzugestalten und sind zu wichtigen Partnern von Institutionen, Vereinen und Verbänden geworden.

Und nicht zu vergessen: die *Wandergruppe des Seniorenbüros*. Die seit 2005 einmal im

Der Vorstand der „Freunde und Förderer des Seniorenbüros Die Brücke e.V.“ mit der Leiterin des Seniorenbüros, Uschi Rustler (erste Reihe, zweite von rechts).



Bild: Seniorenbüro „Die Brücke“



Bild: Seniorenbüro „Die Brücke“

Seniortrainer Werner Presterl informiert und begleitet Jugendliche im gesamten Rhein-Lahn-Kreis beim Berufswahl- und Bewerbungsprozess.

Monat durchgeführten Wanderungen sind fester Bestandteil im Terminkalender der „Brücke“ – und sie erfreuen sich immer größerer Beliebtheit. Bis zu 100 naturverbundene Seniorinnen und Senioren nehmen regelmäßig die Gelegenheit wahr, gemeinsam die herrliche Umgebung zu erkunden und etwas für ihre Gesundheit zu tun. Geschätzt wird auch das gesellige Beisammensein im Anschluss. Die Wanderungen werden überwiegend im Rhein-Lahn-Kreis durchgeführt.

Erfolgreiche Ausstellungen

Auch Ausstellungen im Kreishaus gehören zum Programm der „Brücke“. So wurde in der von der „Viva Familia – Servicestelle für lokale Bündnisse für Familie“ entwickelten Ausstellung „Ehrenamt hat ein Gesicht“ im November 2007 der „Nette Nachbar“ Wolfgang Mücke aus Nassau vorgestellt. In der Ausstellung „Altweibersommer“ konnten im September 2008 Portraits von Frauen ab 60 Jahren bewundert werden. Hintergrund dieser Ausstellung ist die Tatsache, dass der Frauenanteil in der Gruppe der Senioren weit überwiegt. Diesen Frauen mit ihrer Persönlichkeit, ihrer individuellen Ausstrahlung ein Forum zu geben und sie sichtbar zu machen, war das Ziel eines Fotowettbewerbs und der sich anschließenden Ausstellung. Sie wurde in Kooperation mit

der Gleichstellungsstelle des Rhein-Lahn-Kreises durchgeführt.

Sehr erfolgreich war auch der Seniorentag des Rhein-Lahn-Kreises, der unter dem Motto „Mit uns können Sie rechnen – Auf uns können Sie aber auch zählen“ im August 2008 in Kooperation mit dem Seniorenbeirat der Verbandsgemeinde Katzenelnbogen stattfand. Dank der Teilnahme vieler Einrichtungen, Verbände und Vereine war es möglich, einen hervorragenden Überblick über das vielfältige Angebot für Seniorinnen und Senioren zu geben. Gleichzeitig machte dieser Tag auch Werbung dafür, wie sich diese Altersgruppe aktiv in die Gesellschaft einbringen kann.

Eine persönliche Anmerkung zum Schluss: Als Ansprechpartnerin in der Kreisverwaltung bin ich von dem hohen Engagement der ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Seniorenbüros begeistert. Sie verfolgen allesamt das Ziel, ihr unschätzbare Erfahrungswissen und ihre Zeit sinnvoll zu nutzen, um sich sozial für das Wohl der Allgemeinheit einzusetzen. Mir macht es viel Freude, die Bürgerinnen und Bürger dabei zu unterstützen und zu begleiten. Das bürgerschaftliche Engagement im Rhein-Lahn-Kreis hat durch „Die Brücke“ eine neue Dimension erhalten, die das Zusammenleben aller bereichert.

Bis zu 100 Senioren nehmen jeweils an den Touren der Wandergruppe teil.



Bild: Seniorenbüro „Die Brücke“

Vom ersten Projekt zum „Ehrenamtspreis“

Zu Beginn des Projekts wurde ein großer Werbefeldzug im Kreisgebiet gestartet, um der Bevölkerung die Idee der „Brücke“ näherzubringen; erste kleinere Projekte wurden gestartet. Als nach vier Jahren die Bundesförderung auslief, hatte sich „Die Brücke“ so gut etabliert, dass die Mitglieder des Kreistages entschieden, die Einrichtung in der Trägerschaft des Kreises weiter bestehen zu lassen, zunächst mit finanzieller Förderung des Landes. 46 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Freunde und Nutzer gründeten dann im August 1999 den Verein „Freunde und Förderer des Seniorenbüros Die Brücke e.V.“ Der Förderverein unterstützt die Seniorenarbeit materiell und ideell und bietet eigene Veranstaltungen sowie Kulturfahrten an. 560 Bürgerinnen und Bürger haben sich dem Verein bis heute angeschlossen.

Sukzessive wurden neue Projekte ins Leben gerufen, und die Anzahl der ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stieg stetig an. Mittlerweile ist das Seniorenbüro weit über den Rhein-Lahn-Kreis bekannt; zudem hat es zahlreiche Auszeichnungen erhalten. Auf eine sind die Verantwortlichen besonders stolz: den „Ehrenamtspreis des Ministers des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz für herausragende Projekte der Kommunen“ im Jahre 2006.



Bild: Seniorenbüro „Die Brücke“

Otto Butzbach, der langjährige Vorsitzende der „Freunde und Förderer des Seniorenbüros Die Brücke e.V.“ pflegt als „Kindergartenopa“ den Kontakt zwischen Alt und Jung.



Mehr Informationen:

Uschi Rustler
Seniorenbüro „Die Brücke“
Kreisverwaltung des Rhein-Lahn-Kreises
Telefon: 026 03 / 97 2 – 33 6
E-Mail: uschi.rustler@rhein-lahn.rlp.de
www.rhein-lahn-bruecke.de

Mit Regenwürmern gegen Hochwasser

Von Holger Lilienthal und Ewald Schnug

Hochwasserereignisse nehmen zu, und technische Maßnahmen zu ihrer Bewältigung verschlingen enorme Summen. Dabei geht es viel einfacher und kostengünstiger: durch die Förderung der Wasseraufnahmefähigkeit des Bodens auf landwirtschaftlichen Flächen.

In gewohnter Regelmäßigkeit sieht man in Deutschland Menschen Sandsäcke stapeln – es ist wieder einmal Hochwassersaison. Nach dem Wischen der Keller werden die Dämme repariert und erhöht. Dann wartet man auf das nächste Hochwasser. Ein ewiger Kreislauf, wie es scheint. Doch zwingen die klammen öffentlichen Kassen zum Umdenken.

Zwar gab es schon immer Überschwemmungen, doch sind ihre Auswirkungen heute stärker als früher. Die Ursachen sind schnell festgemacht: Gewässerbegradigung, Flächenversiegelung, zu starke Nutzung der Flussauen, ja vielleicht sogar der Klimawandel.

Schleichende Bodenversiegelung

Daneben gibt es aber auch eine Ursache, die man auf den ersten Blick nicht erkennen kann: Die Wasseraufnahmefähigkeit – Infiltrationskapazität – der Böden verschlechtert sich.

Diese Verschlechterung der Wasseraufnahmefähigkeit stellt eine Art unsichtbare, schleichende Versiegelung dar. Sie re-

sultiert zum Teil aus der Zerstörung der Bodenstruktur, bedingt durch den Einsatz immer größerer und schwererer Maschinen. Eine weitere Ursache ist der Verlust der biologischen Aktivität im Boden – etwa durch vereinfachte Fruchtfolgen und starken Pflanzenschutzmitteleinsatz. Es besteht also ein direkter Zusammenhang zwischen der Wirtschaftsweise und der Wasserinfiltration von Böden.

Ökolandbau schneidet besser ab

Ein Forschungsprojekt des Julius-Kühn-Instituts hat 2008 die Infiltrationsleistungen von konventionell und ökologisch bewirtschafteten Flächen im Einzugsgebiet der Tauber (Baden-Württemberg) untersucht (siehe Kasten). Dabei wurden direkt benachbarte Flächen mit gleichen Standortseigenschaften ausgewählt, die sich nur in der Wirtschaftsweise – konventionell oder ökologisch – unterscheiden. Die Ergebnisse zeigen deutliche positive Effekte der ökologischen Bewirtschaftung (siehe Tabelle), bereits 8 Jahre nach der Umstellung. Trotz der schweren Böden im Untersuchungsgebiet ist die Infiltration der ökologischen Böden mehr als doppelt so hoch wie die der konventionellen Böden.

Dies hat konkrete Ursachen: Ein hoher Anteil an Grobporen durch Regenwürmer, Wurzelgänge und Schrumpfungsrisse fördert die Infiltrationsleistung des Bodens. So hatten zum Beispiel die untersuchten ökologischen Flächen 42 Prozent mehr Regenwürmer. Auch erweiterte Fruchtfolgen sowie eine Verringerung mechanischer Bodeneingriffe fördern eine grobporige Bodenstruktur.

Der Landwirtschaft kommt daher eine besondere Bedeutung für den vorbeugenden Hochwasserschutz zu. Bereits kleine Veränderungen der Infiltrationsleistung haben auf die Fläche bezogen eine große Auswirkung. So können erhebliche Regenwassermengen im Boden zwischengespeichert werden, die dann erst später in die Bäche und Flüsse abgegeben werden. Dadurch

lassen sich Hochwasserspitzen abmildern. Eine gezielte Förderung des Ökolandbaus bzw. bodenstrukturfördernder Maßnahmen wäre daher eine effiziente Maßnahme zum Hochwasserschutz.



Bild: Julius Kühn-Institut 2008

Vergleich verschiedener Parameter unter konventioneller und ökologischer Bewirtschaftung (Hartmann et al. 2009)

	konventionell	ökologisch
Infiltration* [%]	100	208
Regenwürmer* [%]	100	142
Humusgehalt [%]	3,3	2,8
Tongehalt [%]	39	41
Bodenart	Tu2/Tu3	Tu2/Tu3
Lagerungsdichte	1,69	1,72

* Die konventionelle Bewirtschaftung wird als 100 % gesetzt
Tu2/Tu3 = schwach/mittel schluffiger Ton

Zum Weiterlesen

Hartmann K., Lilienthal H., Abu-Hashim M., Al-Hassoun R., Eis Y., Stöven K., Schnug E., 2009: Vergleichende Untersuchungen der Infiltrationseigenschaften von konventionell und ökologisch bewirtschafteten Böden. Fallstudie des Julius Kühn-Instituts im Auftrag des Bundesamtes für Naturschutz (BfN). Bei Interesse können Sie diese Publikation als PDF bei den Autoren (E-Mail: pb@jki.bund.de) beziehen.

Mehr Informationen:

Prof. Dr. Ewald Schnug
Dr. Holger Lilienthal
Julius Kühn-Institut (JKI)
Institut für Pflanzenbau und Bodenkunde
Telefon: 05 31 / 596 21 01
E-Mail: pb@jki.bund.de

Effizienter bewässern durch drahtlose Sensornetzwerke

Von Christof Hübner, Klaus Spohrer und Kurt Köhler

Klimawandel und eine rasant steigende Weltbevölkerung machen einen effizienten Umgang mit der knappen Ressource Wasser unumgänglich. Dazu zählt auch eine optimierte landwirtschaftliche Bewässerung. Ein neu entwickelter Multiparametersensor zur Bestimmung der Bodenfeuchte und ein Funksystem zur Vernetzung der Sensoren machen eine punktgenaue Wassergabe möglich.

Die Anpassung der Bewässerungshöhe an die lokale Wasserverfügbarkeit und an die Speicherkapazität des Bodens – die so genannte teilflächenspezifische Bewässerung – spielt eine Schlüsselrolle auf dem Weg zu einer effizienteren Bewässerung. Hierfür müssen aber der aktuelle Bodenfeuchtegehalt und dessen Änderungen ganz genau bestimmt werden können.

Hochgenauer und robuster Sensor

Zu diesem Zweck hat die Firma IMKO Micromodultechnik GmbH einen Multiparametersensor (Abbildung, links) entwickelt. Mit seiner Hilfe kann der Wassergehalt im Boden über eine hochgenaue Technik (TDR = time domain reflectometry) zuverlässig bestimmt werden. Darüber hinaus ist der Sensor weitgehend unempfindlich gegenüber störenden Änderungen der Bodensalzkonzentration; er kann diese über die Bestimmung der elektrischen Leitfähigkeit sogar messen. Zusätzlich verfügt der Sensor über einen Temperaturmesser.

Vernetzung über Funk ...

Zur drahtlosen Vernetzung der einzelnen Multiparametersensoren entwickelte die Hochschule Mannheim ein Funksystem. Dieses besteht aus Funkknoten (Abbildung, rechts), die im 868-MHz-Frequenzbereich senden und empfangen. Im freien Feld sind Reichweiten von bis zu 20 Kilometern möglich. Die Funkknoten leiten die Messdaten an eine Zentralstation weiter, von wo aus sie via Mobilfunk zu einer Datenbank gesendet werden. Die dort gesammelten Daten können über eine Web-Schnittstelle überwacht, ausgewertet und zur Planung und Automatisierung einer teilflächenspezifischen Bewässerung herangezogen werden. Die Funkknoten werden durch vier Mignonzellen mit Spannung versorgt; diese halten bei einer stündlichen Erfassung und Übertragung der Messwerte etwa ein Jahr lang.

... ermöglicht zielgenaue Bewässerungsplanung

Auf Basis dieser Messdaten führte die

Universität Hohenheim eine ressourceneffiziente Bewässerungsplanung für landwirtschaftliche Feldfrüchte durch. Zudem entwickelte sie ein neues Bewässerungsventil zur teilflächenspezifischen Tropfbewässerung. Dabei muss grundlegend entschieden werden, ob man durch die Bewässerung lediglich eine ausreichende Wasserversorgung sicherstellen oder ob man die Qualität und Quantität der Feldfrüchte optimieren will. Im ersten Fall können die mit dem Feuchtesensor gemessenen Bodenwassergehalte direkt in Bewässerungsbefehle umgesetzt werden. Im zweiten Fall spielen neben einer ausreichenden Wasserversorgung weitere pflanzenspezifische Kriterien wie Infiltrationstiefe oder Wasserstatus der Pflanze eine Rolle. Um beispielsweise die Qualität in der Traubenproduktion zu steigern, sollte die Bewässerung erst bei beginnendem Wasserstress gestartet werden. Hierfür erarbeitet die Universität Hohenheim gegenwärtig einen Ansatz, um den Wasserstatus von Reben mittels Wassergehaltsmessungen im Boden bestimmen zu können.

Abb.: Multiparametersensor (rechts) und Funkmodul (links)



Bild: Hochschule Mannheim



Bild: IMKO Micromodultechnik GmbH

Das Forschungsprojekt

Das Forschungsprojekt „Integriertes Pflanzenmanagement durch drahtlose Sensornetzwerke (IPM)“ wurde 2008 bis 2010 vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz im Rahmen seines Programms zur Innovationsförderung gefördert.

Mehr Informationen:

Prof. Dr. Christof Hübner
Hochschule Mannheim
Telefon 06 21 / 292 62 51
E-Mail: c.huebner@hs-mannheim.de

Biomasse-Beratung nutzen!

Von Petra Becker

Immer mehr Landwirte denken darüber nach, in die Produktion von Biomasse einzusteigen. Produzenten, aber auch Nutzer von Bioenergie sowie alle anderen Interessierten können deshalb die kostenlose und praxisnahe Bioenergieberatung der Bundesländer in Anspruch nehmen.

Das Beratungs- und Informationsangebot „Regionale Bioenergieberatung und Öffentlichkeitsarbeit Energiepflanzen“ ist ein Bestandteil des Aktionsprogramms „Energie für morgen – Chancen für ländliche Räume“ des Bundeslandwirtschaftsministeriums. Es wird seit dem 1. September 2009 über die Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe (FNR) gefördert.

Vom Landwirt bis zum Schüler

Die kostenlose Beratung betrifft sowohl Fragen der effizienten und ökologisch nachhaltigen Erzeugung von Bioenergie als auch deren Nutzung im ländlichen Raum. Land- und Forstwirte können sich vor Ort individuell beraten, ihren Betrieb analysieren und ein Grobkonzept erstellen lassen. Für die endgültige technische Umsetzung der Vorhaben muss dann ein Ingenieurbüro beauftragt werden; hierfür benennen die Beratungsstellen geeignete Ansprechpartner. Um auf regionaler Ebene „runde“ Bioenergiekonzepte umzusetzen, bedarf es aber auch regionaler Bioenergienetzwerke. Deshalb soll auch das Interesse der lokalen und regionalen Bevölkerung ge-

weckt werden – durch Besuchsangebote auf Demonstrationsbetrieben, die Präsenz auf regionalen und lokalen Veranstaltungen, Pressearbeit und die Bereitstellung von kostenlosem Informationsmaterial der FNR. Auch Schulen, Volkshochschulen und andere weiterbildende Einrichtungen können das Informationsmaterial und die Beratungsgespräche in Anspruch nehmen.

Beratungsinstitutionen mit vielen Partnern...

In jedem Bundesland ist eine Institution mit der Bioenergieberatung betraut, die jeweiligen Ansprechpartner finden sich auf dem Portal www.bioenergie-portal.info (siehe Kasten). Jede Beratungsinstitution arbeitet eng mit einem bereits bestehenden und ständig erweiterten Netzwerk von Partnern wie der landwirtschaftlichen Officialberatung (staatlich), den Landes-Forschungseinrichtungen, Universitäten und Fachhochschulen zusammen, vor allem aber mit landwirtschaftlichen Organisationen wie den Maschinenringen und den Bauern- und Winzerverbänden. Interessenten können den Erstkontakt telefonisch herstellen; sie können aber auch die auf

www.bioenergie-portal.info hinterlegten Formulare ausfüllen und abschicken, diese erleichtern die fachliche Einordnung des Beratungswunsches.

... und verschiedenen Schwerpunkten

Naturgemäß hat jede Beratungsinstitution ihre historisch gewachsenen Kernkompetenzen und Beratungsschwerpunkte, die sich unter anderem aus den unterschiedlichen Agrarstrukturen der Länder ergeben. Die Institutionen ergänzen sich jedoch untereinander, da ihre Vertreter eng vernetzt arbeiten und sich regelmäßig treffen. An den Landesanstalten für Landwirtschaft in Baden-Württemberg und Sachsen spielt durch das eigene Versuchswesen beispielsweise der Energiepflanzenanbau eine wich-



tige Rolle; in Schleswig-Holstein hat sich ähnlich wie in Niedersachsen Biogas als Beratungsschwerpunkt herauskristallisiert. In Rheinland-Pfalz wird hauptsächlich zu Holz und anderen Festbrennstoffen sowie zu Biogas beraten. Hier und im Saarland ist die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) für die Beratung zuständig. Sie vertieft zurzeit ihre Zusammenarbeit mit Kommunen im Bereich des Klimaschutzes (www.klimaschutz-tag.de) und mit Bürgermeistern, die Bioenergiedörfer etablieren wollen.

Wichtig ist es allen Beratern, dass die Zusammenarbeit mit der bestehenden Offizialberatung und den Landesbehörden gut funktioniert. Beabsichtigt ist nicht ein Konkurrenzverhältnis zu den bestehenden Strukturen, vielmehr sollen Synergien und Ergänzungen zum vorhandenen Beratungsangebot geschaffen werden.

„Gute Praxis“ vor Ort

Auch die enge Zusammenarbeit mit den 25 Landkreisen, die 2009 den Bundeswettbewerb „Bioenergie-Regionen“ gewonnen haben, spielt eine wichtige Rolle. In diesen Landkreisen sind verschiedene Bioenergiequellen besonders effizient miteinander verbunden und tragen zur regionalen Wertschöpfung bei. Die individuelle Beratung vor Ort durch die Bioenergieberatung

der Länder kann das Angebot an projektbezogenen Aktivitäten optimal ergänzen. In den Bioenergieregionen wird ab Frühjahr 2011 die „Ländertour Best Practice“ durchgeführt. In dieser Reihe aus bundesweit zwölf Veranstaltungen sollen allen Interessierten Vorzeige-Betriebe der Bioenergieerzeugung und -nutzung vorgestellt werden, die sich durch technologisch ausgereifte Konzepte auszeichnen und (neue) Bioenergie-Impulse für die Region geben können. Unterstützt werden sie dabei durch die Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe und die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft e.V. (DLG). Die Veranstaltungen richten sich an Land- und Forstwirte sowie an Vertreter anderer Wirtschaftsbereiche, die Biomasse erzeugen und nutzen, aber auch an Verwaltungs- und Kommunalvertreter sowie an Umweltverbände und an die interessierte Öffentlichkeit. Der Auftakt zur Ländertour findet am 26. Januar 2011 im Rahmen der Messe nature.tec in Berlin statt.

Vermittlung bei Interessenkonflikten

Der Umfang der Biomasseproduktion und speziell des Energiepflanzenanbaus variiert von Bundesland zu Bundesland erheblich. Dasselbe gilt innerhalb der Bundesländer für die Akzeptanz gegenüber der Bioenergieerzeugung. Während in den Ackerbauregionen sowohl Landwirte als auch Bevölkerung dem Ausbau der Bioenergie weitgehend positiv gegenüberstehen, ist die Akzeptanz in den Veredlungs- und Mischregionen – zum Beispiel in Rheinland-Pfalz, Hessen und Niedersachsen – sehr gering. Grund ist die zunehmende Flächenkonkurrenz zwischen der Nahrungsmittel-, Futtermittel- und Bioenergieproduktion, die sich unter anderem in steigenden Pacht- und Futterpreisen äußert. Auch hier setzt die Bioenergieberatung an, indem sie zwischen den kontroversen Meinungen und unterschiedlichen Gruppen vermittelt und gezielt über Möglichkeiten eines ökologisch und ökonomisch sinnvollen Energiepflanzenanbaus informiert.

Die Rückmeldungen der Beratungskunden zeigen, dass sie die Neutralität und Produktunabhängigkeit der Beratung sowie die schnelle Abwicklung der Anfragen schätzen. Die von den Beratern organisierten Veranstaltungen und Exkursionen zu Demonstrationsbetrieben oder Bioenergiedörfern, aber auch die Seminare und Informationsveranstaltungen verschaffen praxisnahe und realistische Eindrücke und unterstützen die Einführung von technischen und logistischen Innovationen.



Bild: cw-design / Photocase

www.bioenergie-portal.info

Das Portal www.bioenergie-portal.info informiert zu Bioenergie-Themen von bundesweiter Relevanz, aber auch über Beratungsaktivitäten, Veranstaltungen, Demonstrationsbetriebe und (förder)rechtliche Rahmenbedingungen in den Ländern. Neue Informationen werden von den Beratungsinstitutionen laufend eingestellt. Zudem bietet das Portal umfangreiches Adressmaterial, das ständig aktualisiert wird. Außerdem kann das so genannte RSS-Feed abonniert werden – ein kostenloser Nachrichtendienst, der sekundenschnell über Neuigkeiten im Portal informiert.

Mehr Informationen:

Petra Becker
Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Referat 323 – Bioenergieberatung
E-Mail: petra-annette.becker@ble.de

Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V.
Telefon: 0 38 43 / 69 30 0
E-Mail: info@fnr.de
www.fnr.de



Bild: Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V.

Europäischer Rechnungshof nimmt Leader ins Visier

Von Frank Bartelt

Im ersten Halbjahr 2009 prüfte der Europäische Rechnungshof in verschiedenen Mitgliedstaaten die Umsetzung von LEADER+ (2000–2006) und – soweit damals möglich – Leader als 4. Schwerpunkt der ELER-VO (2007–2013). In seinem nun erschienenen Sonderbericht hat er zahlreiche Kritikpunkte angeführt – zu Recht?

In Deutschland führte die Prüfreise des Europäischen Rechnungshofes (ERH) nach Bayern und Mecklenburg-Vorpommern. Das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMELV) hat diese Prüfungen begleitet. Dabei sollte beurteilt werden, ob Leader so umgesetzt wurde, dass sich für die Entwicklung des ländlichen Raums ein zusätzlicher Nutzen („Mehrwert“) ergibt. Der offizielle Sonderbericht des ERH an die EU-Kommission wurde am 16. November 2010 veröffentlicht (siehe Kasten). Dabei wurden folgende Kritikpunkte genannt:

Kritik des ERH zu LEADER+

- LAG-Mitglieder dominieren als Projektträger;
- Nur wenige LAGn waren innovativ und hatten sektorübergreifende Strategien und Projekte; der spezifische „Mehrwert“ von Leader war nicht erkennbar;
- Fehlende Begleitung und Bewertung auf LAG-Ebene bezüglich der Zielerreichung;
- Mangelnde Dokumentation und Transparenz der Entscheidungsfindung auf LAG-Ebene;
- Mangelnde Überwachung von Regeln zur Vermeidung von Interessenkonflikten;
- „Mittelabfluss“ ging vor „Qualität“;
- Unflexible Verfahrensabläufe und lange Bewilligungsverfahren trotz zusätzlicher Mittel für die Verwaltung.

Zusätzliche Kritik zu Leader in der ELER-VO

- Die Mitgliedstaaten haben de facto ein Top-down-System geschaffen;
- Die EU-Kommission hätte das Vorhandensein der wesentlichen Elemente des Leader-Ansatzes bei der Programmgenehmigung stärker überwachen müssen;
- Die Mitgliedstaaten haben „schwache“, „beliebige“ und „austauschbare“ Entwicklungsstrategien ausgewählt;
- EU-Kommission und Mitgliedstaaten waren insgesamt zu anspruchlos bei Programmgestaltung und -genehmigung. Innovative Ansätze kamen zu kurz.

Was ist „fair und transparent“?

Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) möchte von deutscher Seite feststellen, dass sowohl einige Aspekte des Prüfansatzes als auch einige Feststellungen des ERH diskussionswürdig oder zum Teil widersprüchlich sind. So wertet der ERH zum Beispiel die Zugehörigkeit eines Projektträgers zum LAG-Entscheidungsgremium als unvereinbar mit einem fairen und transparenten Verfahren. Diese Bewertung impliziert die idealisierte Vorstellung, LAG-Mitglieder würden sich dieser verantwortungsvollen Aufgabe ehrenamtlich widmen, weil sie ausschließlich edel, hilfreich und gut sein wollen. Wichtiger ist es doch, in diesen Entscheidungsgremien alle relevanten Interessengruppen der Region gleichberechtigt zu beteiligen. Dass diese dann als Projektträger auch ihre eigenen Vorstellungen zur Gestaltung eines geförderten Projektes realisieren wollen, ist durchaus legitim – und motiviert gleichzeitig dazu, sich in einer LAG auch über den eigenen Wirkungskreis hinaus für die Belange der Region einzusetzen.

ERH kritisiert Bürokratie – und fordert sie zugleich ein

Der ERH beklagt nicht zu Unrecht übermäßige bürokratische Hürden bei der Förderabwicklung. Zugleich fordert er aber

mehr Dokumentation, zum Beispiel bezüglich Transparenz der LAG-Entscheidungen, LAG-interner Begleitung und Bewertung und gegebenenfalls Haushaltsführung. Dies bedeutet jedoch mehr Bürokratie, denn die zuständigen Behörden würden den Nachweis über die Erfüllung dieser Anforderungen im Top-Down-Verfahren fordern. Das BMELV vertritt zwar die Auffassung, dass es hier bei einigen LAGn durchaus Verbesserungsbedarf gibt. Diese Verbesserungen müssen aber auf lokaler Ebene entwickelt und durchgeführt werden und sich auch an dem orientieren, was in einer LAG machbar ist.

Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofes zu Leader

Der Sonderbericht Nr. 5 des Europäischen Rechnungshofes „Umsetzung des Leader-Konzepts zur Entwicklung des ländlichen Raums“ steht unter www.eca.europa.eu > Veröffentlichungen > Sonderberichte zum Download bereit.

Mehr Informationen:

Frank Bartelt
Bundesministerium für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Telefon: 02 28 / 995 29 36 41
E-Mail: frank.bartelt@bmelv.bund.de



Bild: Bearbeitung graphodata AG

Obsttourismus 2.0

Von Kai Gildhorn

Jedes Jahr verderben in Deutschland kiloweise herrliche Früchte – an vergessenen Obstbäumen, die Landstraßen säumen, in verlassenen Gärten oder auf Grundstücken von Menschen, die keine Zeit für die Ernte haben. Die Initiatoren der Website mundraub.org sind angetreten, dies zu ändern – und zeigen damit gleichzeitig pfiffige Ideen für die regionale Vermarktung auf.



Bild: Cydonia / Photocase

finden sich auch viele Bäume, die infolge von Nutzungsaufgabe von der Rodung bedroht sind. Mittlerweile hat sich die Website zur Diskussionsplattform entwickelt, auf der es nicht nur um freies Obst und alte Sorten, sondern auch um Nutzungsalternativen und Kindheitserinnerungen geht. Auch sind aus ihr bereits weitere eigenständige Initiativen entstanden, zum Beispiel „Suche Obst – biete Marmelade“ im bayerischen Freising. Ein anderer Nutzer verspricht mit seinem Eintrag „alle Apfelsorten Deutschlands“ – und tatsächlich befand sich an der von ihm angegebenen Stelle vor vierzig Jahren eine zentrale Obstsaatgut-Produktionsanlage.

Chance für den Tourismus

Die große Reichweite von www.mundraub.org und die Wahrnehmung als charmante Marke bieten ganz neue Chancen der regionalen Vermarktung. So verführt das Stöbern auf der Mundraub-Karte viele Menschen dazu, ländliche Regionen zu besuchen, die sie vorher gar nicht kannten. Regionale Akteure erkennen plötzlich, dass sie keine Barockschlösser brauchen, um Menschen in die Region zu holen: Auch ungenutztes Obst bietet die Chance, durch seine Einbindung in gastronomische und touristische Angebote das regionale Profil für den sanften Tourismus zu entwickeln. So begrüßt etwa das Vogtland die Initiative mit folgenden Worten: „Wer das Obst nutzen möchte, kann zugreifen, kann es essen, kann es verwerten – es ist eine sehr gute und sinnvolle Aktion“. Das Schweriner Verkehrsministerium erklärt: „Wir haben nichts dagegen, wenn an unseren Straßen Obst geerntet wird, es sollte dabei aber auf die Verkehrssicherheit geachtet werden“.

Wie geht es weiter?

Die große Herausforderung ist jetzt, das Konzept des freien Obstes mit regionalen Nutzungskonzepten, aber auch mit der Pflege und Neupflanzung von regionalen Obstbeständen zusammenzubringen und Konflikte zwischen „Mundraubern“, Baum-

und Grundstücksbesitzern sowie Naturschützern zu vermeiden.

Es ist sicherlich nur eine Frage der Zeit, wann die erste Mundraub-Region oder das erste Mundraub-Hotel gegründet werden. 2011 will die Mundraub gGmbH mit zehn Pilotregionen in Deutschland und Österreich starten. Auf Ihre Ideen und Bewerbungen freuen wir uns!



Bild: Shutterstock

Die Spielregeln

Achtung, auch beim „mundräubern“ gilt es, Regeln zu beachten: Nur Obstbäume, die vom Eigentümer freigegeben sind, dürfen gemeldet und beerntet werden. Also Finger weg von Gartengrundstücken, eingezäunten Wiesen etc. Und natürlich sollte Rücksicht auf die Bäume, die umgebende Natur und andere Nutzer genommen werden. Das heißt, es wird nur so viel geerntet, wie man tragen kann!

Die touristische Spaßgesellschaft wird heute abgelöst durch eine neue Lust an eigenverantwortlicher Betätigung – zu diesem Ergebnis kommt zumindest eine Studie des Zukunftsinstituts im hessischen Kelkheim. Einen Beweis für diese Entwicklung liefert auch der Erfolg eines neuen nicht-kommerziellen Web-2.0-Angebotes: Jeder, der ungenutzte Obstbäume in der Landschaft entdeckt, kann diese Fundstelle auf www.mundraub.org eintragen. Davon profitieren dann diejenigen, die das Obst gerne nutzen möchten.

Viel mehr als nur Obstbaumstandorte

In den ersten zehn Monaten des Jahres 2010 konnte die Website bereits eine halbe Million Seitenzugriffe verzeichnen. Mehr als 2.500 Obst-Fundstellen in ganz Deutschland sind bereits eingetragen; darunter be-

Mehr Informationen:

Kai Gildhorn
Telefon: 030 / 89 61 72 63
E-Mail: info@mundraub.org
www.mundraub.org

Fleisch verarbeitende Landwirte schließen sich zusammen



Von Hans-Jürgen Müller und Andrea Fink-Keßler

Obwohl Landwirte, die selbst schlachten und Fleisch verarbeiten, viel für die regionale Wertschöpfung tun, hatten sie bis vor kurzem keine Lobby. Im März 2010 haben sich nun zwei Dutzend von ihnen zum Verband der Landwirte mit handwerklicher Fleischverarbeitung zusammengeschlossen. Ein Schritt, der dringend nötig war, wie die beiden Initiatoren verdeutlichen.

Fleischhandwerker – also Landwirte, Metzger und kleine regionale Schlachthöfe – bilden seit jeher das Rückgrat der regionalen Fleischvermarktung. Sie kooperieren und teilen sich die Arbeit des Schlachtens, Zerlegens, Verarbeitens und der Vermarktung von Fleisch und Fleischerzeugnissen. Ihre Kooperation macht es möglich, dass Schaf- und Mutterkuhalter das Grünland pflegen und sich durch Direktvermarktung ein Einkommen erwirtschaften oder dass kleine Schweinemast- und Geflügelbetriebe qualitativ hochwertige regionale Spezialitäten herstellen. Jeder, der vor Ort schlachtet, erspart den Tieren weite und stressige Wege. Verbraucher profitieren von dieser Zusammenarbeit, denn die Herkunft des Fleisches ist transparent. Auch dies gehört zu einer guten Lebensmittelqualität.

Dabei gelten für Fleisch verarbeitende Landwirte noch einmal ganz besondere Bedingungen, die selbst mit denen kleiner Schlachtereien oder Metzgereien oft nicht vergleichbar sind: Erzeugung, Schlachtung, Verarbeitung und Vermarktung sind räumlich und personell eng miteinander verbunden. Auch wird oft nur saisonal geschlachtet, und häufig kommt die Kundschaft direkt auf den Hof.

Strenge Auflagen bereiten Kopfzerbrechen

Die Schlachtung ist das sensibelste Glied in dieser Kette, mit ihr steht und fällt die gesamte regionale Fleischvermarktung. Doch sie gerät immer stärker unter Druck. Rechtliche Vorgaben wie die neue EU-Tierschutz-Schlachtverordnung und vor allem die seit 2006 geänderte EU-Hygieneverordnung setzen die steigenden gesellschaftlichen Anforderungen an Tierschutz und Lebensmittelsicherheit um. Mit der Änderung der EU-Hygieneverordnung müssen nun zum Beispiel *alle* Schlachtstätten – also auch landwirtschaftliche Betriebe, bei denen die Tiere direkt auf dem Hof geschlachtet werden – seit Ablauf der Übergangsfrist Ende 2009 eine EU-Zulassung vorweisen. Außerdem sollen die Rückverfolgbarkeit und Abfallentsorgung wie in der industriellen Fleischproduktion sichergestellt und dokumentiert werden. Deshalb müssen die Betriebe nun die Aufgaben der staatlichen Lebensmittelkontrolle durch schriftlich zu dokumentierende Eigenkontrollen unterstützen.

Viele geforderte Maßnahmen sind sicherlich sinnvoll: Betriebsabläufe neu überdenken, eigene Formen der Qualitätssicherung

sowie Transparenz in allen Abläufen entwickeln etc.. Aber sie bedeuten auch einen deutlichen Mehraufwand am Schreibtisch – ein Ort, an dem sich viele Fleischhandwerker ohnehin nicht so gerne aufhalten, da sie hier kein Geld verdienen.

Dabei ist der rechtliche Aspekt nur eine Seite der Medaille; die andere Seite ist eher persönlich, und über sie wird ungern gesprochen: das Töten von Tieren. Blutig, schwierig und mit viel Verantwortung für Tier und Mensch verbunden. Die gesellschaftliche Tabuisierung dieser Tätigkeit und ihre Delegation an große zentrale Schlachtunternehmen macht auch den Fleischhandwerkern zu schaffen.

Keine Hilfe weit und breit

Während die jeweiligen Handwerksinnungen ihre Metzgereien bei der Umsetzung der neuen EU-Hygieneverordnung berieten und begleiteten, war für die Landwirte niemand zuständig. Die Zulassungsbehörden waren oft selbst überfordert mit den neuen und flexibel gestalteten Auflagen. Häufig reagierten sie mit Anforderungen, die den kleinen, teilweise nur saisonal und immer in geringen Stückzahlen schlachtenden Betrieben völlig unangemessen waren.



©BLE, Bonn/Foto: Dominic Menzler



©BLE, Bonn/Foto: Thomas Stephan



©BLE, Bonn/Foto: Thomas Stephan

Die Landwirte wiederum erhielten in der Regel keine unabhängigen Informationen darüber, wie die neue Rechtslage auf ihrem Betrieb zu interpretieren sei – eine unbedingte Notwendigkeit, um in einen Austauschprozess mit der Behörde treten und Entscheidungen auch zu den eigenen Gunsten beeinflussen zu können. Zwar waren all diese Probleme nicht überraschend, denn niemand war auf den Umgang mit den flexibilisierten Vorschriften wirklich vorbereitet. Viel schwerer wiegt jedoch, dass die Meinung der Fleisch verarbeitenden Landwirte im Vorfeld – also im Rahmen der Anhörungen zu den EU-Verordnungen – gar nicht eingeholt worden war.

Vom Forschungs- und Beratungsprojekt...

All diese Tatsachen führten dazu, dass wir zunächst ein Forschungs- und Beratungsprojekt initiierten. Wir – das sind Hans-Jürgen Müller, Biolandwirt mit Fleischdirektvermarktung auf Gut Fahrenbach bei Witzenhausen (Hessen), und Andrea Fink-Keßler vom Büro für Agrar- und Regionalentwicklung in Kassel. Das Projekt erhielt 2008 bis 2010 finanzielle Unterstützung vom Bundesprogramm Ökologischer Landbau. Das Projektteam hat bundesweit zahlreiche Landwirte, lokale Schlachtstätten und Gemeinschaftsschlachtstätten über die Verordnungen und ihre Interpretationsspielräume informiert. Mehr als 20 Betrie-

be haben wir persönlich beraten und neun Betriebe konkret auf dem Weg zur EU-Zulassung begleitet. Mehr als hundert weitere Landwirte forderten den im Projekt erstellten Leitfaden zur Zulassung an und profitierten in dieser Form ebenfalls von den Beratungserfahrungen. Auch die Veterinäre der Überwachungs- und Zulassungsbehörden hat das Team über die speziellen Bedingungen landwirtschaftlicher Betriebe mit eigener Schlachtung und Fleischverarbeitung informiert.

...zur Vereinsgründung

Um den Landwirten schließlich zu einer gemeinsamen Stimme zu verhelfen, gründeten 24 Berufskollegen in Nordhessen im März 2010 den Verband der Landwirte mit handwerklicher Fleischverarbeitung (Schwerpunkt ökologische Erzeugung) – vlhf. Trotz des Schwerpunktes auf der ökologischen Erzeugung sind auch alle anderen Betriebe willkommen, denn die Probleme rund um das Schlachten und Verarbeiten sind oftmals dieselben. Erfreulich ist, dass bereits zwei junge Metzgermeister für das Beratungsteam gewonnen werden konnten. Als eine der ersten Aktivitäten vertrat der Verband die Interessen der ländlichen Fleischhandwerker im September 2010 auf einer Anhörung im Landtag Schleswig-Holstein, bei der es darum ging, wer die Kosten für die neuen, aufwendigen Lebensmittelkontrollen zu übernehmen hat – hierzu gibt es jedoch leider noch keine Entscheidung.

Rechtlich immer up to date

Das Fleischhandwerk muss sich ständig weiterentwickeln, um auch künftig die gesellschaftlichen Wünsche nach Lebensmittelsicherheit und Qualität erfüllen zu können. Mit Seminaren und Weiterbildungsmaßnahmen wird der Verband diese Themen aufgreifen. Tierschutzgerechtes Betäuben und Schlachten – wie es die neue EU-Tierschutzschlachtverordnung fordert – wird ein erstes Thema sein. Die persönliche Beratung der Betriebe und die Bereitstellung von Informationen, vor allem zur aktuellen Rechtslage, bleiben aber Kernanliegen des Verbandes.

vlhf Verband der Landwirte
mit handwerklicher
Fleischverarbeitung
(Schwerpunkt ökologische
Erzeugung) e.V.

Mehr Informationen:

Verband der Landwirte mit handwerklicher
Fleischverarbeitung e.V. (vlhf)
Dr. Andrea Fink-Keßler
Telefon: 05 61 / 81 64 25 76
E-Mail: info@biofleischhandwerk.de
www.biofleischhandwerk.de

Hans-Jürgen Müller
Vorstandsvorsitzender
Gut Fahrenbach
Telefon: 05 5 42 / 63 88
E-Mail: mueller@gutfahrenbach.de

Von der Redaktion für Sie

... angelesen



Demografiegerechte Förderung

Von Isabell Friess

Wird die Förderung in den neuen Bundesländern dem demografischen Wandel gerecht? Das ist die zentrale Frage einer 2010 erschienenen Studie des Bundesinnenministeriums.

Analysiert wurden dabei: Programme, die sich aus EFRE, ESF oder ELER speisen; INTERREG; die Bund-Länderprogramme GRW, GAK und Städtebauförderung; die Programme der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Landwirtschaftlichen Rentenbank; das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und das Gesetz zur Regionalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs. Die Förderinstrumente wurden 13 Bereichen der Daseinsvorsorge zugeordnet und qualitativ bewertet: Werden der Umbau von Infrastrukturen oder modellhafte Ansätze unterstützt? Fazit der Studie: Die Fördermaßnahmen sind nur eingeschränkt effizient. Die Autoren plädieren deshalb für eine stärkere ressortübergreifende Zusammenarbeit und Bündelung der Programme.

Die Studie gibt detailliert die bestehende Förderkulisse wider und eignet sich auch als praktisches Nachschlagewerk.

Landgesellschaften Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, 2010: Maßnahmen von Bund und den neuen Ländern für eine abgestimmte Politik in den ländlichen Regionen unter dem Aspekt des demografischen Wandels. 125 Seiten. Kostenloser Download unter: www.blg-berlin.de

Biodiversität erhalten und nutzen

Von Sabrina Gundert

Von 2000 bis 2010 hat das Bundesforschungsministerium (BMBF) das Programm „Biodiversität und globaler Wandel“ (BIOLOG) gefördert. Das Buch „Fokus Biodiversität“ stellt die Ergebnisse dieses Programms in allgemein verständlicher Form dar; es spiegelt gleichzeitig die Breite der aktuellen Biodiversitätsforschung in Deutschland wider.

Zu Beginn diskutiert ein Theorieteil verschiedene Fragen: Was ist Biodiversität und ist ihr Wert messbar? Welche Dienstleistungen bringen Ökosysteme hervor? Wie steht es gegenwärtig um die biologische Vielfalt in Deutschland und wie kann sie zukünftig in den Kulturlandschaften gesichert werden? Im Anschluss wird die Theorie anhand verschiedener Fallbeispiele mit Grafiken, Fotos, Diagrammen und Tabellen veranschaulicht. So wird etwa das Modellvorhaben des Landkreises Northeim in Niedersachsen vorgestellt. Es honoriert die ökologischen Leistungen der Landwirtschaft ergebnisorientiert und mithilfe von Ausschreibungen. Ein Ausblick rundet das Buch ab.

Interessant ist vor allem die interdisziplinäre Sichtweise der Autoren, die aus unterschiedlichen Fachgebieten stammen. Ob interessierter Laie oder Wissenschaftler – das Buch gibt in kurzen, übersichtlichen Beiträgen einen guten, praxisnahen Einblick in das Thema Biodiversität. Auch empfiehlt es sich als Nachschlagewerk oder praktischer Ideengeber für weitere Projekte und Maßnahmen rund um den Schutz der biologischen Vielfalt.

Stefan Hotes, Volkmar Wolters (Hrsg.), 2010: Fokus Biodiversität. Wie Biodiversität in der Kulturlandschaft erhalten und nachhaltig genutzt werden kann. oekom Verlag, München, 347 Seiten. ISBN: 978-3-86581-172-1

Effiziente Kooperationen von Stadtwerken

Von Steffen Ortwein

Stadtwerke stehen vor steigenden Herausforderungen: Sie müssen sich am Markt behaupten und zugleich den Verpflichtungen der Daseinsvorsorge gerecht werden. Dazu sind geeignete Unternehmensstrategien gefragt. Eine jetzt veröffentlichte Studie der Universität Leipzig in Zusammenarbeit mit der HypoVereinsbank untersuchte mithilfe einer Befragung von Stadtwerken deren Erfahrungen und Erwartungen hinsichtlich eingegangener und geplanter Kooperationen. Die 82 Teilnehmer der Befragung geben die Notwendigkeit einer strategischen Neuorientierung des Gesamtunternehmens überwiegend als „hoch“ an. Mit Kooperationen in einzelnen Unternehmensteilen erhoffen sich die Stadtwerke, neben finanziellen Mitteln zum Beispiel auch Know-how und technische Ausstattung bündeln zu können, um damit Risiken zu minimieren. Die meisten Kooperationserfahrungen machten die befragten Unternehmen in Bereichen wie Strom- und Gasbeschaffung, Messwesen sowie EDV- und Abrechnungsdienste. Während letztlich knapp die Hälfte der Stadtwerke zukünftig plant, weitere Kooperationen einzugehen, zeigen sich rund 40 Prozent der Befragten in dieser spannenden Frage jedoch weiter unentschlossen.

Die Ergebnisse der Expertenbefragung werden durchgängig sehr gut mit grafischen Darstellungen veranschaulicht.

Thomas Lenk, Oliver Rottmann, 2010: „Mehr als die Summe ihrer Teile – Effiziente Kooperationen von Stadtwerken“. Studie in Kooperation mit der HypoVereinsbank AG, 40 Seiten. Kostenloser Download unter www.uni-leipzig.de/fwiwl/Kompetenzzentrum

„Landentwicklung aktuell“

In der Ausgabe 2010 des BLG-Magazins „Landentwicklung aktuell“ dreht sich alles um die ländliche Entwicklung nach 2013. Natürlich spielt auch hier der demografische Wandel eine wichtige Rolle. Das Magazin kann beim Bundesverband der gemeinnützigen Landgesellschaften (BLG) unter blg-berlin@t-online.de bestellt oder unter www.blg-berlin.de heruntergeladen werden.

... angekündigt

von Stefan Kämper

Zukunft Land – Wertschöpfung und Perspektiven nach 2013

Am **26. und 27. Januar 2011** veranstaltet das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) auf der Internationalen Grünen Woche in **Berlin** zum vierten Mal das **Zukunftsforum ländliche Entwicklung**.

Die Sicherung lebendiger ländlicher Räume ist untrennbar mit der Erschließung von Wertschöpfungspotenzialen verbunden. Auf dem Zukunftsforum 2011 werden deshalb moderne Ansätze zur Erhöhung der Wertschöpfung vorgestellt. Dabei wird erörtert, wie ländliche Entwicklung unter den zukünftigen agrarpolitischen Rahmenbedingungen gestaltet werden kann. 18 Begleitveranstaltungen bieten die Gelegenheit, eine breite Themenpalette zu diskutieren. Das Spektrum reicht von verschiedenen Perspektiven zum Leitthema Wertschöpfung und Diversifizierung über erneuerbare Energien, kooperative Ansätze in Regionalentwicklung, Natur- und Wasserschutz sowie in der kommunalen Entwicklung, die Verfügbarkeit von Fachkräften und die medizinische Versorgung ländlicher Räume bis zu Beiträgen, die sich mit Politik und Perspektiven für ländliche Räume nach 2014 beschäftigen.

Am 26. Januar 2010 findet ein Stehempfang statt (19.30 Uhr, Halle 21b, Messegelände). Die Teilnahme am Zukunftsforum und am Empfang ist kostenfrei.

Mehr Informationen, Programm und Anmeldung zu den Haupt- und Begleitveranstaltungen sowie zum Stehempfang des BMELV: www.zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de
Anmeldeschluss ist der 7. Januar 2010.

Informationen zur Begleitveranstaltung von Deutschem Städte- und Gemeindebund (DStGB), Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) und DVS auf S. 9.



Bundesministerium für
Ernährung, Landwirtschaft
und Verbraucherschutz

**Zukunft für ländliche Räume – Infrastrukturversorgung nachhaltig stärken****Menschen und Erfolge – Vorankündigung des Wettbewerbs**

Der Wettbewerb „Menschen und Erfolge“ wird vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund und dem Deutschen Landkreistag im Rahmen der „Initiative Ländliche Infrastruktur“ ausgeschrieben.

Gesucht werden Projekte, mit denen Politik, Wirtschaft sowie Einzelpersonen oder Personengruppen kooperative Lösungen für die Infrastrukturversorgung in ländli-

chen Räumen entwickeln. Mit dem Wettbewerb soll der bislang nur teilweise bekannte Fundus guter Beispiele erweitert werden. Es geht darum, Aufmerksamkeit zu schaffen, die Identifikation, das Engagement und den Ideenreichtum der Menschen hinter den Projekten zu würdigen und den fachlichen Dialog über „Gute Praxis“ zu fördern.

Ausgezeichnet werden Akteure umgesetzt oder in Umsetzung befindlicher Vorhaben, deren Erfolg bereits sichtbar ist, nicht

jedoch Pläne und projektierte Maßnahmen. Besonders willkommen sind integrierte Ansätze, die verschiedene Aufgaben der Entwicklung ländlicher Räume und der Infrastrukturversorgung miteinander verknüpfen.

Teilnahmeunterlagen sind ab Januar 2011 unter www.bmvbs.bund.de oder bei der Geschäftsstelle des Wettbewerbs, c/o Urbanizers, Xantener Straße 18, 10707 Berlin, erhältlich.

Lust auf Lösungen ...

... ist der Titel einer Tagung, die am **17. Februar 2011 in Osnabrück** stattfindet. Es ist die Abschlussveranstaltung des Coaching-Vorhabens „Von der Küste zu den Alpen – Regionen im Aufbruch: Umsetzungsbegleitung regionaler Projekte durch Qualifizierung, Coaching und Beratung der Regionalentwickler“, das von der Deutschen Stiftung Umwelt gefördert und von der Uni Kassel durchgeführt wird. Auf der Veranstaltung werden im „Info-Café“

praktische Coaching-Erfahrungen sowie die Inhalte der Regionalcoaching-Fortbildung vorgestellt. Die Teilnehmenden können sich bei den Referentinnen und Referenten über verschiedene Beispiele informieren. Im Anschluss heißt es „Lösungswege suchen – rent a coach“: Sechs Coaches stehen für eine Coaching-Sitzung zur Verfügung, um praktische Fälle zu Themen wie Arbeits- und Organisationsstrukturen, Führung, Teamentwicklung, Rollenfindung etc. zu bearbeiten.

Interessenten können direkt bei der Anmeldung ihr Interesse am Live-Coaching mitteilen und das gewünschte Thema benennen. Weitere Infos und Anmeldung unter: www.regionalcoaching.de/Tagung.232.0.html



Termine

Von Stefan Kämper

19. und 20. Januar	Stadterneuerung und Dorfentwicklung in den ländlichen Räumen – Entwicklungsstrategien, Handlungsfelder und Fördermöglichkeiten Forum Ländlicher Raum in Berlin	Institut für Städtebau Berlin der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung www.staedtebau-berlin.de	
21. bis 30. Januar	Zusammen geht es besser! Ländliche Räume gemeinsam entwickeln Gemeinschaftsstand in der Halle 21b „LebensTraum Dorf“ auf der Internationalen Grünen Woche 2011 in Berlin Info auf Seite 9	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume www.netzwerk-laendlicher-raum.de/igw	✱
26. und 27. Januar	Zukunft Land – Wertschöpfung und Perspektiven nach 2013 Zukunftsforum Ländliche Entwicklung 2011 in Berlin Info auf Seite 47	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz www.zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de	
26. Januar	Interkommunale Zusammenarbeit – im Dialog Zukunft gestalten. Begleitveranstaltung des Zukunftsforums Ländliche Entwicklung 2011 in Berlin Info auf Seite 9	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume www.netzwerk-laendlicher-raum.de/ikz	✱
17. Februar	Lust auf Lösungen Abschlusstagung des Coaching-Vorhabens „Von der Küste zu den Alpen - Regionen im Aufbruch“ in Osnabrück Info auf Seite 47	Universität Kassel, Deutsche Bundesstiftung Umwelt www.regionalcoaching.de/Tagung.232.0.html	
23. und 24. Februar	Wer hat die Macht? Märkte und Preisbildung bei Agrarprodukten und Lebensmitteln Seminar in Hohebuch (Baden-Württemberg)	Agrarsoziale Gesellschaft e.V. www.asg-goe.de	
28. Februar und 1. März	Chancen und Reichweite von Ehrenamt zur Aufrechterhaltung sozialer Infrastruktur Seminar in Berlin	Deutsches Institut für Urbanistik www.difu.de/veranstaltungen	
26. und 27. April	Wie war das nochmal mit dem ‚Voneinander Lernen‘? Bundesweiter Projekt- und Erfahrungsaustausch aller Leader-Regionen in Bad Schandau (Sächsische Schweiz) Info auf Seite 8	Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume www.netzwerk-laendlicher-raum.de/leader-treffen	✱
13. und 14. Mai	Dörfer in Aktion. Die Kraft der dörflichen Gemeinschaften und der Dorfbewegungen Internationale Dorfkonferenz 2011 in Berlin	Vereinigung der Dorfbewegungen in Europa (ERCA) in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung www.rosalux.de (Suchwort "Internationale Dorfkonferenz 2011")	

Cartoon zum Fokusthema

Von Mele

